ISSN 2072-781X

aep informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft e.V. 42. Jahrgang Nr. 2/2015, Preis € 5,00

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

migrazine.at ist ein Webzine und üblicherweise ausschließlich unter www.migrazine.at abrufbar. Mit dem vorliegenden AEP-Schwerpunkt erscheint migrazine.at zum ersten Mal in Printform. „Quer durch migrazine.at" ist das Ergebnis einer inhaltlichen Wanderung mit 14 publizistischen Stationen in unserer – mittlerweile sechs Jahre umfassenden – redaktionellen Arbeit.

migrazine.at, das mehrsprachige „Online-Magazin von Migrantinnen für alle", erscheint seit 2006 und wird vom autonomen Migrantinnen-Zentrum maiz in Linz herausgegeben. Nach einem umfassenden Relaunch ging das Magazin 2009 in der jetzigen Form online. Für die migrazine.at-Redaktion (Assimina Gouma, Radostina Patulova, Cris Tasinato und Vina Yun) stellt Migration eine soziale Bewegung dar. In diesem Sinne verstehen wir von migrazine.at die Kategorie „Migrant_in" nicht als eine ethnisch definierte, sondern als eine politische Identität, als „Bezeichnung eines oppositionellen Standorts" im Sinne einer „feministischen und antirassistischen Parteilichkeit" (FeMigra).

Unsere politische Position als „Migrant_innen" und die feministische bzw. antirassistische Perspektive schließen bei migrazine.at eine sogenannte objektive Berichterstattung aus. migrazine.at ist vielmehr eine selbstorganisierte Plattform für unterrepräsentierte Stimmen – und somit parteilich. Es ist uns ein medienpolitisches Anliegen, mit migrazine.at kritisches Wissen zu produzieren und in den dominanten Mediendiskurs zu intervenieren, der Migration zum „Problem" erklärt und „Integration" als dessen Lösung verhandelt. Auch aus diesem Grund richten wir unseren Blick nicht ausschließlich auf die „Minderheit", sondern vor allem auf die „Mehrheit" der Gesellschaft.

Die Beiträge in „Quer durch migrazine.at" wurden für die aktuelle AEP-Ausgabe aktualisiert, gekürzt und überarbeitet, um einen möglichst breiten Einblick in das publizistische Selbstverständnis von migrazine.at zu bieten. Thematisch starten wir mit Beiträgen zur Rolle der Medien (und ihren Macher_innen) in der Migrationsgesellschaft. Wir setzen unsere Erzählung mit Blick auf innerfeministische Debatten zu konservativer Frauenpolitik fort. Mit dem Beitrag über die Rechte von Sexarbeiter_innen leiten wir zu den Kämpfen um Rechte über: Wir berichten über aktivistische Erfolge, die die Arbeitsrechte von undokumentierten Migrant_innen schützen und über Aktionen gegen Abschiebung und Antiromaismus.

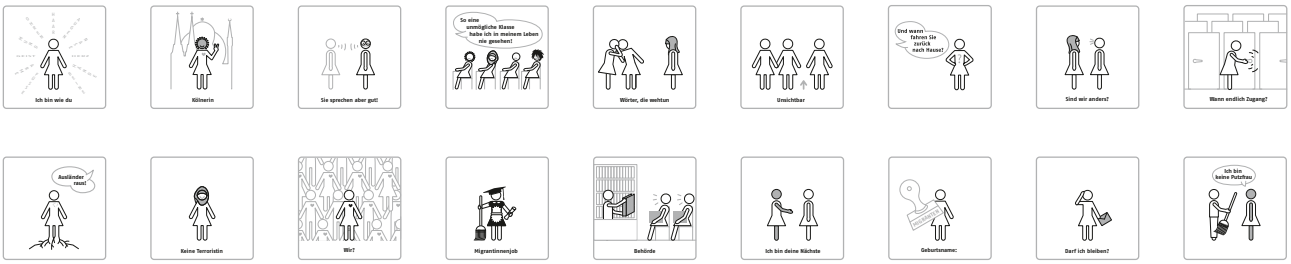
Auf die anhaltende Wirkmächtigkeit von Rassismen gehen wir mit einer Analyse über die ambivalente Bedeutung der Blutspende ein. Da wir uns intensiv mit Fragen des (Un-)Wissens und der Sprache auseinandersetzen, veröffentlichen wir außerdem Beiträge zur migrantischen Wissensproduktion und zu Interventionen gegen Rassismen in der Kinderliteratur. Nicht zuletzt widmen wir uns der Geschichte der „Gastarbeiter_innen" aus soundpolitischer Perspektive und beschließen den Schwerpunkt mit einem Kommentar zur „Zweiten Generation".

Das **Kollektiv migrantas** (www.migrantas.org) begleitet die Textauswahl mit Stadtbildern und Piktogrammen. Die Argentinierinnen Marula Di Como (Künstlerin) und Florencia Young (Grafikerin) sind 2002 nach Berlin eingewandert und haben das Kollektiv migrantas gegründet. Sie konzipieren ihre Arbeit mit anderen Migrantinnen in Workshops, verdichten Zeichnungen zu Piktogrammen und verbreiten diese im Stadtraum.

Die Comicautorin und Illustratorin **Paula Bulling (**www.paulabulling.net) gab migrazine.at 2013 ein Interview über ihre viel beachtete Graphic Novel „Im Land der Frühaufsteher". Für „Quer durch migrazine.at" hat sie das Cover dieser AEP-Ausgabe gestaltet.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!
Assimina Gouma für die migrazine.at-Redaktion

Assimina Gouma
lebt und arbeitet in Wien. Sie ist Sozialwissenschafterin und forscht zu Migration, Medien, Antirassismus und Mehrsprachigkeit. Sie ist Mitgründerin der Forschungsgruppe „Kritische Migrationsforschung" [KriMi]. Parallel zur redaktionellen Arbeit bei migrazine.at ist sie Redaktionsmitglied bei der Zeitschrift „Kurswechsel".



INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL		2
CLARA AKINYOSOYE, OLIVERA STAJIĆ UND CLAUDIA UNTERWEGER IM GESPRÄCH	Die Sache mit dem Akzent	4
GLOSSAR DER POLITISCHEN SELBSTBEZEICHNUNGEN	A wie ... Afro-deutsch. Von A–Z	9
ASSIMINA GOUMA	Zwischen „Medienghettos“ und Integrationsimperativ	10
MARÍA DO MAR CASTRO VARELA IM INTERVIEW	„Frauenpolitik kann erzkonservativ sein“	12
GERGANA MINEVA, LUZENIR CAIXETA, MELANIE HAMEN	Für einen Perspektivenwechsel in der Sexarbeit	16
SANDRA STERN	Arbeiten ohne Papiere – nicht ohne Rechte	18
GLOSSAR DER POLITISCHEN SELBSTBEZEICHNUNGEN	M wie ... Migrantin. Von A–Z	21
LUZENIR CAIXETA UND RUBIA SALGADO IM INTERVIEW	„Es geht darum, die Welt zu verändern“	22
ALLE BLEIBEN!	Deutschland schaut weg und schiebt ab.	26
VERONIKA SIEGL	Die Blutspende als sozialer Vertrag	28
GLOSSAR DER POLITISCHEN SELBSTBEZEICHNUNGEN	S wie ... Schwarz. Von A–Z	31
MAUREEN MAISHA EGGERS IM INTERVIEW	„Sprache ist ein Gebrauchsgegenstand“	32
HENGAMEH YAGHOOBIFARAH	Und es kamen Menschen	36
VINA YUN	F.A.Q. „Zweite Generation“	38
REZENSIONEN		40
BEGEGNUNG-AUSTAUSCH-VERNETZUNG		50
	8. März Tag der Frauen auf der ganzen Welt	52
LADY FEST		54
NEUE BÜCHER		55

IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger: Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck – (vertreten durch Dr. Monika Jarosch)
Für den Inhalt verantwortlich: die Redaktion – Grafik: büro54 – Druck: dps Arnold
Die in den namentlich gekennzeichneten Artikeln vertretenen Meinungen müssen nicht mit jenen der Redaktion identisch sein.
Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 30.4.2015. Die nächste Ausgabe der AEP-Informationen erscheint Anfang September 2015 – Redaktionsschluss hierfür ist der 31.7.2015
Redaktion: Für den inhaltlichen Schwerpunkt: Assimina Gouma; Monika Jarosch
Titelbild: Paula Bulling; **Fotos/Grafiken:** migrantas

Offenlegung nach dem Mediengesetz:
Medieninhaber und Verleger: AEP (s. Impressum). Die AEP-Informationen sind eine feministische Zeitschrift, die zur Auseinandersetzung mit der patriarchalen Mitwelt und zum Widerspruch anregen wollen. Sie möchten dazu beitragen, die widerständigen Kämpfe von Frauen zu dokumentieren und die vielfältigen Existenzweisen von Frauen sowie die Freiräume, die sich Frauen immer schaffen und geschaffen haben, sichtbar zu machen. Unser Anspruch ist es, Hierarchien in den Geschlechterverhältnissen aufzudecken sowie der Marginalisierung und Diskriminierung von Frauen und den gewalttätigen Strukturen in Ökonomie, Politik und Gesellschaft entgegenzuwirken. Damit wenden sich die AEP-Informationen gegen alle Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse, die weibliche Lebensmöglichkeiten einschränken und streben eine umfassende Veränderung des von Herrschaft gekennzeichneten Geschlechterverhältnisses an.

DIE SACHE MIT DEM AKZENT

CLARA AKINYOSOYE, OLIVERA STAJIĆ UND CLAUDIA UNTERWEGER IM GESPRÄCH MIT VINA YUN

JournalistInnen, die die politische oder kulturelle Identität „MigrantIn" tragen, sind bei Mainstream-Medien unter bestimmten Bedingungen willkommen. migrazine.at sprach mit Clara Akinyosoye von der Initiative M-Media, Olivera Stajić: vom Online-Magazin daStandard.at und Claudia Unterweger vom Jugendradiosender FM4 über ihre Erfahrungen im Medienbereich. Vina Yun traf die drei Redakteurinnen zu einem Gespräch.

migrazine.at: ***Mich würde zunächst eure persönliche Arbeitsbiografie interessieren: Wie seid ihr da hingekommen, wo ihr jetzt seid? Und inwieweit spielt die migrantische Herkunft in eurer beruflichen Karriere eine Rolle?***

Claudia Unterweger: Ich bin jetzt seit fast 15 Jahren bei FM4, ich moderiere hauptsächlich, bin aber auch hinter den Kulissen als Producerin tätig. Ich bin, so wie die meisten Leute bei FM4, über das Assessment-Center, das fast jedes Jahr stattfindet, reingekommen. Mein „Migrationshintergrund" war dabei offiziell kein Thema bzw. nicht, dass ich das mitbekommen hätte. Allerdings würde ich FM4 unterstellen, dass es nicht unbedingt ein Hindernis war, dass ich – um es ein bisschen böse zu formulieren – den Radiosender sozusagen „bunter" mache. Das ist dem FM4-Image von Hipness und Weltoffenheit sicher nicht abträglich. Zugleich spielt es eine Rolle, dass man meinen Migrationshintergrund nicht hört. Es ist beim Österreichischen Rundfunk generell ein wichtiges Argument, dass die migrantische Herkunft nicht „zu hörbar" sein darf – im Gegensatz zu „heimischen" Dialektfärbungen in der Sprache.
Mein Einstieg in die Radioarbeit war „Radio Afrika", eine Sendung beim Freien Radiosender Orange 94.0. Dort war ich insgesamt eineinhalb Jahre aktiv und habe eine wöchentliche Sendung gestaltet, unentgeltlich. Dass ich Afro-Österreicherin bin, war natürlich sehr wohl Thema und einer der Gründe, warum ich dort mitarbeiten konnte. Vor FM4 war ich außerdem ein halbes Jahr lang als Reporterin bei Antenne Wien, einem Privatradiosender, tätig, da war das überhaupt kein Thema.

Clara Akinyosoye: Bei M-Media habe ich vor etwa sieben Jahren begonnen, als ich die Seite „Migranten schreiben" für „Die Presse",

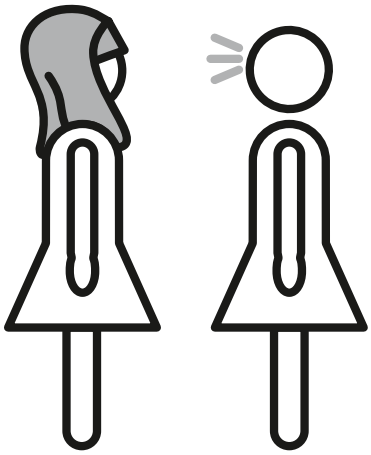
die bis 2012 jeden Mittwoch erschienen ist, mitgestaltet habe. Nach einiger Zeit habe ich die damalige Koordinatorin der Seite abgelöst, die jetzt bei diepresse.com tätig ist. Ich habe aber parallel dazu auch für andere Medien geschrieben. Außerdem war ich stellvertretende Chefredakteurin bei Afrikanet.info, der Informationsplattform für Schwarze Menschen im deutschsprachigen Raum. Aktuell bin ich Chefredakteurin bei „fresh", einem Magazin für black austrian lifestyle und Online-Redakteurin bei religion.ORF.at.

Mein migrantischer Hintergrund war natürlich wichtig, weil es bei der Kooperation mit „Die Presse" darum ging, dass Menschen mit Migrationshintergrund schreiben, zu Wort kommen und endlich selbst Beiträge gestalten können.

Olivera Stajić: Ich habe 2005 mit der journalistischen Arbeit begonnen, mit einem schlecht bezahlten Praktikum bei einer Online-Plattform, die über Technologie und Internet berichtet. Zwei Jahre später war ich die Chefredakteurin der Printausgabe. Nebenbei habe ich schon für derStandard.at als freie Mitarbeiterin über Technologie-Themen geschrieben. Zu dieser Zeit habe ich mich in journalistischer Hinsicht überhaupt nicht damit auseinandergesetzt, dass ich einen Migrationshintergrund habe – bis ich begonnen habe, für die MigrantInnen-Zeitschrift „Kosmo" zu schreiben. So ist man bei derStandard.at darauf aufmerksam geworden, dass ich geeignet wäre, das neue Projekt rund um daStandard.at zu leiten. Hier ist und soll es auch Thema sein, dass ich und die RedakteurInnen einen Migrationshintergrund haben, weil wir uns darauf spezialisieren, JungjournalistInnen migrantischer Herkunft zu fördern. Seitdem lebe ich tatsächlich von diesem Job.

migrazine.at: ***Könntest du mehr zur Entstehungsgeschichte von daStandard.at erzählen? Warum wurde das Projekt überhaupt initiiert?***

Stajić: Die Idee gab es schon, bevor ich zu derStandard.at kam: Dass man nicht nur über Migrationsthemen berichtet oder darüber, wie weit die „mediale Integration" voranschreitet, sondern dass man auch Leute mit Migrationshintergrund in ein Mainstream-Medium holt – und zwar ganz gezielt, indem man eine Anzeige schaltet und sagt, wir wol-



Sind wir anders?

len nur MigrantInnen, also eine positive Diskriminierung. Für die Leitung wollte man ebenfalls jemanden mit Migrationshintergrund, was ich auch gut finde. Es gibt ja ähnliche Projekte, z.B. in Deutschland, aber immer mit einem bereits in der Redaktion etablierten Leiter, der der Mehrheit angehört.

migrazine.at: ***Auch bei FM4 gab es Bemühungen, neue RadioredakteurInnen mit Migrationshintergrund zu finden. Wo steht ihr gerade, und welche Überlegungen sind diesem Entschluss vorangegangen?***

Unterweger: Die Idee, mehr Leute mit Migrationshintergrund im Team zu haben, ist heute bestimmender als früher. Es gibt mittlerweile sogar einen Diversity-Koordinator bei FM4. Begonnen hat alles vor einigen Jahren quasi von „unten". Da ist seitens verschiedener FM4-RedakteurInnen der Vorschlag gekommen, eine „Spezialwoche" zu Migrationsthemen zu gestalten, unter dem Titel „No Place Like Home", aus dem Gefühl heraus, dass die Perspektiven und Lebenswelten von MigrantInnen in der Berichterstattung auf FM4 zu kurz kommen. MigrantInnen selbst sind meistens nur als Betroffene rund um Asyl, Abschiebung, Rassismus zu hören. Schon damals gab's Zwischenrufe, dass es wichtig wäre, KollegInnen mit Migrationshintergrund ins Team zu holen. Natürlich ist sofort das Gegenargument gekommen: „Bei FM4 sind diverse Nationalitäten vertreten, England, USA, Australien ... wir sind doch schon total multikulti, was wollt ihr eigentlich?" Es war schwierig, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es bestimmte Gruppen gibt, die gesellschaftlich ausgegrenzt sind, und sich diese Ausgrenzung zum Teil bei FM4 fortsetzt.

Infolge dieser „Spezialwoche" entstand eine Kooperation mit der Zeitschrift „biber", in deren Rahmen jeden Monat ein Artikel aus ihrem Magazin auf die FM4-Website online gestellt wurde. 2010 formierte sich dann eine interne Arbeitsgruppe, die verschiedene MedienexpertInnen mit Migrationshintergrund zwecks Input einlud und Schritte zur Öffnung von FM4 ausarbeitete. Als dauerhaftes Ergebnis gibt es seither die wöchentliche Kolumne von Todor Ovtcharov, einem „biber"-Redakteur, on air. Seine Kolumne „Mit Akzent" läuft im Nachmittagsprogramm von FM4. Drei weitere „biber"-RedakteurInnen haben Praktika bei FM4 durchlaufen. Einer von ihnen, Ali Cem Deniz, gestaltet mittlerweile als freier Mitarbeiter regelmäßig Beiträge auf FM4.

Im Hinblick auf die Frage, warum sich so wenige Interessierte mit Migrationshintergrund bei FM4 bewerben, hat man im Vorfeld des Assessment-Centers vor einigen Jahren in Inseraten versucht, gezielter Leute anzusprechen – allerdings etwas holprig formuliert: „FM4 sagt zu allen Österreichern (oder in Österreich lebenden Ausländern) mit Migrationshintergrund: Ihr seid mindestens genauso willkommen, diesbezügliche Hemmschwellen interessieren uns gar nicht." *(Runde lacht)* Nun lässt man das spezielle Wording bleiben und veröffentlicht Bewerbungsaufrufe nicht mehr nur in „Die Presse" und in „Der Standard", sondern auch in migrantischen Medien wie „biber", M-Media oder über die Medienservice-Stelle. FM4 bemüht sich nun stärker,

auch auf junge interessierte MigrantInnen zuzugehen – auch aus einer Notwendigkeit heraus. Als Jugendkultursender kann FM4 diese wachsende Gruppe nicht länger ignorieren.

migrazine.at: ***Clara, könntest du erzählen, wie die Kooperation zwischen M-Media und „Die Presse" zustande gekommen ist? Und warum fiel die Wahl gerade auf eine konservative Tageszeitung?***

Akinyosoye: Der Geschäftsführer von M-Media, Simon Inou, ist mit der Projektidee an mehrere Zeitungen herangetreten, „Die Presse" war die einzige Zeitung, die das Projekt angenommen hat – so ist die Kooperation entstanden. Die Seite „Migranten schreiben für die Tageszeitung ‚Die Presse'" erschien zwischen 2008 und 2012 wöchentlich. Grundsätzlich lag die inhaltliche Gestaltung ganz bei M-Media. Wir recherchierten und bestimmten die Themen. Ich schickte dann dem zuständigen Kollegen bei „Die Presse" eine wöchentliche „Road Map". Wenn etwas anfiel, haben wir das gemeinsam besprochen. Finanziert wurde die Seite aus öffentlichen Mitteln, mitunter durch EU-Mittel, aber auch vom Innenministerium und vom Finanzministerium.
Ziel des Projekts war, dass immer mehr junge MigrantInnen eine Chance bekommen, das journalistische Handwerk zu lernen und einen Weg in die Redaktionen finden – nicht nur in „Die Presse". Durch das Projekt konnten sie journalistische Erfahrung sammeln und vorweisen. Das war Sinn der Sache, den Leuten einen Platz zu geben, wo sie Know-how sammeln können.

migrazine.at: ***Das Thema „Migration und Medien" hat in letzter Zeit einen starken Aufschwung erlebt. Immer häufiger stoße ich auf Berichte, in denen es um die „Integration in den Medien" geht. Was steckt eurer Meinung nach dahinter?***

Stajić: Zunächst liegt das daran, dass das Thema Migration im Allgemeinen eine unfassbare Konjunktur erfahren hat. Und Medien reflektieren sich grundsätzlich gerne selbst. Dass sie auf diese Art und Weise in die eigenen Stuben schauen, finde ich gut. In der Woche, als wir mit daStandard.at gestartet sind, hatte ich nicht weniger als zehn Interview-Anfragen. Ich habe keine konkrete Erklärung dafür, außer, dass es einfach schon höchste Zeit war. Wenn wir nach Deutschland schauen, sieht man, dass man dort schon fünf, sechs Jahre weiter ist als hier. Aber egal, was der Grund ist – ich bin froh, dass es so ist.

migrazine.at: ***Sowohl daStandard.at als auch M-Media betonen, aus den für MigrantInnen reservierten Themen-Nischen (Migration, Rassismus etc.) rauskommen zu wollen. Dennoch sind die Inhalte, die ihr bearbeitet, auf Migration fokussiert. Wie geht ihr mit diesem Widerspruch um?***

Akinyosoye: Für mich ist das nicht unbedingt ein Widerspruch. Denn das Ziel von M-Media ist, dass mediale Integration stattfindet. MigrantInnen sollen die Chance haben, überhaupt teilzunehmen. Der Weg der vergangenen Jahre ging über solche Themenschwerpunkte, Integrationsseiten etc., dafür waren die Mainstream-Medien offen. Dass über Migrationsthemen berichtet wird, würde ich gar nicht negativ sehen. Schließlich ist ja der Anspruch von M-Media auch der, dass MigrantInnen mitunter differenzierter und umfassender über Migration berichten können – was wir in Österreich sehr dringend brauchen –, weil sie sensibler sind für bestimmte Themen und mehr Einblicke in die Communitys haben.
Dass MigrantInnen natürlich auch in anderen Redaktionen über andere Themen schreiben können sollen, ist klar. Aber ich denke, wir müssen zuerst diesen ersten Schritt schaffen, nämlich dass MigrantInnen ihre Erfahrungen in den Medien machen können. Wenn es Migrationsthemen sind, dann ist das nicht schlecht. Wenn dann jemand in der Sportredaktion landet – umso besser.

Stajić: Dem stimme ich hundertprozentig zu. Wir versuchen zwar, auch andere Themen abzudecken, aber wir kommen immer wieder auf „Migration" zurück, einfach aus dem Grund, weil wir unzufrieden sind, wie sonst darüber berichtet wird. Ich finde es auch absolut notwendig, sich selbst in diese „Nische" zu stellen, weil man dort einfach etwas exponierter steht und auf etwas hinweisen kann. Wären wir verteilt in die diversen Ressorts, könnten wir nicht so geschlossen auftreten und eine Redaktion, die ausschließlich aus Leuten mit Migrationshintergrund besteht, als etwas Besonderes präsentieren, weil es eben sonst keine gibt. Ich finde diese Exponiertheit in diesem Moment, in diesem Prozess, in dem wir uns befinden, absolut notwendig. Anders kann ich es mir gar nicht vorstellen.

migrazine.at: ***Wie wird das bei FM4 diskutiert? Geht es da auch darum, dass RadioredakteurInnen mit Migrationshintergrund zunächst Migrationsthemen bearbeiten sollen?***

Unterweger: Nein, es war schnell klar, dass migrantische KollegInnen über Migrationsthemen berichten können, wenn sie das wollen, aber nicht müssen. Allerdings kann ich mich an eine Phase in der Debatte erinnern,

in der sehr oft von einer Art „‚biber'-Radio auf FM4" die Rede war. Mehrheitsangehörige bei FM4 haben bewusst von einem „Ghetto" gesprochen und wollten auf FM4 eine Art ausgeschilderte „MigrantInnen-Schiene" einrichten. Es hat aber auch viele Gegenstimmen gegeben, die die Leute eben nicht in so ein Eck drängen wollten.
Seither sind einige RedakteurInnen mit Migrationshintergrund neu dazugestoßen, allerdings kaum Personen aus den großen Einwanderungs-Communities wie Ex-Yu oder Türkei. Die Neuen berichten über alle Themen, quer durch die Bank – das ist die eine Schiene. Die andere Schiene sind u.a. diese speziellen Kolumnen wie „Mit Akzent", da geht es meist um Themen wie kulturelle Unterschiede, Migration etc. Man versucht jetzt, beide Schienen gleichzeitig zu fahren.

Akinyosoye: Was ich zum Teil selbst erlebt oder bei anderen Leuten mitbekommen habe, ist, dass man MigrantInnen oft die Fähigkeit abspricht, die Distanz zu wahren bzw. objektiv zu sein. Als ich einmal einen Artikel über Schwarze Menschen geschrieben habe, wurde hinterfragt, ob der Text nicht mehr ein „persönlicher Erfahrungsbericht" sei. Das war nicht in „Die Presse", by the way. Bei jedem anderen Journalisten hätte man so etwas nicht behauptet. In den Redaktionen herrscht noch immer Misstrauen und man meint, dass MigrantInnen das nicht hinkriegen würden.

migrazine.at: ***Wäre das nicht ein Grund, das Prinzip der „journalistischen Objektivität" überhaupt infrage zu stellen?***

Akinyosoye: Für mich ist das einfach ein Vorurteil. Ich würde mir wünschen, dass man den Background als Expertise, als interkulturelle Kompetenz und damit als Pluspunkt sieht.

Stajić: Ich stelle die „journalistische Objektivität" allgemein sehr wohl infrage. In Wahrheit ist es doch so, dass in den österreichischen Mainstream-Medien Männer über fünfzig aus dem Bildungsbürgertum das Themensetting machen. Hier von „Objektivität" zu reden, ist schwierig. Wenn ein/e JournalistIn recherchiert, dann nimmt er/sie die Leute, die er/sie kennt, aus der eigenen Umgebung, dem eigenen sozialen Milieu, vor allem, wenn so viel Zeitdruck herrscht wie bei einer Tageszeitung. Wenn dann jemand kommt, der/die von diesem Muster abweicht, ergibt sich automatisch eine andere „Objektivität". Ich bin immer wahnsinnig verärgert, wenn KollegInnen kommen und sagen: *„Ich* bin aber objektiv". Da fehlt es ihnen absolut an Reflexion.

migrazine.at: ***Einige von euch haben in sog. Freien Medien begonnen. Hat sich euer Blick auf migrantische, selbstorganisierte Medien verändert, seitdem ihr in etablierten Medien tätig seid?***

Stajić: Das MigrantInnen-Medium, bei dem ich dabei war bzw. bin, ist ganz konventionell, auch wenn es gratis ist. Bei einem Freien oder selbstorganisierten Medium war ich eigentlich nie. Warum ich überhaupt bei „Kosmo" angefangen habe, ist, um meine muttersprachliche Kompetenz in Schuss zu halten. Journalistisches Arbeiten ist da eine gute Übung.

Unterweger: Für mich war „Radio Afrika" definitiv ein Sprungbrett oder eine Plattform, auf der ich mich ausprobieren konnte und den Einstieg ins journalistische Arbeiten gefunden habe, Kontakte knüpfen konnte. Es war eine wichtige Lernphase. Irgendwann hat sich halt die Frage gestellt, ob ich das weiterhin als unbezahltes „Hobby" betreiben will oder nicht, insofern war es zeitlich dann nicht mehr möglich weiterzumachen.

Stajić: Die klassischen Lehrredaktionen bei den Zeitungen sind ja nur für die wenigsten ein Einstieg. In Berufen, wo die Einstiegsschwelle so hoch ist wie im Journalismus, ist Selbstinitiative sicher eine Möglichkeit. Ich musste aber immer schauen, Geld zu verdienen und wäre nie auf die Idee gekommen, das „hobbymäßig" zu machen, das wäre sich nie ausgegangen für mich.

Akinyosoye: Zeitungen wie „Die Presse" rekrutieren ihre MitarbeiterInnen vorwiegend aus ihren Lehrredaktionen, aber man kann sich ausrechnen, wie viele MigrantInnen da dabei sind – ich kenne nur wenige. Die Ausschlussmechanismen spielen sich auch im Medienbereich 1:1 ab.

CLARA AKINYOSOYE ist Chefredakteurin bei „fresh", Magazin für black austrian lifestyle, und Online-Redakteurin bei religion.ORF.at.

OLIVERA STAJIĆ ist Chefin vom Dienst bei derStandard.at und Leiterin der daStandard.at-Redaktion.

CLAUDIA UNTERWEGER ist Moderatorin beim ORF-Jugendradiosender FM4.

VINA YUN ist Autorin und Redakteurin bei verschiedenen Print- und Online-Medien (u.a. migrazine.at) sowie für diverse Festivals im Kunst- und Kulturbereich.

GLOSSAR DER POLITISCHEN SELBSTBEZEICHNUNGEN

A WIE ... AFRO-DEUTSCH

VON A–Z: „TALKING BACK FROM THE MARGINS“ (BELL HOOKS)

Mit Audre Lorde entwickelten wir den Begriff „afro-deutsch“ in Anlehnung an „afro-amerikanisch“, als Ausdruck unserer kulturellen Herkunft. „Afro-deutsch“ schien uns einleuchtend, da wir fünf eine deutsche Mutter und einen afrikanischen oder afro-amerikanischen Vater haben. Inzwischen lernten wir Afro-Deutsche kennen, deren Eltern beide aus Afrika stammen oder deren einer Elternteil afro-deutsch ist und der andere aus Afrika kommt. Dadurch wurde uns klar, dass unsere wesentliche Gemeinsamkeit kein biologisches, sondern ein soziales Kriterium ist: das Leben in einer weißen deutschen Gesellschaft.

Mit dem Begriff **afro-deutsch** kann und soll es nicht um Abgrenzung nach Herkunft oder Hautfarbe gehen, wissen wir doch allzu gut, was es heißt, unter Ausgrenzung zu leiden. Vielmehr wollen wir „afro-deutsch“ den herkömmlichen Behelfsbezeichnungen wie „Mischling“, „Mulatte“ oder „Farbige“ entgegensetzen, als ein Versuch, uns selbst zu bestimmen, statt bestimmt zu werden.

Aus: KATHARINA OGUNTOYE/MAY OPITZ/DAGMAR SCHULTZ (Hg.) (1986): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte. Orlando Frauenverlag: Berlin, S. 10.

ZWISCHEN „MEDIENGHETTOS“ UND INTEGRATIONSIMPERATIV

WIE DIE KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT MIGRANT_INNEN ALS „PROBLEM“ ENTDECKTE

ASSIMINA GOUMA

Würden Migrant_innen angeben, regelmäßig die „Neue Kronen Zeitung“ zu lesen – das Thema „Migration und Medien“ wäre für einen großen Teil der Sozialwissenschaften gegenstandslos. Dies ist weniger eine provokante These als ein Mittel, um das breite Spektrum an Asymmetrien zwischen Kommunikationswissenschaft und Migrant_innen aufzuzeigen. Der Beitrag der Kommunikationswissenschaft zur Migrationsforschung ist von der dominanten Erzählung der „Integration“ durch Medien geprägt. Diese Positionierung gründet sich auf der fragilen Konstruktion einer homogenen Niederlassungsgesellschaft, in die das „Migrantische“, „Fremde“ usw. integriert werden soll. Darin drückt sich ein Forschungsbedürfnis aus, das sich mit den Perspektiven und Anliegen der „Mehrheitsgesellschaft“ identifiziert. „Mehrheitsgesellschaft“ mag ein inhaltlich ebenso unscharfer und ambivalenter Begriff wie jener der „Integration“ sein – doch Positionen, die im Namen der „Mehrheitsgesellschaft“ ausgesprochen werden, verschaffen sich Legitimation.

GLOBALISIERUNGSHYPE VS. „MEDIENGHETTO“

Der Schwerpunkt „Migration und Medien“ taucht als Fixpunkt auf dem kommunikationswissenschaftlichen Radar zu jenem Zeitpunkt auf, als Migrant_innen „regiert“ werden sollen: Die GastarbeiterInnen bleiben entgegen den Erwartungen hier und die Sozialwissenschaften gehen auf dieses „Problem“ ein. Das Dilemma wächst mit der „Zweiten Generation“, und der Österreichische Rundfunk (ORF) sucht nach einem Programmkonzept für MigrantInnen. Nach einem Auftrag der Hörer_innen- und Seher_innenvertretung im Jahr 1988 werden 345 jugoslawische und türkische Gastarbeiter_innen in Wien und Vorarlberg zu ihrer Mediennutzung befragt. Obwohl die Entstehung einer ORF-Minderheitensendung Anlass für die Befragung war, wurde die Gelegenheit genutzt, um das migrantische „Wesen“ und seine Loyalität zu erforschen: Für das Kapitel „Selbstbild/Fremdbild (Stereotyp und Autostereotyp)“ wurden die Befragten gebeten, Einschätzungen über die eigene als auch die jeweils andere Migrant_innen-Gruppe zu geben. Die abgefragten Dimensionen in diesem Bereich waren „Arbeitswilligkeit“, „Hilfsbereitschaft“, „Reinlichkeit“, „Freundlichkeit“ und „Anpassungsfähigkeit“. (1) Dieses Dimensionen-Arsenal spiegelt wider, unter welchen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen die erste Gastarbeiter_innen-Sendung im österreichischen Fernsehen, „Heimat Fremde Heimat“, im Jahr 1989 entstehen konnte.

Die Entdeckung der Migrant_innen als „kommunikationswissenschaftliches Problem“ fand paradoxerweise parallel zum Jubel über die globalisierten Kommunikationsmöglichkeiten statt. Die Euphorie über die ausufernden technologischen Mittel ebbt aber schnell ab, wenn es um die mediale Unabhängigkeit von Migrant_innen im nationalen Kontext geht. Die Dichte der Satellitenschüsseln im öffentlichen Bild – als untrügliches Zeichen eines migrantischen Raums – löste den politischen Reflex des „ewigen Ghettodiskurses“ (2) aus. Analog dazu wurde in der Kommunikationswissenschaft, entgegen dem sonst verbreiteten Globalisierungshype, die Metapher des „Medienghettos“ eingeführt.

INTEGRATIONSPARADIGMA RELOADED

Der Forschungsschwerpunkt „Migration und Medien“ wird von der „Integrationsfrage“ dominiert. Weniger Aufmerksamkeit wird dagegen einer Reihe von Forschungsfragen geschenkt, die das Integrationsparadigma infrage stellen: Inwieweit ermöglicht es der Fokus auf die Integrationsfunktion der Medien, die Mechanismen sozialer Ungleichheit bei Migrant_innen zu verstehen und damit zu deren Beseitigung beizutragen? Inwieweit ist es dem politischen Diskurs gelungen, seine Begriffe und Zugangsperspektiven der (Kommunikations-)Wissenschaft aufzuzwingen? Ebenfalls unklar bleibt: Wer bestimmt, wann jemand (medial) integriert ist? Gilt die soziale Gruppe derer mit der „richtigen“ Herkunft per se als medial integriert?

Die Wirkmächtigkeit des Integrationsbegriffs versperrt den Blick auf solche Fragestellungen. Soziale Ungleichheiten in Zusammenhang mit Herkunft werden so als „natürlich“, selbst verschuldet oder als Ergebnis kultureller Differenzen begriffen, während strukturelle Rassismen und Exklusionsmechanismen ausgeblendet werden. Die Kulturalisierung gesellschaftlicher Konflikte liefert also Erklärungen, die ein unmündiges Migrations-Subjekt konstruieren und paternalistische Strategien rechtfertigen.

Die Intensität, mit der diese Diskussion medial geführt wird, weist auch auf die Notwendigkeit des Regierens hin, dass Migrant_innen sich ihres Platzes in der Gesellschaft bewusst werden bzw. dieses Wissen verinnerlichen. Massenmedien funktionieren in diesem Sinne als soziale Platzanweiser, vorausgesetzt, dass ihre Inhalte gelesen, gesehen und gehört werden. Indem sich Migrant_innen medial „integrieren“ – das heißt z.B. regelmäßig die „Neue Kronen Zeitung“ lesen –, erfahren sie auch von den Positionen und der Matrix der Identitäten, die für sie in der Gesellschaft vorgesehen sind.

VON KOLLEKTIVEN RECHTEN UND INDIVIDUELLEM „INTEGRATIONSWILLEN“

Im Gegensatz zu den Kulturalisierungsthesen streben rassismustheoretische Zugänge eine Dekonstruktion der politischen Verhältnisse rund um „Integration“ an. In diesem Zusammenhang setzt sich die Politikwissenschaftlerin Manuela Bojadzijev historisch mit dem Integrationsdispositiv auseinander und zeigt auf, wie die „Forderung nach Kollektivrechten in individuell zu erbringende Leistungen“ übersetzt wurden (3): Die Kämpfe der Gastarbeiter_innen nach Gleichberechtigung und Inklusion in die gesellschaftlichen Strukturen wurden politisch in einen Integrationsimperativ umgedeutet.

Das Paradigma der Integration wirft mehr Fragen auf, als es beantwortet – trotzdem wird der Begriff der „Integrationsforschung“ weitgehend synonym mit dem der „Migrationsforschung“ verwendet. Hegemoniale Paradigmen bestimmen das Forschungsverständnis und damit den Umgang mit den Problematisierungen der Gesellschaft. Wie können darin kritische Positionen eingenommen werden? María do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan schlagen u.a. vor, Räume zu schaffen, in denen die anderen gehört werden: „Dominante Diskurse bringen jene zum Schweigen, die auf der anderen Seite der Wahrheit, Rationalität, Normalität, Normativität, Universalität und Wissenschaftlichkeit stehen. Eine kritische Praxis muss dagegen in der Lage sein, das Nichtgedachte der dominanten Diskurse zu denken, und denen zuzuhören, die zur Zielscheibe der epistemischen Gewalt werden.“ (4)

MEHR AUTONOMIE, WENIGER „INTEGRATIONSPROBLEME“

Im Integrationsimperativ funktionieren Medien demnach als Technologien des Regierens und als Multiplikatoren einer nationalen „Wir“-Erzählung. Die Medienpraktiken von Migrant_innen durchkreuzen jedoch mehrere nationale Räume und entziehen sich dadurch der Exklusivität einer einzigen nationalen Narration. Auch wenn transnationale Medienpraktiken nicht per se als antihegemoniale Kritik verstanden werden können – Migrant_innen nutzen damit eine Autonomie in ihrem Umgang mit Medien.

Der Hinweis auf diese Autonomie macht aber nicht die Auseinandersetzung mit strukturellen Ungleichheiten obsolet: Für Teilnehmer_innen der öffentlichen Sphäre, so die US-amerikanische Politologin Nancy Fraser (5), sei es unmöglich, so zu tun, als ob sie darin gleichberechtigt wären, wenn sie es de facto nicht sind. Die Beharrlichkeit und Kritikresistenz der aktuell geführten Integrationsdebatte ist ein Ausdruck dieser strukturellen Bedingungen der Öffentlichkeit. In einer öffentlichen Sphäre, in der sozialen Gruppen unterschiedliche Machtpositionen eingeräumt werden, stellt sich die Frage, inwieweit Massenmedien als Disziplinierungsinstrumente bzw. Technologien des Regierens fungieren. In der Berichterstattung bedeutet Migrant_in zu „sein“ – solange das nötige Kleingeld fehlt, um die Verwandlung zum/zur Kosmopolit_in zu erwirken – nichts anderes, als „problem people“ zu sein: Menschen mit Problemen, die Probleme verursachen.
Eine kritische Perspektive in der Kommunikationswissenschaft erfordert eine Forschungspraxis, die die Relevanz der Medien für Migrant_innen abseits des Integrationsimperativs untersucht. Die Medienpraktiken der Migrant_innen können dann mit Bedeutung versehen werden, wenn die gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht ausgeblendet, sondern ins Zentrum der Analyse gerückt werden.

ANMERKUNGEN

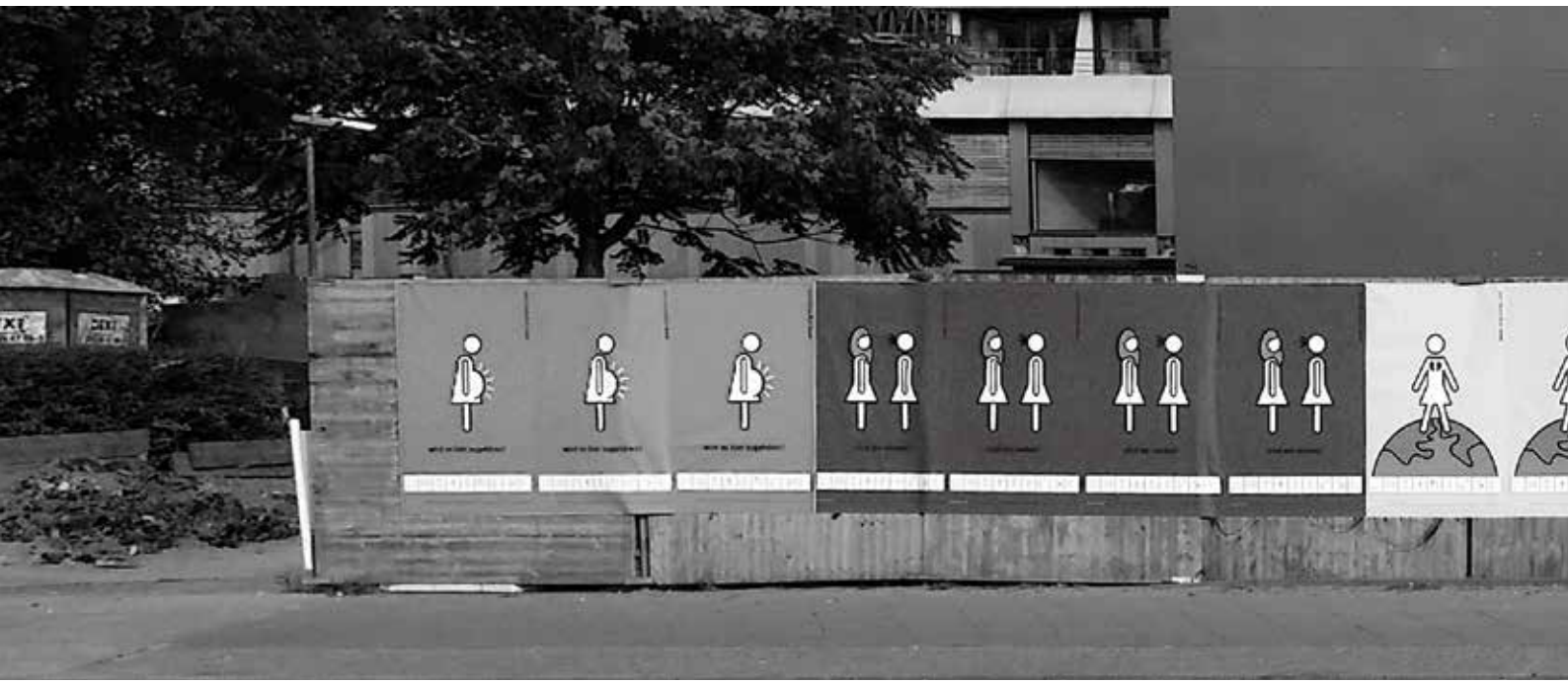
(1) GERHARD LUKAWETZ/SIGRID SVITEK (1989): Mediennutzung ausländischer Arbeitnehmer in Österreich. Der Stellenwert des Medienkonsums bei der Integration von Jugoslawen sowie Türken in Wien und Vorarlberg. In: SWS-Rundschau, 29. Jg., Nr. 2, S. 167–178, S. 170.
(2) EROL YILDIZ (2006): Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft. In: Christoph Butterwege/Gudrun Hentges (Hg.): Massenmedien, Migration und Integration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 35–52.
(3) MANUELA BOJADZIJEV (2008): Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 244.
(4) MARIA DO MAR CASTRO VARELA/NIKITA DHAWAN (2004): Postkolonialer Feminismus und die Kunst der Selbstkritik. In: Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: Unrast, S. 270–290, S. 279.
(5) NANCY FRASER (2005): Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. In: Republicart, Nr. 3. Online unter: http://www.republicart.net/disc/publicum/fraser01_de.htm (20.04.2015).

AUTORIN

ASSIMINA GOUMA ist Sozialwissenschafterin und Redakteurin von „Kurswechsel“ und migrazine.at.

„FRAUENPOLITIK KANN ERZKONSERVATIV SEIN“

MARÍA DO MAR CASTRO VARELA IM INTERVIEW MIT RADOSTINA PATULOVA UND VINA YUN

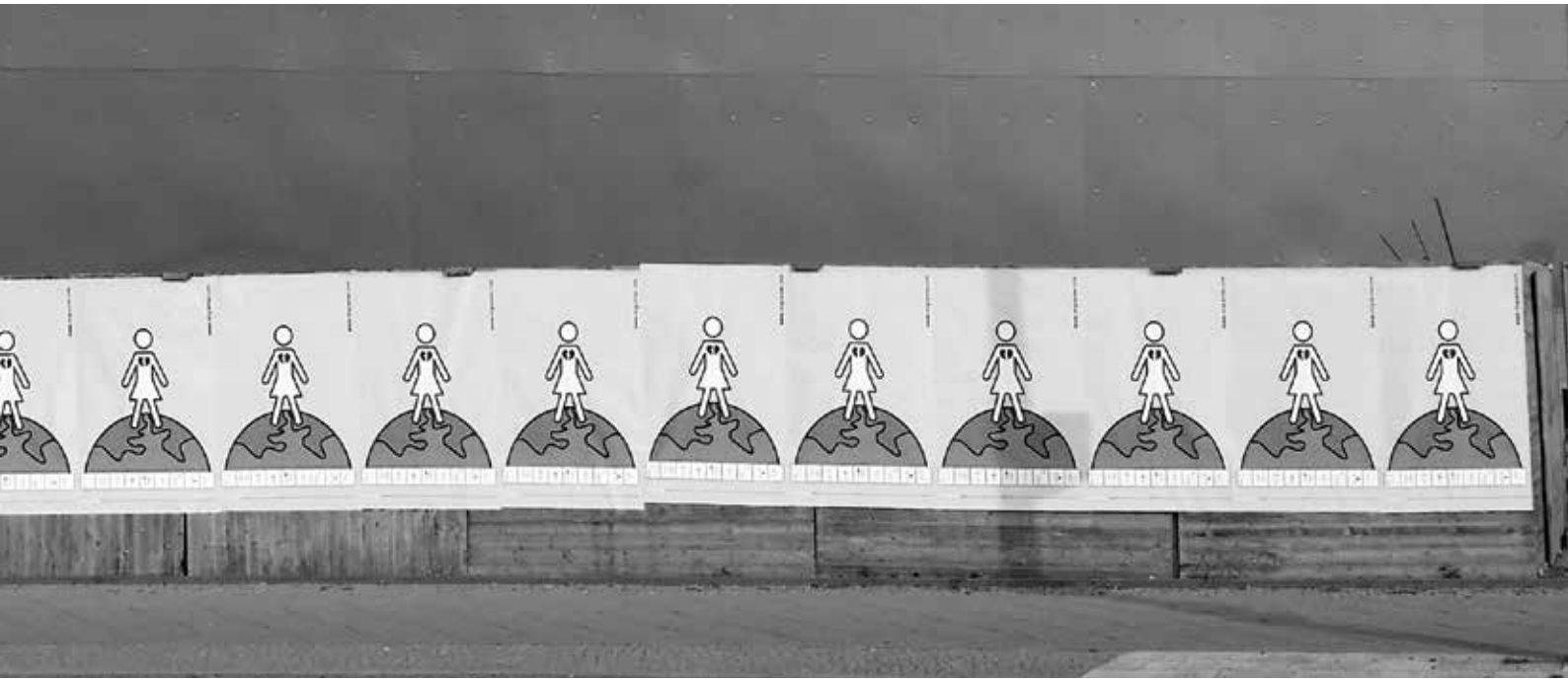


Während der letzten Jahrzehnte haben insbesondere die Interventionen feministischer Migrant_innen und Women of Color den Blick auf Machtverhältnisse unter Frauen freigelegt. Radostina Patulova und Vina Yun fragen in diesem Interview María do Mar Castro Varela nach der Verknüpfung feministischer und antirassistischer Kämpfe.

migrazine.at: ***Der 8. März ist ein Datum, das unterschiedliche Geschichtsschreibungen und Bedeutungen in sich vereint: In den 1970er Jahren wurde er von den Vereinten Nationen als Tag für die Rechte der Frauen und den Weltfrieden ausgerufen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts gingen sozialistische und liberale Frauen im März gemeinsam auf die Straße, um für das Frauenwahlrecht zu kämpfen. Welche politischen Kämpfe verleihen dem 8. März aktuell seine Bedeutung?***

María do Mar Castro Varela: Nun ja, das ist keine einfache Frage. Eigentlich finde ich, dass der 8. März stark an politischer Ausstrahlungskraft verloren hat. Heute melden sich an diesem Tag vermehrt Unternehmerinnen und konservative Politikerinnen zu Wort. Was ist davon zu halten? Vielleicht, dass Frauenpolitik – heute ist das klarer als in der Vergangenheit – nicht mit linker Politik und kritisch-gesellschaftlicher Intervention gleichgesetzt werden kann. Frauenpolitik kann erzkonservativ sein, weswegen eine gute Portion Skepsis geboten scheint.
Ich sehe die Bedeutung des 8. März vor allem in einer Art Erinnerungspolitik. Es ist doch so, dass privilegierte Frauen in Europa heute ihren Status quo für selbstverständlich erachten, während die Kämpfe, die dafür geführt wurden, klein geredet werden oder gar in Vergessenheit geraten sind, etwa der Kampf um das Wahlrecht, das Recht auf Bildung und freie Berufswahl etc. Eine kleine Chance sehe ich deswegen in einer möglichen Resignifizierung des symbolischen Tages als den Tag, der uns an Kämpfe für mehr soziale Gerechtigkeit erinnert. Dann müssten sich privilegierte Frauen allerdings aktiv mit ihrer Rolle in der Zementierung sozialer Ungerechtigkeit auseinandersetzen und den politischen Einsatz nicht nur dann führen, wenn dabei bessere Konditionen für sie selbst rausspringen. Irgendwie nervt es, dass in Europa mit Frauenpolitik nur noch „Karriere“ und die ‚Vereinbarung von Familie und Beruf“ verstanden wird. Als sei Emanzipation nur über Familie und Karriere zu haben.

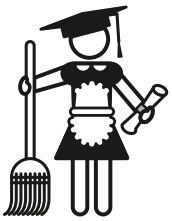
migrazine.at: ***Wie hat Deiner Meinung nach die Auseinandersetzung mit Migration und (Anti-)Rassismus die feministischen Debatten verändert bzw. feministische Politiken beeinflusst?***



Castro Varela: Bekanntlich haben diese Kämpfe die feministischen Debatten erheblich bestimmt. Vielleicht könnte überspitzt gesagt werden, dass über Feminismus überhaupt nur noch geredet wird, weil es diese Kämpfe im Inneren der feministischen Bewegung gegeben hat. Die Einflüsse waren allerdings eher komplexerer Art: Nicht nur haben die Kämpfe von Migrantinnen und Schwarzen Frauen die feministischen Debatten geprägt, die Auseinandersetzungen im Feld des politischen Antirassismus sind ohne feministische Theorie- und Strategiebildung ebenfalls nicht denkbar. Postkoloniale Theorie beispielsweise wurde und wird stark von feministischen Denkerinnen bestimmt, und Judith Butler hat ganz sicherlich nicht nur die inner-feministischen Diskussionen beeinflusst. Migrantinnen und Women of Color wiederum haben die Texte von Frantz Fanon, Edward Said, Stuart Hall oder Paul Gilroy einer feministischen Lesart unterzogen. Das Denken ist mit der Aufgabe der unverrückbaren, universalen Vorstellung von ‚Frau' komplexer geworden – das Politisieren allerdings auch komplizierter. Im Gegensatz zu nicht wenigen Feministinnen habe ich die antiessenzialistische Wendung nie als depolitisierend empfunden, sondern viel eher als eine Neo-Politisierung, die Selbstkritik im ‚inner circle' nicht ausschließt.

Heute sind Women of Color und Migrantinnen in den deutschsprachigen Hochschulen keine Exotinnen mehr, eine Minderheit sind sie dennoch. Und wir haben es vermehrt mit Dissidentinnen zu tun, die konservative Politik betreiben – etwa Necla Kelek. Zudem hat die Bewegung – wenn von einer solchen überhaupt noch gesprochen werden kann – meines Erachtens bisher keine eigene politische Sprache jenseits eines gewaltvollen Essenzialismus gefunden. In dieser Hinsicht gibt es noch viel zu tun: Wie können wir politische Solidarität artikulieren, ohne vereinnahmt zu werden? Wie können wir jungen Frauen darlegen, dass nach wie vor patriarchale Strukturen vorherrschend sind, ohne sie zu viktimisieren? Können wir eine antirassistisch-feministische Politik denken, die ohne Zensur und Denunziation auskommt? Die Texte von Butler, Spivak und vielen anderen kritischen Denkerinnen bringen die politischen grauen Zellen in Schwung, aber wie artikulieren wir den Widerstand, der durch das Verstehen dieser Texte zwingend wird? Ich bleibe hier optimistisch und werde sagen: Es ist eine spannende Zeit.

migrazine.at: ***Einige Forderungen der Zweiten Frauenbewegung scheinen auch in der konservativen Tagespolitik angekommen zu sein – Stichwort Gender Mainstreaming, Frauenquoten, Gender***



Migrantinnenjob

Budgeting usw. Steht da eine linke Politik, die Feminismus und Antirassismus konsequent miteinander verknüpft, heute überhaupt noch zur Diskussion?

Castro Varela: Dies ist, wie ich bereits angedeutet habe, eines der großen Probleme von Frauenpolitik aus heutiger Sicht. Ich denke, dass es wichtig ist, sich auf der theoretischen Ebene die grundsätzlichen Prämissen einer feministischen Politik anzusehen: Was beispielsweise bedeutet Emanzipation? Wer wird wie im Diskurs um Emanzipation repräsentiert? Die Migrantin, als Muslimin neu codiert, soll sich von ihrem Mann, ihrer Familie und der Religion befreien: Ist das Emanzipation? Während die Europäerin sich als emanzipiert erweist, wenn sie Karriere macht – was immer das heißen mag.
Interessant hierbei bleibt, dass die Erkennungsmerkmale einer emanzipierten Frau stark von anderen Diskursen beeinflusst werden. In den 1970er Jahren etwa stellten rauchende Frauen mit kurzen Haaren, die keine BHs trugen und erst spät – wenn überhaupt – heirateten, den Prototyp der Feministin dar. Heute haben sich die Merkmale verschoben, wirken mit Abstand gesehen geradezu skurril. Dennoch bleiben äußere Merkmale bestimmend. Kopftuch tragende Feministin bleibt für viele ein Widerspruch in sich. Das Kopftuch erscheint vielen im Gegenteil als das Unterdrückungssymbol per se. Auch wenn wir in der Studie von 2006 der konservativen Konrad-Adenauer-Stiftung lesen können, dass „(a)uch Kopftuch tragende Frauen (…) nicht auf ihre berufliche Entwicklung verzichten (wollen)". Die Mehrheit will nicht glauben, dass Kopftuch bzw. Religion und Emanzipation kommensurabel sind. Das ist ein Erbe der Aufklärung, mit dem wir uns wohl auseinandersetzen müssen.

migrazine.at: ***Die Interventionen von Aktivistinnen „of Color" in die feministischen Debatten in den vergangenen 30 Jahren setzten wichtige Impulse, sich verstärkt mit „Klasse" und „Whiteness" auseinanderzusetzen. Ist diese Kritik innerhalb feministischer Zusammenhänge aus deiner Sicht aufgegangen?***

Castro Varela: Die Kritik der Aktivistinnen „of Color" setzte meiner Meinung nach ein – und ich spreche hier explizit vom deutschsprachigen Raum –, als die feministische Bewegung ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte. Die Akademisierung und Etablierung feministischer Theoriebildung in Form z.B. der Einrichtung von Gender Studies an allen großen Universitäten hat u.a. die Folge gezeitigt, dass Feminismus heute auch ein abstraktes Spiel mit Worten sein kann – wohlgemerkt nicht muss, aber kann!
Für meine eigene intellektuelle Entwicklung waren die Schriften von Audre Lorde, Gloria Anzaldúa, Chandra Talpade Mohanty etc. sehr wichtig. Sie haben mir auch postkoloniale Perspektiven eröffnet, lang bevor es hip war, sich über die Konsequenzen von Kolonialismus und Imperialismus Gedanken zu machen. Heute werden sie nicht mehr allzu häufig gelesen – ihre Schriften wirken zuweilen seltsam untheoretisiert. Warum eigentlich? Nun geht es mir nicht um eine Wiederentdeckung dieser Autorinnen, sondern eher darum zu sehen, warum zu welchen Zeiten welche Bücher gelesen werden. Wie sie den Artikulations- und Protestraum rahmen, der die Themen des Widerstands und der politischen Intervention bestimmen. Wo ihr, wie in eurer Frage angesprochen, eine verstärkte Auseinandersetzung mit „Klasse" ausmacht, weiß ich nicht. Ich sehe zwar ein neues Interesse an (neo-)marxistischer Theorie, aber hier tut sich wieder ein genderfreier Raum auf.
Die Frage ist mithin nicht so einfach zu beantworten. Einerseits wurde auf die notwendigen kritischen Interventionen reagiert. Anderseits ist es erschreckend, wie normal Rassismus auch heute noch in feministischen Kreisen ist.

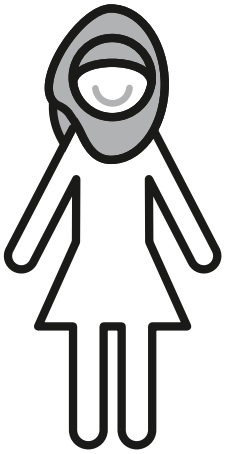
migrazine.at: ***Welche Konflikte innerhalb der deutschsprachigen Frauenbewegung haben sich denn deiner Meinung nach positiv niedergeschlagen?***

Castro Varela: Ich würde sagen, dass die Auseinandersetzung in den 1980er und 90er Jahren um einen bewegungsinternen Rassismus und Antisemitismus sehr wichtig waren. Sie haben die Bewegung im besten aller Sinne erschüttert. Ohne diese Erschütterung wäre bald nichts mehr übriggeblieben, für das es sich gelohnt hätte, weiter Einsatz zu zeigen. Die queeren Interventionen der 1990er haben sich an diese Debatten angeschmiegt und gemeinsam mit den Auseinandersetzungen um Intersektionalität einen Ausweg aus dem Dilemma gewiesen – vielleicht ist es ja doch möglich, mit den komplexen Ungerechtigkeitsstrukturen umzugehen?

Nikita Dhawan und ich haben jedoch mehrfach darauf hingewiesen, dass gerade das Konzept der Intersektionalität sehr oft dafür instrumentalisiert wird, alles beim alten zu belassen und wieder ungerührt einem eurozentrischen Universalismus zu frönen. Anstatt sich die Widersprüche des politischen Aktivismus anzuschauen, wird dann häufig mechanisch sloganisiert: „Das muss intersektionell betrachtet werden!" Es erinnert dabei an das katholische Ritual der Beichte: Erst wird homogenisiert und nur von der Mehrheit gesprochen, und dann wird hinterhergeschoben, dass alles doch komplexer ist. Die feministische postkoloniale Theorie erscheint mir da fruchtbarer. Eine persistente Kritik à la Spivak ist bei weitem herausfordernder als ein ständiges Runterbeten von Intersektionalität.

migrazine.at: ***Beobachtest du noch unausgeschöpfte Potenziale hinsichtlich der Bündnisarbeit zwischen queeren, antirassistischen und feministischen Aktivistinnen?***

Castro Varela: Ich hoffe, dass da noch Potenzial ist! Die spannendsten Vertreter_innen sind allerdings die, die in allen drei Bereichen gleichzeitig arbeiten. Vielleicht ist das ja der Weg: Keine Bündnisse suchen, sondern Räume etablieren, die komplexe Denkstrukturen zulassen und Luft machen, um neue politische Strategien zu entwerfen. Und Bündnisse suche ich eher auf internationaler Ebene, um die internationale Arbeitsteilung anzugreifen, und im Bereich der Wissenschaft und Kunst. Hier scheinen mir in der Tat noch viele Potenziale zu liegen.



Keine Terroristin

MARÍA DO MAR CASTRO VARELA ist Professorin für Allgemeine Pädagogik und Soziale Arbeit an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Sie ist Tochter von „Gastarbeiter_innen", die in den 1960er Jahren nach Deutschland migriert sind, um dem faschistischen Spanien und der Armut zu entfliehen. Die Diplompsychologin, Diplompädagogin und promovierte Politikwissenschaftlerin beschäftigte sich insbesondere mit Fragen von Postkolonialer Gerechtigkeit.

RADOSTINA PATULOVA ist Kulturwissenschafterin, Co-Leiterin und Kuratorin von WIENWOCHE. Sie ist Mitherausgeberin (zusammen mit Sylvia Köchl und Vina Yun) von „fields of TRANSFER. MigrantInnen in der Kulturarbeit", Redaktionsmitglied von Kamion (www.diekamion.org) sowie von migrazine.at – Online-Magazin von Migrantinnen für alle.

VINA YUN ist Autorin und Redakteurin bei verschiedenen Print- und Online-Medien (u.a. migrazine.at) sowie für diverse Festivals im Kunst- und Kulturbereich.

FÜR EINEN PERSPEKTIVENWECHSEL IN DER SEXARBEIT

GERGANA MINEVA, LUZENIR CAIXETA, MELANIE HAMEN

Sex-Shops, Laufhäuser, Bordelle, Peepshows ... Rotlicht, Lippenstift, Stöckelschuhe, Sex ... Die Betrachtung der Sexindustrie kann sich selten von einem voyeuristischen Blick befreien. Zugleich wird der Blick auf Sexarbeiter_innen von moralischen Vorstellungen dominiert. Sexarbeiter_innen werden damit auf ihre Tätigkeit reduziert und stigmatisiert. Und obwohl die Sexarbeiter_innen die zentralen Akteur_innen sind, werden ihre zunehmende Prekarisierung ebenso wie ihre Rechte und Widerstandsstrategien ausgeblendet. Die gesellschaftliche Doppelmoral schlägt zu und trifft vor allem Migrant_innen.

Der Verein maiz setzt sich seit mehr als 20 Jahren für die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung von Sexarbeit als Arbeit ein, um gegen die Ausbeutung in der Sexindustrie zu kämpfen. Ausbeutung und Gewalt sind aus unserer Perspektive nicht per se der Sexarbeit inhärent, sondern werden durch strukturelle, rechtliche und staatliche Rahmenbedingungen begünstigt. Die fehlenden Rechte für Migrant_innen und (migrantische) Sexarbeiter_innen fördern indes die Ausbeutung, Abhängigkeiten (u.a. von Betreiber_innen) und Gewalt. Gefragt ist daher eine Entdiskriminierung, Enttabuisierung und Entstigmatisierung sowohl auf rechtlicher und gesellschaftlicher als auch auf diskursiver Ebene.

Es sind vor allem Migrant_innen-Selbstorganisationen wie maiz, die auf die restriktiven Migrationspolitiken hinweisen, die für migrantische Sexarbeiter_innen eine Zuspitzung der prekären Position bedeuten. maiz versteht Sexarbeit im breiteren Kontext von Frauenarbeitsmigration als eine stark ethnisierte und feminisierte Tätigkeit, die jedoch eine Strategie der Selbstermächtigung sein und ökonomische Unabhängigkeit bedeuten kann.

RAHMENBEDINGUNGEN

Sexarbeiter_innen haben in Österreich zahlreiche Pflichten (Registrierung, Steuerpflicht, wöchentliche amtsärztliche Untersuchungen), aber unverhältnismäßig wenige Rechte (wie etwa Arbeitnehmer_innenschutzbestimmungen). Zudem sind die Regelungen in den einzelnen Bundesländern sehr restriktiv und lassen nur wenige legale Möglichkeiten zu, Sexarbeit auszuüben. Sexarbeit gilt weder als unselbstständige Erwerbstätigkeit noch ist sie als Gewerbe anerkannt. Sexarbeiter_innen können in Österreich lediglich als „Neue Selbstständige" die Tätigkeit ausüben, obwohl sie in vielfacher Weise von Betreiber_innen abhängig sind, da diese vorwiegend die legalen Arbeitsorte zur Verfügung stellen. Die Liste der Missstände und Nachteile ist lang: fehlende Arbeitsrechte, ein unregelmäßiges Einkommen verbunden mit sinkenden Verdienstmöglichkeiten bei gleichzeitigem Anstieg von Ausgaben (hohe Mieten in Laufhäusern), Arbeit oft sieben Tage die Woche, zwölf Stunden Arbeit pro Tag/Nacht, strenge Kontrollen, Kunden, die Unsafe-Sex-Praktiken einfordern, im Falle von Nachtclubs Arbeiten in verrauchten Räumen, bei hohem Lärmpegel und ohne Fenster usw.

Ein Faktor, der die Prekarisierung von migrierten Sexarbeiter_innen [in Österreich sind ca. 80 Prozent der Sexarbeiter_innen Migrant_innen (1)] im Besonderen fördert, ist ihr unsicherer Status. Aufgrund der restriktiven Migrationspolitik ist es z.B. für Personen aus Nicht-EU-Ländern beinahe unmöglich, legal in der Sexarbeit tätig zu sein. Die Novelle zum „Ausländerbeschäftigungsgesetz" 2006 (2) trägt dazu bei, dass Sexarbeiter_innen, die seit Jahren mit dem „Selbstständig ohne Niederlassung"-Titel gearbeitet hatten, illegalisiert wurden.

Bei der maiz-Beratungsstelle berichten jedoch Sexarbeiter_innen, dass Sexarbeit auch Vorteile bringt: Es ist jener Arbeitssektor, in dem Migrant_innen nach wie vor das meiste Geld verdienen können. Je nach Zweig der Sexindustrie bietet der Job zudem Flexibilität, beispielsweise in Bezug auf Arbeitszeiten, Arbeitstage oder Urlaub. Auch ist es möglich, Sexarbeit als Nebenjob auszuüben, da es keine vertragliche Bindung gibt.

SEXARBEIT UND NEO-ABOLITIONISMUS

Sexarbeit und andere Tätigkeiten im informellen Dienstleistungssektor sind weltweite Arbeitsmärkte für Frauen. Die starke Präsenz von Migrantinnen darin steht in engem Zusammenhang mit restriktiven Migrationspolitiken, mit der Nachfrage nach Care-Dienstleistungen, mit der Konstruktion von Geschlechterrollen und mit einem rassistisch-sexistisch segmentierten Arbeitsmarkt.

Im neo-abolitionistischen Ansatz wird jede Form von Migration zum Zweck der „Prostitution" mit Frauenhandel gleichgesetzt. Damit werden den Migrant_innen eigene Handlungsmöglichkeiten per se abgesprochen. (3) Dass die Migration in die Sexarbeit selbst eine Strategie sein kann, um sich zu wehren, sie eine Möglichkeit sein kann, patriarchalen Strukturen zu entkommen und ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen, wird somit völlig ausgeblendet. Die abolitionistische Perspektive suggeriert, dass Sexarbeiterinnen handlungsunfähige Opfer von patriarchalen Strukturen und/oder von sozio-ökonomischen

Zwängen seien. So wird ausgeblendet, dass auch in der Sexarbeit selbstbestimmte Entscheidungen getroffen werden, trotz limitierender Rahmenbedingungen. Männliche, homosexuelle und transgender Sexarbeiter_innen werden dafür unsichtbar gemacht, da Abolitionismus sich ausschließlich auf Frauen als Opfer des Patriarchats bezieht.

SPRECHEN UND (NICHT) GEHÖRT WERDEN – „NOTHING ABOUT US WITHOUT US!"

Die Stimmen von Sexarbeiter_innen – es gibt sie! – werden selten gehört. Neo-abolitionistische Feministinnen, aber auch politische Vertreter_innen sehen Sexarbeiter_innen, die sich für ihre Rechte einsetzen und diese u.a. in der Öffentlichkeit einfordern, als nicht repräsentativ für die Branche bzw. ignorieren diese schlichtweg. „Sex workers are infuriated by criticism of their industry, whether by well-meaning social activists such as the Salvation Army, by negligent public opinion-makers or, especially, by feminists. The job is challenging enough, they say, without being constantly told that they are wrong to do it and must be damaged. As blogger Hexy puts it, ‚I'm fucking sick of sex workers being considered the least important voices in discussions about sex workers.'" (4) Die hier angesprochene Gewalt bleibt kein diskursiver Moment. Calum Bennachie und Jan Marie (2010) gehen in ihrem Artikel „Their Words Are Killing Us" (5) auf die direkten Auswirkungen abolitionistischer Argumente auf das Selbstbild der Sexarbeiter_innen ein.

WIDERSTANDSPERSPEKTIVEN

Das Internationale Komitee der Rechte von SexabeiterInnen in Europa schlägt vor, die Rechte der Sexarbeiter_innenbewegung in Europa zu stärken. (6) maiz tritt seit Anfang der 1990er Jahre für die Anerkennung von Sexarbeit als Erwerbsarbeit ein. Es geht darum, im „Spannungsfeld zwischen Stigmatisierung und Selbstermächtigung" (7) das subversive Potenzial und Widerstandsperspektiven durch Theorie und Praxis auszuloten. Zentral dabei ist, „Raum für eine kollektive Organisation von Migrant_innen in der Sexarbeit sowie verschiedene Migrant_innengruppen zu schaffen und deren Interessen und Forderungen zu bündeln, indem die Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen prekären Arbeits- und Lebensbedingungen ins Zentrum gerückt und gemeinsam nach außen getragen werden. Denn, wir glauben nicht nur an Veränderung, wir arbeiten daran!" (8)

Dieser Beitrag ist die stark gekürzte Version von „For A Change of Perspective. Oder: Wie schaut Sexarbeit aus, wenn die Perspektive von Sexarbeiter_innen miteinbezogen wird?", erschienen in: ELISABETH GREIF (Hg.) (2012): SexWork(s). Verbieten – Erlauben – Schützen? Linz: Universitätsverlag Rudolf Trauner.

ANMERKUNGEN

(1) Zu diesem Ergebnis kommt die Untersuchung von TAMPEP (2009): Mapping of National Prostitution Scene. National Coordinators Report 2008/9 Austria. In: TAMPEP: Sex Work in Europe Mapping Report and Annexes, Annex 4, TAMPEP VIII, S. 2–14.

(2) Bundesgesetz BGBl 2005/157, mit dem das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wurden.

(3) www.catwinternational.org.

(4) KATE HOLDEN (2011): Sex Work and Feminism. In: Meanjin, 70. Jg., Nr. 1.

(5) CALUM BENNACHIE/JAN MARIE (2010): Their Words Are Killing Us. The Impact of Violent Language of Anti-Sex Work Groups. In: Research for Sex Work, 12. Jg., S. 24–26.

(6) INTERNATIONAL COMMITTEE ON THE RIGHTS OF SEX WORKERS IN EUROPE (Hg.) (2005): Manifest der SexarbeiterInnen in Europa. Online unter: http://www.sexwork-europe.org/sites/default/files/userfiles/files/join/Manifest_DE.pdf (20.04.2015).

(7) NELE BASTIAN/KATRIN BILLERBECK (Hg.) (2010): Prostitution als notwendiges Übel? Marburg: Tectum Verlag.

(8) LUZENIR CAIXETA (2010): Prekarität und die bezahlte sexuelle Dienstleistung. Online unter: http://www.migrazine.at/artikel/prekarit-t-und-die-bezahlte-sexuelle-dienstleistung (20.04.2015).

AUTORINNEN

LUZENIR CAIXETA ist Mitbegründerin von maiz, wo sie für die Koordination der Beratungsstelle, Sex & Work und für den Forschungsbereich zuständig und als Beraterin tätig ist.

MELANIE HAMEN ist Politikwissenschafterin und Mitarbeiterin bei maiz. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit analysierte sie unterschiedliche Zugänge zu Sexarbeit im Kontext des Oberösterreichischen Sexualdienstleistungsgesetzes.

GERGANA MINEVA studierte Sozialwirtschaft und Politische Bildung, seit 2007 bei maiz im Bereich Sex & Work/Beratung tätig. Seit 2011 auch beteiligt am Projekt „Deutsch als Zweitsprache im Rahmen kritischer Bildungsarbeit".

ARBEITEN OHNE PAPIERE – NICHT OHNE RECHTE

SANDRA STERN

migrazine.at begleitet seit 2009 die Bemühungen von Aktivist_innen rund um die Initiative PrekärCafé in Wien, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Rechte migrantischer Arbeiter_innen zu schützen. 2014 gelang der Durchbruch: Die UNDOK-Anlaufstelle berät und unterstützt undokumentierte Arbeitende bei ihren arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen. Sandra Stern hat die Entstehung der UNDOK-Anlaufstelle von Beginn an als Aktivistin begleitet. Sie illustriert anhand von aktuellen Beratungsfällen die Bedeutung der UNDOK-Anlaufstelle für soziale Gerechtigkeit.

In Österreich existieren aktuell ganze 28 verschiedene Aufenthaltstitel, die Migrant_innen den regulären Zugang zum Arbeitsmarkt verwehren bzw. den Zugang für sie einschränken. Ein Umstand, der Migrant_innen in informelle Sektoren drängt und sie gegenüber Arbeitgeber_innen leichter erpressbar und ausbeutbar macht. Ob als Putzfrau, Kindermädchen oder Pflegekraft in einem privaten Haushalt, als Erntehelfer_in in der Landwirtschaft, auf der Baustelle, in der Gastronomie oder in der Sexarbeit: Undokumentierte Arbeit ist meistens unsicher, schlecht bezahlt und gefährlich.

Ein typisches Merkmal für undokumentierte Arbeit sind extrem lange Arbeitszeiten: Zehn bis zwölf Stunden am Tag, und das an sechs bis sieben Tagen die Woche, sind weit verbreitet. Undokumentierte Arbeitnehmer_innen erhalten in der Regel extrem niedrige Stundenlöhne, die weit unter dem jeweiligen Kollektivvertrag liegen. In Privathaushalten etwa sind Stundenlöhne bis zu einem Euro keine Ausnahme. Aber auch Lohnbetrug, das Nicht-Einhalten von Schutzstandards, Kündigung im Fall von Krankheit, Unfall oder fortgeschrittenem Alter sowie körperliche und sexuelle Übergriffe sind hier immer wieder anzutreffen.

HEMMSCHWELLEN ABBAUEN

Trotz einer vielfältigen Beratungslandschaft in Wien gab es bislang kein Angebot, das sowohl arbeits- und sozialrechtliche als auch aufenthaltsrechtliche Beratung zusammengeführt hat. Im Juni 2014 wurde diese Lücke geschlossen: In der neuen UNDOK-Anlaufstelle* im zweiten Wiener Gemeindebezirk können sich undokumentierte Arbeitnehmer_innen informieren und beraten lassen – kostenlos und in mehreren Sprachen.

Die Betroffenen können sich auch Unterstützung holen, wenn es darum geht, arbeits- und sozialrechtliche Ansprüche – auch vor Gericht – durchzusetzen. Denn unabhängig davon, ob man mit oder ohne Papiere arbeitet: Sozialversicherungsgesetze, Arbeitsrecht und kollektivvertragliche Mindeststandards gelten für alle Arbeitnehmer_innen.

EXPERTISE BÜNDELN, BÜNDNISSE AUFBAUEN

Mit UNDOK wurde eine Bündnisstruktur geschaffen, die an der Schnittstelle von undokumentiert Arbeitenden, Gewerkschaften, Arbeiterkammer, NGOs aus dem fremden- und asylrechtlichen Bereich und antirassistischen Aktivist_innen agiert (siehe auch Mitglieder und Kooperationspartner_innen des UNDOK-Verbands). Vor allem letztere gaben den Anstoß für die Gründung von UNDOK.

Anknüpfend an frühere Versuche, die Gewerk-

schaften für das Thema zu sensibilisieren, startete die Initiative PrekärCafé Ende 2009 die Kampagne „Undokumentierte Arbeit, Gewerkschaften und Organisierung". Sie sollte öffentliche Aufmerksamkeit für die Notwendigkeit eines spezifischen gewerkschaftlichen Beratungs- und Unterstützungsangebots für undokumentierte Arbeitnehmer_innen schaffen, wobei sich die Aktivist_innen auf bereits bestehende Anlaufstellen in Deutschland und der Schweiz bezogen (siehe auch den migrazine.at-Schwerpunkt 2010/3 „Rechte ohne Papiere").

Es waren auch antirassistische und basisgewerkschaftliche Aktivist_innen, die im März 2011 den „Arbeitskreis Undokumentiert Arbeiten" (AK Undok) ins Leben riefen. Ziel war es, unterschiedliche Akteur_innen, die sich in diesem Feld engagieren, miteinander ins Gespräch zu bringen und zu vernetzen. In diesem Rahmen konnten erste gemeinsame Erfahrungen in der Unterstützungsarbeit des ehemals undokumentiert arbeitenden Kollegen Zoheir S. gesammelt werden.

UM DEN LOHN BETROGEN

Derzeit hat die UNDOK-Anlaufstelle wöchentlich an zwei Halbtagen geöffnet. Und das Interesse ist groß. Mittlerweile gibt es bereits über 120 Beratungsfälle. Das häufigste Problem, mit dem Kolleg_innen zu UNDOK kommen, sind vorenthaltene Löhne bzw. Bezahlung unterhalb des geltenden Kollektivvertrags. So wie im Fall von Frau C.: Sie kam aus Kroatien nach Österreich und arbeitete im Gastgewerbe. Sie wusste nicht, dass für sie als kroatische Staatsbürgerin bis spätestens 2020 eine Übergangsfrist für den österreichischen Arbeitsmarkt gilt, die ihren Arbeitsmarktzugang einschränkt. Ihr Arbeitgeber hatte ihr versprochen, er würde sie bei der Sozialversicherung anmelden. Frau C. arbeitete über sechs Wochen ohne einen einzigen freien Tag. Wenn es keine Arbeit gab, wurde sie nach Hause geschickt. An manchen Tagen musste sie mehr als zehn Stunden arbeiten. Sie forderte ihren ausstehenden Lohn ein, doch der Arbeitgeber wich ihr aus. Nachdem sie in den folgenden Wochen mehrmals den ausstehenden Lohn eingefordert hatte, beschuldigte sie dieser, nicht gearbeitet zu haben. Letztlich beendete der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis. Frau C. wandte sich an die UNDOK-Anlaufstelle, die sie über ihre Rechte informierte und sie dabei unterstützte, ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche einzufordern – mit Erfolg. Da jedoch das Unternehmen in der Zwischenzeit in Konkurs gegangen war, erhielt Frau C. den ausstehenden Lohn, Sonderzahlungen, Urlaubsersatzleistung sowie eine Kündigungsentschädigung vom Insolvenzentgeltfond. Ein weiteres Problem undokumentiert Arbeitender ist – besonders relevant bei Arbeitsunfällen – die fehlende Krankenversicherung, wie etwa im Fall von Herrn R. Als serbischer Staatsangehöriger darf er nur für drei Monate visumsfrei nach Österreich einreisen und verfügt über keinen regulären Zugang zum Arbeitsmarkt. Trotz anders lautender Versprechungen seines Arbeitgebers wurde er von diesem nicht bei der Sozialversicherung angemeldet. Folglich arbeitete er, ohne es zu wissen, ohne Arbeitspapiere im Autohandel. Als

er im Zuge von Bautätigkeiten einen schweren Arbeitsunfall erlitt, rief sein Arbeitgeber nicht die Rettung an – stattdessen beauftragte er einen anderen Arbeiter damit, Herrn R. umzuziehen und ihn ins Spital zu bringen. Grund: Es sollte nicht wie ein Arbeitsunfall aussehen.

Im Krankenhaus mussten Herrn R. zwei Zehen amputiert werden. Und erst dort wurde er darauf aufmerksam gemacht, dass er nicht krankenversichert ist. Nach seinem Krankenhausaufenthalt erhielt er eine Spitalsrechnung von 43.000 Euro. Mit Unterstützung der UNDOK-Anlaufstelle erreichte Herr R. eine rückwirkende Krankenversicherung, die die Kosten für die Spitalsaufenthalte übernahm. Auch seine arbeitsrechtlichen Ansprüche machte er geltend. Da sein Arbeitgeber der Zahlungsaufforderung durch die UNDOK-Anlaufstelle jedoch nicht nachkam, brachte die Arbeiterkammer Niederösterreich Klage vor dem Arbeits- und Sozialgericht ein. In der Zwischenzeit konnte Herr R. einen Großteil seiner arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche durchsetzen.

ORGANISIERT GEGEN AUSBEUTUNG

Neben Beratung und Begleitung bietet UNDOK auch Workshops für undokumentiert Arbeitende sowie für Multiplikator_innen an. Hier wird das notwendige Basiswissen über die eigenen Rechte und deren Durchsetzungsmöglichkeiten vermittelt – die wichtigste Voraussetzung, um sich gegen Ausbeutung zur Wehr setzen zu können. Ebenso möchte die UNDOK-Anlaufstelle die (Selbst-)Organisierung von undokumentiert Arbeitenden unterstützen. Denn deren Diskriminierung ist kein Einzelfall, sondern stellt eine systematische Ausbeutung dar, gegen die es kollektive Anstrengungen braucht.

Der UNDOK-Verband betreibt darüber hinaus Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit. Undokumentiert Arbeitende sind nicht nur der Willkür von Arbeitgeber_innen ausgesetzt – Aufenthaltsunsicherheit betrifft das ganze Leben. Ihre gesundheitliche Versorgung ist häufig ebenso prekär wie ihre Wohnsituation, von Bildungschancen ganz zu schweigen. Aus diesem Grund müssen weitere relevante Akteur_innen sowie öffentliche Stellen wie zum Beispiel die Stadt Wien erreicht und über die Situation von undokumentiert Arbeitenden informiert werden, um zur Verbesserung ihrer Situation beizutragen.

INKLUSIVE GEWERKSCHAFTSPOLITIK

Gewerkschaften in Österreich haben – anders als etwa jene in Deutschland – in der Vergangenheit eine distanzierte bis ablehnende Haltung gegenüber migrantischen Arbeitnehmer_innen eingenommen. So musste zum Beispiel das passive Wahlrecht für Migrant_innen bei Betriebsrats- und Arbeiterkammerwahlen in den 1990er Jahren gerichtlich erstritten werden, tatsächlich umgesetzt wurde es letztlich erst im Jahr 2006. Zum Vergleich: In Deutschland können Migrant_innen auf betrieblicher Ebene bereits seit Anfang der 1970er Jahre mitbestimmen.

Was undokumentierte Arbeit angeht, wurde in Österreich hauptsächlich auf Kontrollen und Bestrafung von Arbeitgeber_innen gesetzt, um die „Schwarzarbeit" zu bekämpfen. Mit der neu gegründeten UNDOK-Anlaufstelle geht ein Perspektivenwechsel einher: Menschen, die undokumentiert arbeiten, sollen dabei unterstützt werden, ihre Rechte einzufordern und durchzusetzen. Letztlich hat die Diskriminierung undokumentierter Kolleg_innen auch eine Schwächung aller Arbeitnehmer_innen zur Folge, denn Arbeitgeber_innen unterlaufen damit erkämpfte sozial- und kollektivvertragliche Standards. Mit dem Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz existiert in Österreich zwar ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung betrügerischer Praktiken am Arbeitsmarkt. Ergänzend dazu ist jedoch die direkte Unterstützung der undokumentiert arbeitenden Kolleg_innen notwendig.

Andreas Huss, leitender Sekretär der Gewerkschaft Bau-Holz, formulierte es bei der Eröffnung der UNDOK-Anlaufstelle treffend: „Diese Beratungsstelle ist für mich eine ganz wichtige Einrichtung, eine fehlende Verbindung zwischen undokumentiert Arbeitenden und den Institutionen Arbeiterkammer und ÖGB. Ich hoffe, dass das nicht die einzige Einrichtung wird, sondern dass wir möglicherweise in Zukunft auch in anderen Bundesländern derartige Einrichtungen schaffen."

ANMERKUNG

Fotos von der Eröffnung der UNDOK-Anlaufstelle unter http://undok.at/2014/06/fotos-von-der-eroeffnung-der-anlaufstelle

LINKS

Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung UNDOKumentiert Arbeitender: http://undok.at.

Frequently Asked Questions (FAQs): Arbeitsmarktzugang für Asylwerber_innen: http://arbeitsmarktzugang.prekaer.at.

Rechtsbroschüre „Arbeit ohne Papiere ... aber nicht ohne Rechte!" (PDF-Download): http://undok.at/wp-content/uploads/2014/06/Brosch%C3%BCre_ArbeitenOhnePapiere_Auflage-2_WEB.pdf.

AUTORIN

SANDRA STERN ist basisgewerkschaftliche und antirassistische Aktivistin. Zurzeit arbeitet sie in der UNDOK-Anlaufstelle und ist dort für Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und aufsuchende Arbeit zuständig.

GLOSSAR DER POLITISCHEN SELBSTBEZEICHNUNGEN

M WIE ... MIGRANTIN

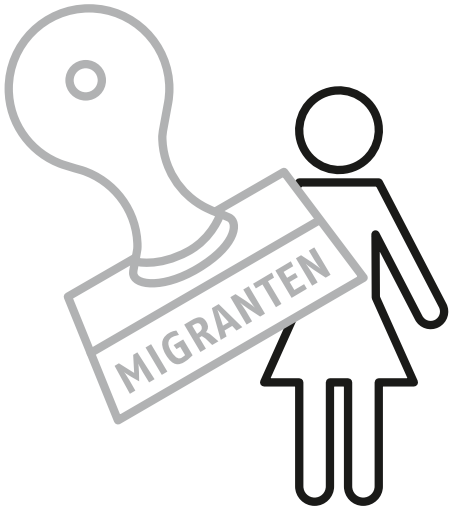
VON A–Z: „TALKING BACK FROM THE MARGINS“ (BELL HOOKS)

Die Bestimmung unserer eigenen politischen Identität als Migrantinnen verstehen wir als Gegenentwurf, als Bezeichnung eines oppositionellen Standorts. Wir sind uns der Gratwanderung bewußt, auf die wir uns begeben, wenn wir eine strategisch gedachte Identität konstruieren, die möglicherweise für einige ausschließend und für andere wiederum einengend wirkt. Doch erscheint es uns wichtig, daß über die Position, die wir einnehmen, die Einwanderungsgeschichte und -politik dieses Landes in den Mittelpunkt rückt.

Dabei geht es auch darum, die herrschenden Kulturalisierung von sozialen Unterschieden in Frage zu stellen, die uns auf die Position der „Anderen“ und „Fremden“ verweist. Indem wir dagegen versuchen, eine Migrantinnen-Politik zu bestimmen, die sich nicht in nationalen oder kulturellen Räumen verortet, sondern Widerstandsmöglichkeiten innerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche aufsucht, möchten wir die Logik der Spaltung des „Eigenen“ vom „Fremden“ (und umgekehrt) aufbrechen und aus der uns zugeschriebenen Objektposition heraustreten.

Die Notwendigkeit einer solchen Politik wurde uns unter anderem nach dem fünften Studienkongreß Schwarzer Frauen (in Frankfurt, Bielefeld und Berlin) im Sommer 1991 klar, an dem einige von uns teilgenommen hatten. Damals kamen wir zu dem Schluß, uns als Migrantinnen zu organisieren. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die meisten von uns als „Schwarze Frauen“ verstanden, das heißt als Frauen, die nicht nur über Sexismus Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung erfahren, sondern auch über rassistische Praktiken. Während des Kongresses wurde uns klar, daß die Kategorie „Schwarz“ unsere spezifischen Erfahrungen nicht fassen kann. Denn zum einen ist unsere Hautfarbe nicht schwarz und zum anderen bringt diese Kategorie den Grund für unsere Anwesenheit in Deutschland nicht zum Ausdruck. Der Begriff **Migrantin** dagegen kennzeichnet den Schritt der Immigration, den zum Teil unsere Eltern oder auch wir selbst machten, vor allem aber unterstreicht er die politisch-soziale Komponente des Vergesellschaftungsprozesses. Am Beispiel der Migration wird die Funktion des Rassismus in der nationalen und internationalen Arbeitsteilung deutlich.

Aus: FEMIGRA (FEMINISTISCHE MIGRANTINNEN, FRANKFURT) (1994): Wir, die Seiltänzerinnen. Politische Strategien von Migrantinnen gegen Ethnisierung und Assimilation. In: Cornelia Eichhorn/Sabine Grimm (Hg.): Gender Killer. Texte zu Feminismus und Politik. Edition ID-Archiv: Berlin/Amsterdam, S. 49.



Geburtsname:

„ES GEHT DARUM, DIE WELT ZU VERÄNDERN“

LUZENIR CAIXETA UND RUBIA SALGADO IM INTERVIEW MIT MARLIES PRATTER

maiz, das Autonome Zentrum von & für Migrantinnen in Linz, prägt mit radikalen Beiträgen maßgeblich den Migrationsdiskurs in Österreich. Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums gründete maiz 2014 die „Universität der Ignorant_innen“ im Rahmen der dafür ausgerufenen „Anthropophagischen Woche“. Marlies Pratter von Radio Helsinki sprach anlässlich des Jubiläums für migrazine.at mit Luzenir Caixeta und Rubia Salgado.

migrazine.at: ***maiz gibt es 2014 seit zwanzig Jahren. Wie kam es zur Gründung des Vereins, was hat euch damals bewegt?***

Luzenir Caixeta: Was uns – Tania Araujo, Rubia und mich – damals stark bewegt hat, war die Unzufriedenheit mit dem Neoliberalismus sowie die Suche nach Alternativen. Wir waren inspiriert von den Widerstandsbewegungen an anderen Orten, wie etwa von den Zapatistas in Chiapas in Mexiko. In diesem Kontext starteten wir den Versuch, hier als Migrantinnen gemeinsam mit anderen Migrantinnen etwas zu gestalten. Da war ein gewisses Begehren, etwas Eigenes zu schaffen, das unseren Bedürfnissen entgegenkommt.

Rubia Salgado: Von den drei maiz-Gründerinnen bin ich am frühesten nach Linz gekommen. Ich habe lange versucht, hier Kontakte herzustellen, mich zu engagieren. Ich war in unterschiedlichen Zusammenhängen aktiv und konnte nicht verstehen, wie hier Politik gemacht wird. Zum Beispiel war es damals noch viel selbstverständlicher, dass andere für Migrantinnen sprechen. Es gab kein oder nur ein geringes Angebot an Deutschkursen für Frauen. Ich und ein paar Kolleginnen haben dann die ersten frauenspezifischen Deutschkurse organisiert. Sonst gab es in Linz keine Frauenräume für Migrantinnen. Dafür waren die Gewerkschaften und Sozialdemokraten sehr bestimmend. Es war ein sehr männerdominierter Kontext, absolut heteronormativ und stark karitativ geprägt. Es gab keinen Ort für radikale Positionen. In den letzten zwanzig Jahren hat sich zwar nicht allzu viel verändert – aber es ist schon zu merken, dass andere Räume entstanden sind, nicht nur in Linz. Es haben sich alternative Räume konstituiert, die versuchen, sich außerhalb der paternalistischen Logik des „Für die anderen Sprechens“ zu entfalten.

migrazine.at: ***Mittlerweile hat maiz ein sehr großes Arbeitsfeld, angefangen von Beratung bis zu Bildung, Forschung und Kultur. Wie haben eure Aktivitäten zu Beginn ausgesehen?***

Salgado: Wir bemerkten schon früh die Anwesenheit von Frauen aus der Karibik in Linz und wussten, dass viele von ihnen in der Sexarbeit tätig waren. Wir begannen, die Frauen anzusprechen und sie einzuladen. Die Gruppe, die sich ursprünglich getroffen hat, war aber dagegen, dass die Sexarbeiterinnen – damals wurde der Begriff „Huren" benutzt – zu den Treffen kommen. Wir haben dann gesagt: Gut, wenn ihr euch nicht mit den Huren treffen wollt, dann könnt ihr nicht kommen. Die Sexarbeiterinnen waren dann immer öfter bei den Treffen dabei, und bald kam die Frage auf: Was wollen wir? Was ist wichtig? Für die meisten waren es Deutschkurse. Und das war dann die erste strukturell organisierte, regelmäßige Aktivität von maiz. Sie war eine sehr wichtige Erfahrung für uns alle, und es kamen enorm viele Frauen.

Caixeta: Die Deutschkurse sind schnell größer geworden, und immer mehr Frauen sind in der Pause mit Fragen gekommen. Die Lehrerinnen waren schon bald ziemlich überfordert mit den vielen Fragen. Ich erinnere mich noch sehr genau an den Tag, als Rubia sagte: „Eine von euch muss in der Pause da sein, ansonsten kann ich nicht einmal eine Zigarette rauchen." Wir haben es dann geschafft, einen Raum zu bekommen, in dem wir einmal in der Woche unsere Beratung machen konnten.
Am Anfang waren Bildung und Beratung unsere hauptsächlichen Arbeitsbereiche. Von den Mehrheitsösterreicher_innen wurden uns bald viele Fragen gestellt. Es gab ein großes Interesse und wir überlegten, was wir vermitteln wollen. So ist die sogenannte politische Kulturarbeit bei maiz entstanden. Das erste Mal, dass wir damit in der Öffentlichkeit aufgetreten sind, war 1996 mit der „Peepshow einmal anders", die Frauenmigration, Sexarbeit und Sextourismus thematisierte. Es war ein Experiment und zeigte uns, dass es wichtig ist, andere Formate jenseits der klassischen Formen der Öffentlichkeitsarbeit zu schaffen.

Salgado: Ich war damals stark involviert in die Organisation der „Begegnungstage", die von der Stadt Linz veranstaltet wurden. Bei einem Treffen mit einer österreichischen Vereinsfrau, die mit Migrantinnen arbeitete, sagte sie: „Nein, Sexarbeit ist kein Thema für diese Veranstaltung." Wir argumentierten, dass Frauen, Migration und Sexarbeit eine wichtige Fragestellung ist, bei der wir nicht wegschauen sollten. Der Verein wollte das aber nicht, und wir sagten: Okay, dann machen wir die „Peepshow einmal anders". Das war eine interaktive Performance, für die wir eine Peepshow-Kabine aufbauten. Wir wollten damit stören, herausfordern und Irritation erzeugen. Und haben das auch geschafft.
Es gibt vieles, das wir nie gemacht haben, das aber andere Migrantinnen vielleicht gerne gemacht hätten – zum Beispiel „interkulturelle Begegnung" oder Folklore, also die Selbstexotisierung von Migrantinnen. Wir stellen die Legitimität dafür nicht infrage, für viele kann die Pflege der Traditionen wichtig sein, aber maiz ist nicht der Raum dafür. Wir haben das von Anfang an problematisiert, auch in der Bildungs- und Beratungsarbeit. Uns geht es nicht bloß um eine affirmative Begegnung im Sinne von „das, was die Frauen, mit denen wir arbeiten, sagen, ist das, was wir zu machen haben". Es ist ein dialogisches und auch hinterfragendes Miteinander. Sonst wäre es letztendlich eine paternalistische und opportune Geschichte.

Caixeta: Die Ethnisierung wäre auch ein falscher Schritt, weil wir seit 1998 unsere Zielgruppen stark erweitert haben. Diese Entscheidung, Frauen aus unterschiedlichen Ländern und Tätigkeitsfeldern bei maiz einzubinden, wurde stark von den (lateinamerikanischen) Sexarbeiterinnen getragen. Sie nahmen zum Beispiel Kolleginnen mit, die nicht aus Lateinamerika waren, und sagten: „Sie ist auch Migrantin und braucht eine Beratung." Sie haben auch Freundinnen und Familienmitglieder mitgebracht, die nicht in der Sexarbeit tätig waren. Die Entfaltung von maiz wurde also stark von den Sexarbeiterinnen gefördert.

Salgado: Es gab Frauen, die die Kurse verlassen haben, weil sie nicht als Sexarbeiterinnen wahrgenommen werden wollten. Wir haben immer versucht, die unterschiedlichen Perspektiven zu hören und uns mit diesen auseinanderzusetzen.

Caixeta: Genau, nicht den Konflikt zu vermeiden, sondern das zu thematisieren und Raum zu geben, in dem die Frauen das diskutieren können. Das sind immer wieder auch sehr schmerzhafte Diskussionen.

migrazine.at: ***Ein wichtiges Konzept, das maiz von Beginn an begleitet, ist die Anthropophagie oder der strategische Kannibalismus. Kann das „Einverleiben" einer hegemonialen Kultur auch als Gegenstrategie zu den Vereinnahmungsversuchen, die ihr erwähnt habt, gesehen werden?***

Salgado: Das ist ein Thema, dass bei uns gerade sehr heftig diskutiert wird. Es gibt dazu unterschiedliche Meinungen. Die Anthropophagie war eine künstlerische Bewegung in den 1920er Jahren in Brasilien, die für die gesamte brasilianische kulturelle Produktion bedeutsam war. Bis dahin war die Kulturproduk-

tion in Brasilien und überhaupt in Lateinamerika immer nach dem Muster europäischer Traditionen gestrickt – insofern war es sehr wichtig, aus der kolonialisierten Realität heraus einen Gegenentwurf zu schaffen. Mit dem Modernismus und der anthropophagischen Bewegung gab es einen Schnitt. Es wurde gesagt: „Wir gehen in die Offensive, wir fressen euch und machen was anderes daraus."

Einer der Kritikpunkte an diesem Konzept ist, dass damit eine Dichotomie erzeugt wird. Also die Vorstellung einer bestimmten brasilianischen kulturellen Identität gegenüber einer bestimmten europäischen kulturellen Entfaltung und Produktionsweise. Diese Homogenisierung problematisieren wir. Wenn wir das Konzept der Anthropophagie übernehmen, stellt sich die Frage: Wie können wir hier ein „Wir" bilden? Was ist dieses „Wir Migrantinnen, wir fressen ..."? Aber auch: Was ist Europa? Welche Kultur fressen wir? Wen fressen wir?

Im anthropophagischen Konzept wird auch das Begehren der Kolonialisierten nach dem kolonialen Lebensstil, nach dem Lebenszusammenhang, letztlich nach dem Kolonisator nicht hinterfragt. Das Begehren der Nachahmung, das Gleich-Werden mit dem Kolonisator wird nicht thematisiert. Das ist eine Leerstelle in der Anthropophagie. Es wird gesagt, dass uns etwas aufgesetzt wird, aber über sich selbst wird zu wenig nachgedacht.

Wenn wir das übersetzen auf die Situation der Migration, ist das ebenso der Fall. Ich finde es gefährlich, dass das Begehren der minoritären, diskriminierten Position nach dem Unterdrücker nicht benannt wird. Ich denke da immer an die berühmte Frage von Gayatri C. Spivak: „Was ist denn das, was ich nicht nicht wollen kann?" Sie stellt diese Frage aus der Perspektive einer Person in einer privilegierten Position, im Zusammenhang mit der politischen Arbeit an der Transformation ungleicher Verhältnisse. Wenn wir über die Anthropophagie sprechen, sollten wir uns also fragen: Was ist dieses „Wir"? Und was ist das, was wir nicht nicht wollen können in diesem Sprechen?

migrazine.at: ***Im Rahmen der „Anthropophagischen Woche" wird von maiz die „Universität der Ignorant_innen" eröffnet. Warum habt ihr euch entschieden, den Raum, in dem gegenhegemoniales Wissen produziert werden soll, „Universität" zu nennen? Die Universität gilt ja als die Institution der hegemonialen Wissensproduktion schlechthin.***

Caixeta: Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einer ist, dass es schon viele Erfahrungen gibt mit alternativen Universitäten, in verschiedenen Kontinenten und mit unterschiedlichen Schwerpunkten, die sehr spannend sind. Wir wollten an diese Tradition anknüpfen und aus diesen Erfahrungen lernen. Ein anderer Grund ist, dass wir dem, was bei uns sowieso ständig passiert, also diesem großen Labor, wo Wissen produziert und hinterfragt, neu gedacht und entfaltet wird, einen Rahmen geben wollen – mit einem Titel, der sehr imposant daherkommt. Auch das ist eine bewusst gewählte Strategie. Und wir sehen an den Reaktionen, dass es anscheinend funktioniert. Die Leute reagieren überrascht. Zum Beispiel war die Bildungsministerin ganz erstaunt: „Aha, eine Universität!?"

Salgado: Es geht auch darum, den Begriff „Universität" zu besetzen und zu resignifizieren, ihn mit einer anderen Bedeutung zu versehen. Was ich hier gerne erwähnen möchte, ist der Prozess, der sich schon seit einigen Jahren sehr intensiv bei maiz vollzieht. Es gibt diese Spannung zwischen dem Dasein als Verein, der öffentliche Subventionen bekommt und angestellte Mitarbeiterinnen hat, Projekte und Verwaltung durchführt, und dem gleichzeitigen Dasein als politisches Kollektiv. Diese Spannung nicht verschwinden zu lassen, sondern in ihr weiterhin zu arbeiten und sie produktiv zu machen, ist äußerst wichtig. Die Idee der Universität ist in Zusammenhang mit dieser Auseinandersetzung entstanden.

Wir wollten einen Raum außerhalb der Projektarbeit, außerhalb der ökonomischen Verwertung schaffen und die Praxis des unbezahlten Engagements, der politischen Arbeit, die außerhalb der bezahlten Projektarbeit stattfindet, intensivieren. Wir wollen damit auch Leute, die über öffentliche Anerkennung verfügen, dazu bewegen, ihre Privilegien zur Verfügung zu stellen. Das Konzept der „Universität der Ignorant_innen" sieht vor, dass alle Teilnehmer_innen unbezahlt mitmachen und es keine Wissenshierarchien gibt, also keine Unterscheidung zwischen den Teilnehmer_innen in Referent_innen und Hörer_innen ...

Caixeta: Niemand ist eine Tabula rasa. Die geladenen Referent_innen wissen, dass sie nicht als die Wissenden eingeladen sind. Alle, die dabei sind, verfügen über Wissen. So soll ein Dialog entstehen ...

Salgado: ... im Bewusstsein über die Unmöglichkeit dieses Dialogs, und trotzdem mit dem Wunsch, ihn zu versuchen und zu gestalten.

Caixeta: Oder zumindest die Distanz zu verkürzen. Es geht nicht um eine Romantisierung, dass in diesem Raum alle gleich sind. Sondern vor allem darum zu versuchen, die anderen zu hören und das Wissen in einer Sprache zu vermitteln, die die anderen auch verstehen können. Wir haben lauter Akademiker_innen

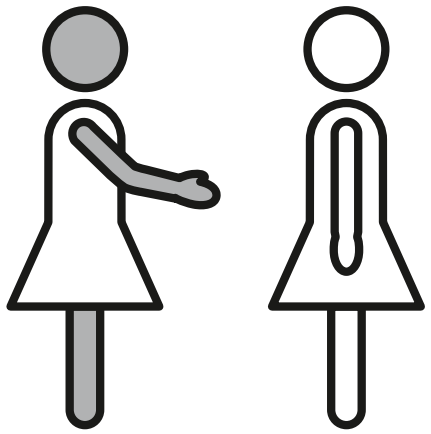
eingeladen, die auch mehr oder weniger politische Aktivist_innen sind, die auch interessiert sind zu lernen und sich selbst zu hinterfragen.

Salgado: Es geht um eine Haltung der Wechselseitigkeit. Nicht nur ich weiß, sondern auch die anderen wissen. Was hat das Wissen der anderen mit der Konstitution und Legitimierung meines Wissens zu tun? Welches Wissen wird aberkannt? Was hat die Legitimierung meines Wissens mit der Aberkennung anderer Wissensbestände und Traditionen zu tun?

migrazine.at: ***Wieso habt ihr euch für den Begriff „Ignorant_innen" entschieden?***

Salgado: Wir meinen mit Ignorant_innen Akademiker_innen, die bestimmte Wissensbestände, Wissenstraditionen und Kontexte der Wissensproduktion an bestimmten Orten – also nicht nur geografisch, sondern auch klassenbedingt – ignorieren. Dieses Ignorieren ist machtvoll, weil es die eigene Position verfestigt. Es geht aber auch um das Ignorieren des hegemonialen Systems der Wissensproduktion und die gesellschaftliche Bedeutung dessen. Neben den Akademiker_innen meinen wir aber auch die „anderen", die eben nicht in einer machtvollen, sondern in einer unterdrückten, depriviligierten, subalternen Position sind. Was hier wesentlich ist, ist die Wechselseitigkeit: der_die Lehrer_in als Lernende_r und der_die Lernende als Lehrer_in. All das im Bewusstsein der Unmöglichkeit – da steckt also auch dieses utopische Element mit drinnen.

Caixeta: Ebenfalls wichtig ist in diesem Kontext der Begriff des „Verlernens", betreffend diejenigen, die als wissend anerkannt werden von der hegemonialen Gesellschaft. Dabei geht es um die Notwendigkeit eines Reflexionsprozesses und die Notwendigkeit zu verlernen – denn ohne dem kann man das Wissen der „anderen" nicht anerkennen.



Ich bin deine Nächste

Salgado: Das Ganze ist kein Selbstzweck. Praxis und Reflexion miteinander zu verknüpfen, muss garantiert sein, sonst macht das keinen Sinn. Es geht darum, die Welt zu verändern und unser Dasein hier, darum, unsere politische Arbeit im Kontext der internationalen Arbeitsteilung zu denken. Ich bin gerade eben aus Brasilien zurückgekommen, dort war das für mich sehr präsent. Wir dürfen diese Praxisebene nie vergessen.

LUZENIR CAIXETA ist Mitbegründerin von maiz, wo sie für die Koordination der Beratungsstelle, Sex & Work und für den Forschungsbereich zuständig und als Beraterin tätig ist.

RUBIA SALGADO ist Mitbegründerin von maiz und dort Mitarbeiterin im Bildungsbereich (Koordination und Unterricht) sowie im Forschungsbereich (Schwerpunkt Kritische Erwachsenenbildungsarbeit).

MARLIES PRATTER ist Aktivistin, freie Journalistin und Radiomacherin bei Radio Helsinki, dem Freien Radio in Graz.

DEUTSCHLAND SCHAUT WEG UND SCHIEBT AB

ALLE BLEIBEN!

Roma in Deutschland gegen Abschiebungen in den Kosovo, Serbien und Mazedonien: Alle bleiben!

alle bleiben! ist eine Vernetzung von jungen Roma aus Deutschland, die als Reaktion gegen die zunehmende Zahl der Abschiebungen von Roma in den Kosovo und nach Serbien entstanden ist. Viele der in **alle bleiben!** aktiven Menschen sind selbst davon betroffen oder haben Verwandte und Freund_innen, die in Deutschland nur geduldet und somit akut von Abschiebung bedroht sind. Unterstützt werden sie bei ihrem Einsatz von vielen Organisationen in Deutschland und Europa, die sich für Menschenrechte und gegen Rassismus einsetzen. Koordiniert wird die Kampagne vom Roma Center Göttingen e.V., einem Verein, der 2006 von jungen Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien gegründet wurde.

ABSCHIEBUNG VON ROMA IN DEN KOSOVO, SERBIEN, MAZEDONIEN

Seit dem Rückübernahmeabkommen mit dem kosovarischen Staat 2010 hat Deutschland kontinuierlich zuvor langjährig geduldete Roma in den Kosovo abgeschoben. Auch Alte, Kranke und Kinder mussten zwangsweise das Land verlassen. Mit der Einstufung Serbiens, Mazedoniens und Bosnien-Herzegowinas als sichere Herkunftsstaaten droht verstärkt Roma die Abschiebung. Viele der Menschen, die mit einer Abschiebung rechnen müssen, leben schon seit über 20 Jahren in Deutschland. Das bedeutet, dass in vielen Fällen ihre Kinder in Deutschland aufgewachsen bzw. zur Welt gekommen sind. Diesen Kindern, die hier Kindergarten und Schule besuchen und die meistens weder Serbisch noch Albanisch gelernt haben, droht eine Abschiebung in ein für sie völlig fremdes Land, in dem sie weiterhin keine angemessene Rechtssicherheit genießen: Sowohl der Zweite Weltkrieg als auch die Jugoslawienkriege in den 1990er Jahre haben jene gesellschaftlichen Strukturen geschaffen, die für Roma bis heute eine Bedrohung darstellen.

NATIONALSOZIALISTISCHE VERFOLGUNG UND DER BALKAN

Roma sind während der Herrschaftszeit des Nationalsozialismus aus rassistischen Motiven diskriminiert, verfolgt und ermordet worden. Eine Reihe von Initiativen und Bemühungen haben mittlerweile dazu geführt, dass die Ermordung der Roma im Nazi-Regime ein weitgehend bekanntes und anerkanntes Kapitel der Geschichte ist. Weniger bekannt sind die Bedingungen der Verfolgung der Roma im Balkan, der unter dem Befehl der deutschen Besatzung stand.

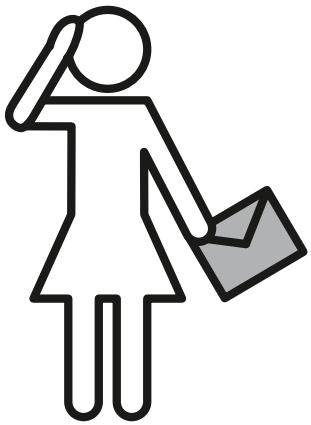
Jugoslawien wurde im Jahr 1941 schnell besiegt und von da an von Deutschland und seinen Verbündeten besetzt. Auf den Zerfall Jugoslawiens folgten Partisan_innenkämpfe und die Unterdrückung der Bevölkerung. Beim Verdacht der Kooperation mit Partisan_innen wurden ganze Dörfer zerstört und die Bewohner_innen ermordet oder verschleppt. Vernichtungslager gab es in Sajmiste, Bajnica, Crveni Krst und Jasenovac. Letzteres wurde wegen seiner Größe auch „Auschwitz des Balkans“ genannt. Gefangene wurden für getötete deutsche Soldaten, im Verhältnis von 100 für einen, als Vergeltung ermordet. Unter den Opfern waren auch zahlreiche Roma, die wie die Juden und Jüdinnen aufgrund der nationalsozialistischen Rassenideologie als minderwertig angesehen und verfolgt wurden.

Insbesondere für die Roma ist eine Schätzung der Opferzahlen aber schwierig, da sie meist nicht als Roma registriert wurden und oft direkt am Ort ihrer Aufgreifung als „Partisanen“ oder „Spione“ ermordet wurden. Es wird davon ausgegangen, dass um die 100.000 Roma während der deutschen Besatzung im Gebiet Jugoslawiens ihr Leben verloren.

Helfer fand die Wehrmacht in Kroatien bei der faschistischen Armee der Ustascha und durch die neu gegründete, unter deutscher Führung stehende Waffen-Gebirgs-Division der SS „Handschar“ (kroatische Nr. 1) und im Kosovo durch die Waffen-Gebirgs-Division der SS „Skanderbeg“ (albanische Nr. 1). All diese Truppen waren für ihre Grausamkeit, mit der sie zahlreiche Kriegsverbrechen verübten, gefürchtet. Die überlebenden Roma wurden oft den Rest ihres Lebens von den Schreckenserlebnissen begleitet oder litten am Verlust ihrer Angehörigen. Gerechtigkeit gab es für sie keine. Auch nach dem Krieg blieben sie eine stark diskriminierte, weitgehend rechtlose Minderheit.

KOSOVOKRIEG IN DEN 1990ERN

Als 1998 wieder Krieg ausbrach, lebten einige Roma, für die die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg noch präsent waren. Nach der Bombardierung durch die NATO unter deutscher Beteiligung und der darauffolgenden Rückkehr der zuvor vertriebenen Albaner_innen kam es vielerorts zu Racheaktionen der UCK. Hierdurch erlebten diese Menschen durch die Eskalation von Rassismus eine weitere Katastrophe in ihrem Leben. Von Seiten extremistischer Albaner_innen wurden die Roma der Kollaboration mit Serbien verdächtigt und vertrieben, verschleppt und ermordet. Der Rassismus gegen Roma und ihre Ermordung wurden im Kosovo nie aufgearbeitet, der Rassismus hat noch heute große Verbreitung. Extremist_innen zeigen daher, mit der Gewissheit des Einverständnisses der Mehrheitsbevölkerung auf



Darf ich bleiben?

ihrer Seite, hohe Gewaltbereitschaft und Verachtung gegenüber Minderheiten.

Die Verbrechen an Roma im Jahr 1999 und danach wurden bis heute nicht konsequent verfolgt und die Täter_innen blieben unbestraft. Sichtbar wurde dies durch die Enthüllungen über die Verstrickung des kosovarischen Regierungschefs Hashim Thaci in mafiöse Strukturen und Organhandel. Unter den Opfern dieses Organhandels sollen sich auch zahlreiche Roma befunden haben. Viele sind einfach verschwunden und gelten seitdem als vermisst. Ihre Hinterbliebenen leben oft bis heute in Trauer und Angst, sind geflüchtet oder haben sich zum Schutz in Enklaven zurückgezogen. Weite Teile der extremistischen Elite gelangten nach der Unabhängigkeit des Kosovo an ranghohe Posten in Politik, Wirtschaft und Polizei. So kommt es vor, dass die von der UCK begründeten kriminellen Netzwerke, geschützt durch weit verbreitete Korruption und international einflussreiche Befehlshaber, bis heute andauern. Noch 2008 gab es nachweißlich illegale Organtransplantationen in der Medicus-Klinik in Priština. Es ist daher verständlich, dass viele Roma nicht in dieses Land abgeschoben werden wollen. Dort, wo sie ihren früheren Peiniger_innen in mächtigen Positionen wieder begegnen werden.

ALLE BLEIBEN!

Die Kampagne alle bleiben! setzt sich für ein Bleiberecht für Roma aus dem Kosovo, aus Serbien und Mazedonien ein. Abschiebung und Auslieferung in derartige Verhältnisse ist ein Verbrechen und angesichts der deutschen Vergangenheit besonders anrüchig. Wir dürfen daher nicht zusehen, wie die Menschen, die hier Schutz gesucht haben, erneut einem Schicksal von Gefahr und Diskriminierung ausgesetzt werden. Es ist nötig, hier lebende Roma beim Aufbau einer Existenz in ihrer neuen Heimat Deutschland zu unterstützen, anstatt ihnen Steine in Form von ausgrenzenden Sondergesetzen in den Weg zu legen. Es wird höchste Zeit für einen fairen Umgang mit den Roma! Alle Roma müssen die Möglichkeit bekommen, ein Leben in Sicherheit und als vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft zu führen.

ROMA ANTIDISCRIMINATION NETWORK (RAN)

Europaweit sind Roma Opfer von Diskriminierungen und rassistischen Anfeindungen. Die strukturelle Diskriminierung der größten Minderheit Europas ist weitverbreitet und erfordert Gegenmaßnahmen. Trotz Festsetzung der Anti-Rassismus-Richtlinie der Europäischen Kommission sind Roma zunehmend Opfer rassistischer Übergriffe. Die Bandbreite der Diskriminierung reicht von sozialer Ausgrenzung, sichtbar an Benachteiligungen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnung und gesundheitlicher Versorgung, bis hin zu exzessiver und rassistischer Gewalt. Um Roma vor Benachteiligungen zu schützen, Diskriminierungen sichtbar zu machen und zu beseitigen, hat das Roma-Center Göttingen e.V. 2015 das Roma Antidiscrimination Network (RAN) begründet. Rassistische Diskriminierung ist eine Menschenrechtsverletzung, kein individuelles Problem oder Integrationsdefizit. Das Antidiskriminierungsnetzwerk unterstützt Menschen bei der Durchsetzung ihrer Interessen zum Schutz vor konkreten Benachteiligungen wegen rassistischer oder ethnischer Zuschreibungen.

DIE BLUTSPENDE ALS SOZIALER VERTRAG

VERONIKA SIEGL

Um kaum einen anderen Stoff ranken sich derart viele Fantasien und Mythen wie um diesen besonderen Saft: Blut. migrazine.at machte 2014 die ambivalenten Bedeutungen, die Blut eingeschrieben sind, zu einem Schwerpunkt. Veronika Siegl analysiert im folgenden Beitrag, wie die Blutspende sowohl die Idee des gesellschaftlichen Zusammenhalts als auch ihre strukturellen Ausschlüsse widerspiegelt.

Im Februar 2014 brach eine öffentliche Diskussion aus, als eine Ärztin des Oberösterreichischen Roten Kreuzes eine Blutspendenaktion der Islamischen Religionsgemeinschaft Linz ablehnte. Ihre Begründung: Menschen „muslimischer" oder „türkischer Herkunft" kämen aus „medizinischen Gründen" für eine Blutspende prinzipiell nicht in Frage. (1) Nachdem der Fall in die Medien gekommen war, entschuldigte sich das Rote Kreuz und stellte klar, dass Menschen mit Migrationshintergrund als Blutspender_innen „jederzeit herzlich willkommen" seien. (2) Alles lediglich ein Missverständnis, bekundete auch die Leiterin der Blutzentrale Wien. (3) Laut Christian Gabriel jedoch, Leiter der Blutzentrale Linz, ziehe sich das Rote Kreuz bewusst aus der Zusammenarbeit mit „Kulturvereinen" zurück. Viele Kooperationen seien in der Vergangenheit „schiefgelaufen", weil die Hepatitis-B-Prävalenz dieser Spenden bis zu vierzig Prozent betragen habe. (4)

VERLORENES VERTRAUEN

Die Angst vor „kontaminiertem" Blut ist wesentlich von den Entwicklungen der 1980er Jahre geprägt: Damals markierten die Entdeckung des HI-Virus und seine rasche Ausbreitung einen radikalen Bruch innerhalb des globalen Blutspendesystems. Nicht nur wurden die bisherigen Methoden der Blutspende reorganisiert, auch die Konzeptualisierung der Blutspende an sich erfuhr einen Wandel. Schließlich führte die sogenannte „AIDS-Krise" zu einer grundlegenden Transformation von Blutspendeorganisationen zu Risikomanagement-Institutionen. (5) Von dieser Krise sollte sich das Blutspendesystem nie wieder erholen – das Vertrauen war nachhaltig erschüttert. (6)

Dem verlorenen Glauben versuchen seitdem viele Einrichtungen mit einer „Zero Risk"-Politik entgegenzuwirken, die oft ganze Bevölkerungsgruppen per se von der Blutspende ausschließt. In Österreich und Deutschland betrifft diese Politik u.a. Männer, die Sex mit Männern haben (MSM). Ein umstrittener Ausschluss, gegen den sich zahlreiche Initiativen seit Jahren einsetzen. Dauerhaft verweigert wird die Blutspende in den beiden Ländern auch (ehemaligen) Sexarbeiter_innen und Drogenabhängigen.

VON DER „RISIKOGRUPPE" ZUM „RISIKOVERHALTEN"

Kritiker_innen – wie etwa der Verein Schwules Blut – plädieren dafür, nicht mehr in der Kategorie der „Risikogruppe" zu denken, sondern von „Risikoverhalten" zu sprechen. Ein Umdenken, das den Blick auf individuelles Verhalten lenken soll, anstatt ganze Bevölkerungsgruppen unter Generalverdacht zu stellen. Auch wenn das HIV-Infektionsrisiko bei MSM höher ist als bei heterosexuell lebenden Personen – von einer „schwulen Krankheit" kann keine Rede sein, steigt doch das Risiko einer Ansteckung bei ungeschütztem (Anal-)Verkehr um ein vielfaches, unabhängig von der sexuellen Orientierung. Darüber hinaus haben neue Technologien wie der PCR-Test die Fensterzeit – also jener Zeitrahmen, in dem der HI-Virus nicht im Blut nachweisbar ist – von zwölf auf unter zwei Wochen reduziert. Die Gesetzgebung und die Einstellung zahlreicher Institutionen scheinen jedoch dieser Realität weit hinterherzuhinken. Denn bis heute sind alle Männer, die seit 1977 (!) Sex mit einem Mann hatten, in Deutschland und Österreich lebenslang von der Blutspende ausgeschlossen. Während immer mehr Länder ihre Regulierungen überdenken – in Großbritannien dürfen MSM ein Jahr lang keinen sexuellen Kontakt zu Männern gehabt haben, in Südafrika beträgt der Zeitraum ein halbes Jahr –, scheint eine Änderung hierzulande nicht in Sicht. In Deutschland wird seit einigen Jahren öffentlich über die Sinnhaftigkeit eines generellen Ausschlusses von MSM diskutiert, bislang jedoch ohne konkrete Änderung der Bestimmungen.

„BÖSES" BLUT

Die Angst vor der Übertragung von HIV führt aber nicht nur zu Ausschlüssen entlang der Kategorie Sexualität, sondern auch entlang von Race/Ethnicity-Markern. So wurde etwa in Israel die Blutspende der Parlamentsabgeordneten Pnina Tamano-Shata im Dezember 2013 abgelehnt, weil sie bis zu ihrem dritten Lebensjahr in Äthiopien gelebt hatte. Das Thema ist nicht neu – bereits vor 16 Jahren gab es in Jerusalem Massenproteste, als bekannt wurde, dass Blutspenden von „Afrikaner_innen" direkt im Müll landeten. Ganz ähnlich wurde in Südafrika verfahren: 2005 stellte sich heraus, dass das Blut von Schwarzen Personen jahrelang aus „Sicherheitsgründen" umgehend vernichtet wurde.

Begründet werden solche Vorgehensweisen mit Fakten und Statistiken. Es stimmt zwar, dass Äthiopien zu einem der Länder mit der höchsten HIV-Rate gehört, und tatsächlich ist aufgrund der Geschichte Südafrikas die dortige Schwarze Bevölkerung wesentlich stärker vom HI-Virus betroffen als andere Bevölkerungsgruppen. Aber es ist wohl kein Zufall, dass diese Ausschlüsse wiederholt Personengruppen betreffen, die aufgrund struktureller Ungleichheiten ohnehin marginalisiert sind. Ein kritischer Blick auf die Ausschlüsse von der Blutspende macht schnell deutlich, dass es bei der Blutspende um wesentlich mehr geht als um die Weitergabe von Zellmaterial.

AUS LIEBE ZUM MENSCHEN

Die (Un-)Möglichkeit des Blutspendens hat für viele Menschen eine große politische und kulturelle Bedeutung, da die Spende eng mit Konzepten von Zugehörigkeit und der Teilhabe an gesellschaftlichen Praktiken verbunden ist. Das politische Moment der Blutspende erklärt sich nicht zuletzt durch die Geschichte der Blutbanken, die in der Zwischenkriegszeit eingerichtet wurden. Viele Methoden der Spende, Untersuchung und Aufbewahrung von Blut wurden während des Zweiten Weltkriegs in den USA und in Großbritannien weiterentwickelt. Es war dieser Kontext, der die Blutspende mit Ideen von Demokratie, Beteiligung (am Krieg) und Antifaschismus verknüpfte. (7) Wie Douglas Starr in seinem Standardwerk „Blood: An Epic History of Medicine and Commerce" (1998) eindrücklich beschreibt, symbolisierte die Blutspende somit einen neuen Gesellschaftsvertrag. Die Macht dieses Vertrags trat zuletzt in den Tagen nach 9/11 in Erscheinung. Die Angriffe auf das World Trade Center lösten einen regelrechten Ansturm auf die Blutspendeeinrichtungen in den USA aus. Angetrieben von den medialen Appellen an die Bevölkerung, die sich schon bald verselbstständigten, übernachteten Menschen massenweise vor den Blutspendezentralen – sie alle wollten spenden, selbst als schon längst ausreichend Blutkonserven zur Verfügung standen. Eine Dynamik, die laut den australischen Wissenschaftler_innen Catherine Waldby und Robert Mitchell die enge Verbindung von Blut(-spende) mit der emotional aufgeladenen Vorstellung von Nation, Zugehörigkeit und Gemeinschaft aufzeigt. Dabei wirke die Blutspende in zwei Richtungen: Sie impliziere ein Geben, durch das sich das gebende Individuum wiederum neu erschafft. Ähnlich formuliert es der britische Sozialwissenschaftler Richard Titmuss (8), der von einem „kreativen Altruismus" spricht: Blutspender_innen würden meist als fürsorglicher, mitfühlender und großzügiger als andere Menschen gesehen.

Die Blutspende verweist somit auf soziale Verantwortung und Vertrauen gegenüber der Gesellschaft, sie ermöglicht und bestätigt die Mitgliedschaft in einem Kollektiv. Mit Sprüchen wie „Leben retten liegt mir im Blut" oder „Aus Liebe zum Menschen" bedient sich nicht zuletzt das Rote Kreuz dieses altruistischen Diskurses.

AUSSCHLUSS IST IMMER POLITISCH

Wer nicht an diesem Akt der Nächstenliebe teilhaben darf, muss mit Stigmatisierung rechnen. Die Sperre vom Blutspenden (re) produziert und bestärkt gesellschaftliche Stereotype sowie homophobe und rassistische Bilder und ist somit immer auch ein politischer Akt. Wie die australische Sozialwissenschaftlerin Kylie Valentine schreibt: „Exclusion from public practices is a political act for those forced to struggle for rights and public recognition, regardless of the reasons for that exclusion." (9) Denn was heißt es, in einem Land mit einer 46-jährigen Geschichte der Apartheid die Schwarze Bevölkerung von der Blutspende auszuschließen? Was bedeutet es, in heteronormativen Kontexten schwule Männer auszuschließen und ihnen per se Promiskuität und Verantwortungslosigkeit zu unterstellen? Und was heißt es, (muslimische) Migrant_innen in einem Land auszuschließen, das sich bis heute nicht als Einwander_innenland versteht und in dem rund ein Drittel der Bevölkerung eine Partei wählt, die mit Sprüchen wie „Daham statt Islam" in den Wahlkampf geht?

Vor diesen Hintergründen muss die Frage nach den Ausschlüssen von der Blutspende neu gedacht werden. Diese richtet sich insbesondere an Institutionen, die sich in ihrem Selbstverständnis als humanitär und karitativ definieren, jedoch nicht reflektieren, wie ihre Praktiken bestehende gesellschaftliche Ein- und Ausschlussmechanismen verfestigen.

Die Autorin bedankt sich herzlich bei Maria Pichler für den inhaltlichen Austausch.

ANMERKUNGEN

(1) Islamische Religionsgemeinschaft Linz (2014): Rotes Kreuz: „Kein Blut von ‚TürkInnen' und ‚Muslimen'". Stellungnahme vom 10.2.2014. Online unter: http://www.ooe.derislam.at/?f=news&shownews=1823 (20.04.2015).

(2) Rotes Kreuz (2014): Rotes Kreuz stellt klar: Kein Ausschluss von Migrantinnen und Migranten beim Blutspenden. OTS-Pressemitteilung vom 12.2.2014. Online unter: http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140212_OTS0074/rotes-kreuz-stellt-klar-kein-ausschluss-von-migrantinnen-und-migranten-beim-blutspenden (20.04.2015).

(3) Die Presse (2014): Blutspende abgewiesen: Muslime verärgert. Vom 11.02.2014. Online unter: http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/1561332/Blutspende-abgewiesen_Muslime-veraergert (20.04.2015).

(4) daStandard.at (2014): „Wir wollen nicht verlogen sein". Interview mit Christian Gabriel vom 12.2.2014. Online unter: http://dastandard.at/1389860089480/Wir-wollen-nicht-verlogen-sein (20.04.2015).

(5) Vgl. CATHERINE WALDBY/ROBERT MITCHELL (2006): Tissue Economics. Blood, Organs, and Cell Lines in Late Capitalism. Durham/London: Duke UP.

(6) Vgl. DOUGLAS STARR (1998): Blood: An Epic History of Medicine and Commerce. New York: Knopf.

(7) Vgl. WALDBY/MITCHELL 2006.

(8) RICHARD TITMUSS (1971): The Gift Relationship: From Human Blood to Social Policy. New York: Pantheon Books.

(9) KYLIE VALENTINE (2005): Citizenship, Identity, Blood Donation. In: Body & Society, 11. Jg., Nr. 2, S. 113–128.

AUTORIN

VERONIKA SIEGL ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern. Sie ist Teil des Forschungsprojektes „Intimate Uncertainties. Precarious Life and Moral Economy across European Borders" und beschäftigt sich mit (transnationalen) Erfahrungen und Netzwerken von Leihmutterschaft und Eizellspende in Russland.

GLOSSAR DER POLITISCHEN SELBSTBEZEICHNUNGEN

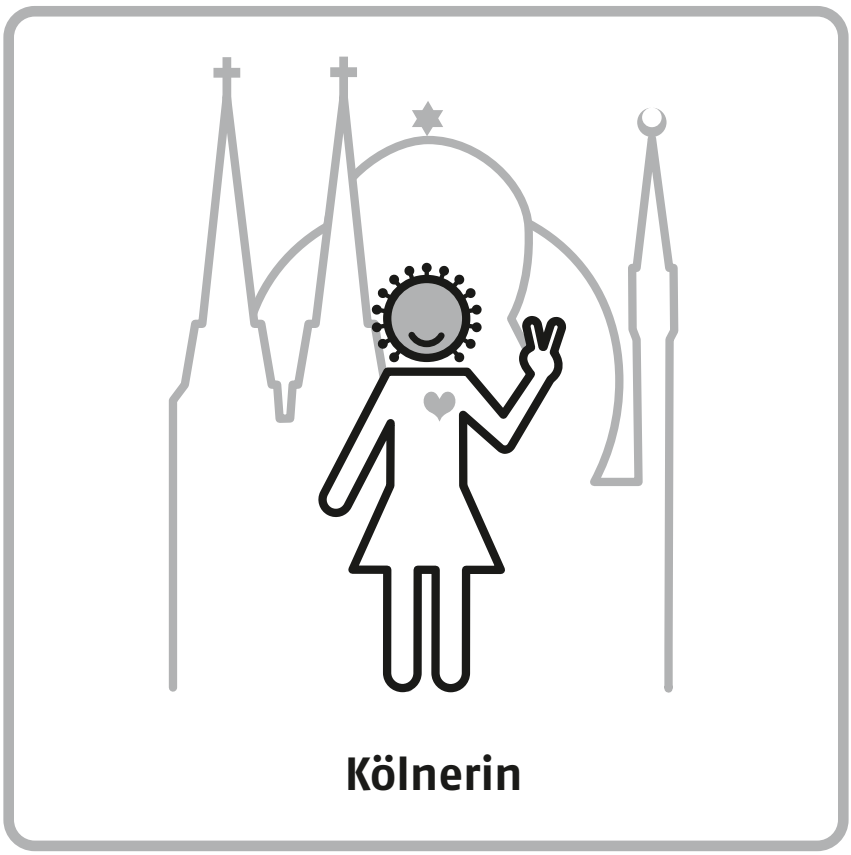
S WIE … SCHWARZ

VON A–Z: „TALKING BACK FROM THE MARGINS“ (BELL HOOKS)

Araba E. Johnston-Arthur: Wenn ich mich als „Schwarz“ definiere, handelt es sich dabei um einen politischen Begriff und nicht um einen biologischen. Durch diese Definition solidarisiere ich mich mit zwei Drittel der Weltbevölkerung, deren Hautfarbe nicht weiß, deren Herkunft nicht westlich-europäisch und deren Religion nicht christlich ist. Als schwarze Menschen afrikanischer Herkunft sind wir alle – jeder und jede von uns – aufgrund unserer Erfahrung hier individuell gezwungen, uns mit der Inferiorisierung unserer Existenz auseinanderzusetzen und eigene Antworten zu finden – das ist der individuelle Überlebenskampf. Sich darüber hinaus zu solidarisieren, bedeutet eine politische Positionierung.

STIMME: *Es geht also nicht um kulturell oder biologisch verfaßte Identitäten.*

Araba E. Johnston-Arthur: Genau, das ist der Hauptpunkt. Nehmen wir z. B. den Begriff **Schwarz,** wie er sich in Südafrika entwickelt hat. Es gab dort eine Abstufung von verschiedenen Menschen, wie „colored people“, „Asian people“ etc. Durch die gemeinsame Definierung als „Schwarz“ wurde es möglich, gemeinsam gegen Apartheid zu kämpfen, sich zu solidarisieren und nicht dem „Teile und herrsche“ der Mächtigen nachzugeben. Dasselbe sieht man in England, wo „Schwarz“ als politischer Kampfbegriff von allen verwendet wird, die rassistisch diskriminiert werden. Es ist wichtig, für die deutschsprachige Situation zu definieren, wer *politisch* schwarz ist. Es gibt beispielsweise einen Sammelband mit dem Titel „Schwarze Frauen dieser Welt“, in dem auch türkische, jüdische und schwarze Frauen afrikanischer Herkunft schreiben. Türken und Türkinnen wären in der britischen Situation nicht unbedingt „black“. In Österreich und Deutschland aber schon. Das entscheidende Moment ist, dass ein Gesamtzusammenhang erkannt wird und eine Solidarisierung einsetzt.



Aus: HAKAN GÜRSES (2011): „Schwarz ist eine politische Identität“. Interview mit Araba Evelyn Johnston-Arthur. In: STIMME von und für Minderheiten, Nr. 39. Online unter: http://minderheiten.at/stat/stimme/stimme39c.htm (20.04.2015).

„SPRACHE IST EIN GEBRAUCHSGEGENSTAND“

MAUREEN MAISHA EGGERS IM INTERVIEW MIT PAWEŁ KAMIŃSKI

Die Entscheidung des Thienemann Verlags, Klassiker wie „Die kleine Hexe“ sprachlich zu „modernisieren“, löste eine heftige Debatte über diskriminierende Begriffe in Kinderbüchern aus. Im Gespräch mit Paweł Kamiński analysiert die Erziehungswissenschaftlerin Maureen Maisha Eggers die Bedeutung antirassistischer Sprachinterventionen und ortet neue Räume der Solidarisierung.

migrazine.at: ***Welche rassistischen und kolonialen Traditionen und Stereotype finden sich in deutschsprachigen Kinderbüchern?***

Maureen Maisha Eggers: Jede Menge. Leider. Rassistische Konstruktionen gehören zur Normalität. An Kinder und Jugendliche adressierte Medien spiegeln gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse wider, und damit auch rassistische Verhältnisse. Was ich besonders erstaunlich finde, ist, dass sogar emanzipatorisch ausgerichtete Werke relativ ungebrochen rassistische Dominanzen reproduzieren. Zum Beispiel die „Pippi Langstrumpf“-Erzählung: Sie gilt als Ikonisierung des starken Mädchens, ist aber inzwischen hinsichtlich ihrer gleichzeitigen Reproduktion von weißer Dominanz analysiert worden. Erst Ende letzten Jahres hat mich ein Universitätskollege auf die Kontroverse rund um Janusz Korczaks Erzählung „Der kleine König Macius“ aufmerksam gemacht. Korczak ist ein zentraler Akteur bei der Formulierung von Kinderrechten. In dieser Erzählung, in der er die Möglichkeit demokratischer Beteiligung von (weißen) Kindern begründet, normalisiert er gleichzeitig auf sehr problematische Weise rassistische Markierungen und Hierarchien.

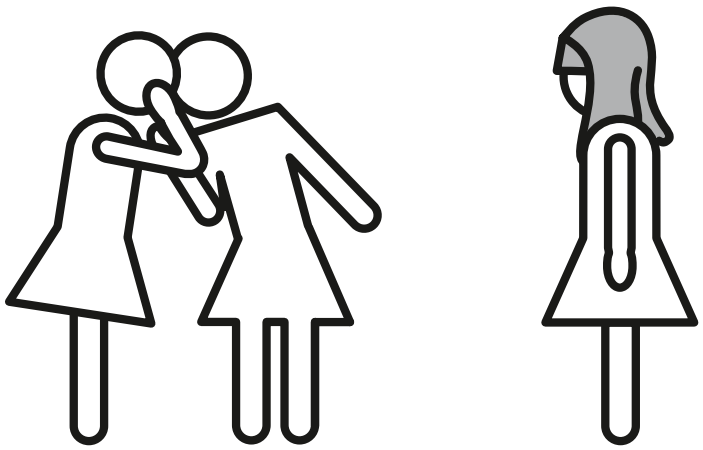
Ich fand es sehr enttäuschend, das zu lesen und mir vorzustellen, dass Schwarze Kinder sich diesen Lesestoff reinziehen. Ich ringe gerade mit der Frage von Dominanzbeteiligung und versuche zu verstehen, wieso es, auch für emanzipatorisch formulierte Literatur, so normal ist, zugleich so tief in ras-

sistischen Imaginationen, Bilderproduktionen und Normalisierungen verankert zu sein.

migrazine.at: ***Ausgelöst durch die Ankündigung des Thienemann Verlags, rassistische Bezeichnungen im Buch „Die kleine Hexe" durch „zeitgemäße" zu ersetzen, folgte eine Welle an – man möchte fast sagen – hysterischen Reaktionen in Mainstream-Medien.***

Eggers: Spannend fand ich die vielen sprachlichen Interventionen rassistisch markierter Leute. Es gab sehr viel „Talking Back", Gegendiskurse, Kommentare, Parodien, vor allem über Social Media, und all das in einer Schnelligkeit, die ich bislang so nicht kannte. Das finde ich positiv. Es entwickelte sich eine Stimmung symbolischer Solidarisierung. Es gab auch ziemlich viel „Instant Feedback" durch „Liken" und Blog-Antworten. Ich bin ziemlich netzaktiv, insofern liegt mir die Digitalisierung des Kampfes sehr. Das ist total mein Ding.
Was ich aus der Perspektive der Kindheitswissenschaften auch spannend fand, war, dass sich Kinder und Jugendliche, unterstützt durch ihre Eltern und andere Personen, selbst in die Debatte eingemischt haben. Die Änderungen in „Die Kleine Hexe" gehen auf eine Intervention von Mekonnen Mesghena und seiner siebenjährigen Tochter Timnit zurück. Ich finde es schön, dass Kinder und Jugendliche nicht nur zu kritischen Lesenden heranwachsen, sondern auch ihre Aktionsmacht an realen gesellschaftlichen Problemen erfahren können. Das ist ein hoffnungsvolles Zeichen.

migrazine.at: ***In der Auseinandersetzung im Mainstream wurde viel über die angebliche Bedrohung des Sprachguts und der künstlerischen Freiheit gesprochen. Wurde die Mehrheitsposition einmal mehr in ihrem rassistischen Konsens bestätigt, oder sind auch neue Brüche entstanden?***



Wörter, die wehtun

Eggers: Ich habe wenig Verständnis für das Argument der Bedrohung des Sprachguts. Sprache ist dynamisch. Sprache ist ein Gebrauchsgegenstand. Ich plädiere nicht dafür, nichts mehr „Altes" zu haben. Aber pragmatisch betrachtet muss mir der Gebrauchsgegenstand, was immer es auch ist, den besten Service garantieren können. Das verlange ich auch der Sprache ab. Und rassistische Sprache ist ein „Dis-Service" an Schwarzen Menschen.

migrazine.at: ***Seit Jahrzehnten zeigen Aktivist_innen u.a. auf, wie Rassismus in Kinderbüchern Children of Color – aber auch weiße Kinder – in ihrem Dasein und Erleben der Welt formt. Will das die Mehrheitsbevölkerung nicht verstehen? Oder handelt es sich um einen bewussten Widerstand gegen antirassistische Interventionen?***

Eggers: Ich vermute hinter der Eskalation eher eine ritualisierte Grenzverletzung, symbolisch gesprochen. Rassistische Bezeichnungen zu verwenden, stellt aus meiner Sicht eine Grenzverletzung dar. Schwarze Menschen leisten Widerstand und widersprechen der selbstverständlichen Verfügung über ihr (Schwarz-)Sein. Eigentlich ist es eine faire Geste, genug „Care" aufzubringen, um rassistische Sprachbezeichnungen verändern zu wollen wie bei „Die kleine Hexe". Es ist eine Art In-Ordnung-Bringen eines unbefriedigenden Zustands, der negative Folgen für Schwarze Kinder und Children of Color hat.
Bei dieser Intervention geht es im Grunde darum, eine bestimmte Sprache in den Gebrauch zu bringen und aus dem diskriminierenden Missbrauch herauszulösen. Darauf zu bestehen, dass People of Color, Schwarze Menschen, rassistisch markierte Subjekte keine Berechtigung haben, die Sprache so zu modifizieren, dass diese ihren Subjektstatus zur Kenntnis nimmt und damit widerspiegelt, stellt eine Grenzverletzung dar. Ritualisiert nenne ich das, weil ich darin eine symbolische Platzzuweisung sehe, eine Dominanzgeste. Es ist eigentlich ein Bestehen darauf, über Schwarze Menschen – zumindest symbolisch – zu verfügen, nämlich über die Art, wie man uns bezeichnen soll. Überraschend ist, wie die weiße, vorwiegend männliche Position aus dieser Eskalation vielfach als „das eigentliche Opfer" hervorgeht.

migrazine.at: ***Wie geht es weiter: Setzen sich Autor_innen und Verlage jetzt tatsächlich mehr mit Rassismus-Fragen auseinander, oder ist die Debatte schon wieder vorüber?***

Eggers: Ich kenne einige Initiativen, die die Diversität in der Kinder- und Jugendliteratur stärker fokussieren und vorantreiben wollen. Daran bin ich selbst sehr interessiert. Vor dem Hintergrund anhaltender Ungleichheits-

verhältnisse ist es jedoch unerlässlich, „Diversität" zu kontextualisieren und mit Differenz und Dominanz in Bezug zu setzen. Ich verwende also den Begriff „Diversität" immer mit Verweis auf das „Othering" und auf gemachte Differenzen. Das bedeutet, ich verweise auf die implizite Herstellung einer weißen Norm, indem bestimmte Gruppen zu „anderen" gemacht und als solche markiert werden. Diese Einrahmung ist aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, eine Anerkennung von Heterogenität zu den Bedingungen von Ungleichheit herbeizuführen.

migrazine.at: ***Wie kann Kinderliteratur aussehen, die sich auf ermächtigende und vorurteilsfreie Art und Weise mit Differenz auseinandersetzt?***

Eggers: Ich würde nicht vorurteilsfrei, sondern vorurteilsbewusst sagen. Reflexion ist ein lebenslanger Prozess, der nie aufhört. Lernen auch. Solange Ungleichheitsverhältnisse existieren, werden wir als Subjekte, die nicht nur einen kritischen Anspruch stellen, sondern diesen auch konkret umsetzen und leben wollen, immer wieder schmerzhafte Einsichten in die eigenen konformen Handlungsweisen, Komplizenschaften und Dominanzbeteiligungen haben. Kritik impliziert immer zugleich eine liebevolle Selbstkritik, die danach fragt, wie wir in die Verhältnisse eingewoben sind und wie unser Agieren diese Verstrickung bricht oder bestätigt. Eine Kinderliteratur, die diese Möglichkeiten von Selbsterkenntnis, Lust an Gestaltung und empathischer Selbstannäherung aufgreift, fände ich ermächtigend. Und es geht immer um das Verhältnis von Gleichheit und Differenz, nicht nur um Differenz, ebenso wenig wie nur um Gleichheit.

migrazine.at: ***Wie sollen Eltern mit Kindern Differenz, Dominanz, Diversität thematisieren?***

Eggers: Situativ, ganz konkret im Alltag. Zu einem bedeutenden Teil bevor Eskalationen stattfinden, über Widerstandsfilme, Trickfilme, durch das „Black Arts Movement", durch Schwarze Geschichte, an konkreten Biografien von Menschen, mit denen Kinder verbunden sind.

MAUREEN MAISHA EGGERS ist seit 2008 Professorin für Kindheit und Differenz an der Hochschule Magdeburg-Stendal. 2005 hat Maisha Eggers den Sammelband „Mythen, Masken und Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland" mitherausgegeben. Seit 1993 ist sie aktiv bei ADEFRA e.V. – Schwarze deutsche Frauen und Schwarze Frauen in Deutschland.

PAWEŁ KAMIŃSKI ist Vater von Femi (5) und als Medienpädagoge und Mitarbeiter von ORANGE 94.0, dem Freien Radio in Wien, täglich mit emanzipatorischen Medienpraxen beschäftigt.

UND ES KAMEN MENSCHEN

HENGAMEH YAGHOOBIFARAH

Imran Ayata und Bülent Kullukcu durchforsteten jahrelang Archive nach der Musik der „Gastarbeiter_innen" in Deutschland. Eine Auswahl dieser Lieder präsentiert die Kompilation „Songs of Gastarbeiter" – eine Mischung aus subtilem Aufruhr, sarkastischem Humor und berührender Sehnsucht.

„Es wurden Arbeiter gerufen, doch es kamen Menschen an" – mit diesen Worten beschreibt der türkische Musiker Cem Karaca die Situation, als er in Deutschland ankam. Allein an der Effizienz der neuen Mitbürger_innen war man interessiert, nicht aber an ihren Bedürfnissen oder Interessen. Doch wo Menschen sind, ist Kultur nicht weit.

„Gastarbeiter_innen-Musik" entstand abseits des deutschen Mainstreams. Diese Musik hörten auch die Eltern von Imran Ayata, Mitbegründer von Kanak Attak und Autor in Berlin, und Bülent Kullukcu, Künstler und Kurator in München, ständig. Das Festival „Almanci! 50 Jahre Scheinehe" im Berliner Theater Ballhaus Naunynstraße, in dem Ayata und Kullukcu 2011 fünf Jahrzehnte Einwanderung nach Deutschland musikalisch auf die Bühne brachten, war der Ausgangspunkt für das Projekt „Songs of Gastarbeiter": „Nach diesem Gig entstand die Idee, der Leidenschaft für diese Musik mehr Raum zu geben. Ein Ergebnis dessen ist die CD", erzählt Ayata im Gespräch mit migrazine.at.

Ayata und Kullukcu betätigten sich als Archäologen: Sie wühlten in Archiven, privaten Platten- und Kassettensammlungen und dem Internet, auf der Suche nach den Soundschätzen der Vergangenheit. Hervorgeholt haben sie über hundert Lieder, die von der ersten und zweiten Generation der Gastarbeiter_innen komponiert wurden. Eine Auswahl dieser Lieder made in Almanya findet sich auf der Kompilation „Songs of Gastarbeiter Vol. 1", die auf dem Trikont-Label erschienen ist.

MIGRATIONSGESCHICHTE HÖREN

„Songs of Gastarbeiter" ist vieles: historische Musiksammlung, authentisches Zeitzeugnis, Ergebnis eines multikulturellen Austausches. Vor allem aber ist die Kompilation eine Hommage auf die erste Generation von Gastarbeiter_innen in Deutschland – und macht damit auch ein Stück unsichtbar gemachter Geschichte wieder sichtbar.

Entdeckt haben sie die Lieder der Gastarbeiter_innen durch ihre Eltern, aber auch durch Eigeninitiative. Grundsätzlich erwies sich die Materialsuche, so Ayata, als äußerst schwierig. „Es gibt ja kein Archiv für diese Geschichte. Dafür gibt es weder Interesse noch Neugierde. Zwar hat es immer wieder Projekte – auch verschiedene politische – zur Archivierung der Migration gegeben. Trotzdem ist sie einfach nicht präsent, weil sie von der Mehrheitsgesellschaft ignoriert wird."

„ICH TÜRKISCH MANN"

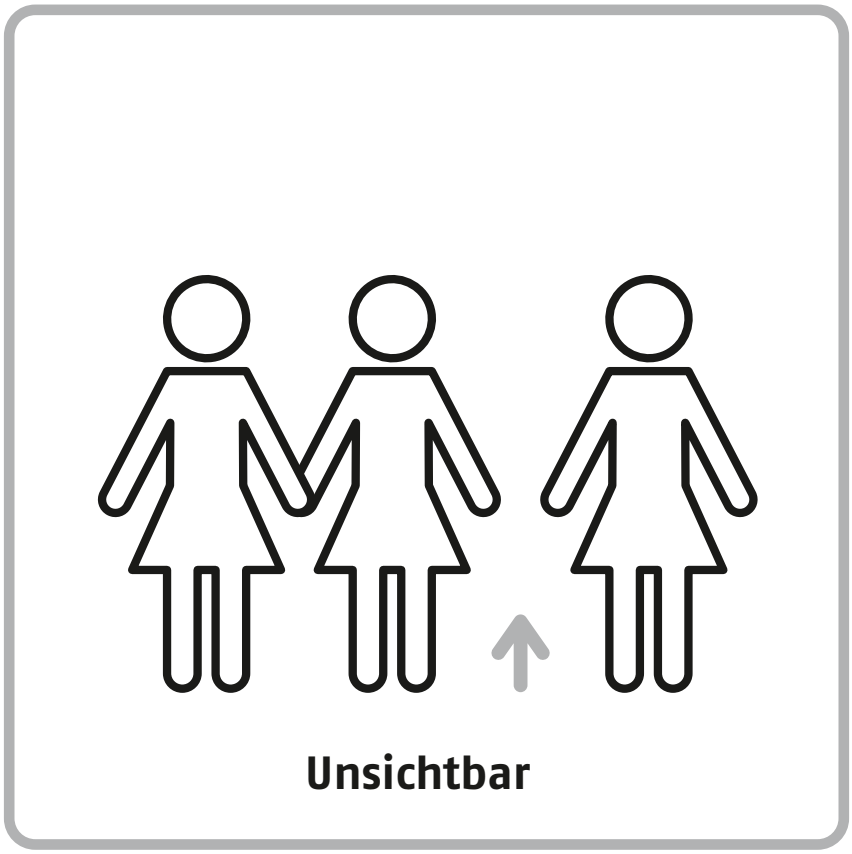
Der Sampler featuret 16 Tracks, teils auf Deutsch, teils auf Türkisch und mit sehr viel Rotation in sprachlichen Grauzonen. Auch die Biografien der Musiker_innen, ihre musikalischen Stile und die Inhalte ihrer Songs erweisen sich als höchst unterschiedlich: Viele handeln von Sehnsucht und Trennungsschmerz (zum Beispiel Mahmut Erdal, Gülcan Opel, Zehra Sabah) oder deklarieren Almanya zur „bitteren Heimat", wie Selda in ihrer Coverversion des Ruhi-Su-Klassikers „Almanya Acı Vatan".

Wenig verwunderlich spielen auch die Arbeitsbedingungen im Betrieb und in der Fabrik eine prominente Rolle (etwa bei Aşık Metin Türköz, Gurbetçi Rıza): Während Cem Karaca in „Es kamen Menschen" den mechanischen, kalten Umgang mit den Gastarbeiter_innen thematisiert, schlägt Metin Türköz' Protestlied „Guten Morgen Mayistero" einen ironischen Ton an.

Türköz wurde als einer der ersten Sänger türkischer Volksmusik in Deutschland bekannt und veröffentlichte nicht weniger als 13 LPs und 72 Singles. 1962 kam der gelernte Schlosser nach Köln und arbeitete zunächst bei Ford. Es dauerte nicht lang, bis er seine Karriere in die musikalische Richtung lenkte und das neue Genre „Gurbet Türküleri" („Türkische Lieder aus der Fremde") bediente.

Das provozierende Spiel mit Klischees beherrscht auch Yusuf auf seiner Single „Ich türkisch Mann". Bereits die erste Strophe lässt seine Rhetorik erahnen: „Ich türkisch Mann/ Nix deutsch sprechen kann/Kümmel, Knoblauch, Paprika ess ich auch/Mir sagen Leute: ‚Du nix Knoblauch heute!'" Was wie ein rassistisches Spottlied klingt, entpuppt sich als beißende Sozialkritik, begleitet von Pfeifen und Akustikgitarre, typischen Elementen von Protestsongs. Zudem thematisiert Yusuf den fehlenden Respekt seiner weißdeutschen Arbeitskollegen für seinen Glauben und die ausbeuterischen Ansprüche, die ihm von der BRD gestellt wurden.

Die eigentliche Gemeinsamkeit der Künstler_innen sehen Ayata und Kullukcu darin, dass sie Wegbereiter_innen waren: Sie machten sich und ihren Alltag zum Thema, gaben sich



nicht nur leidend, sondern auch kämpferisch und ironisch und waren scharfsinnige Beobachter_innen der deutschen Gesellschaft. Pioniergeist zeigten sie auch, indem sie neue Musikstile wie anatolischen Disko-Folk kreierten und sich im Crossover versuchten (wie zum Beispiel Ali Avaz) oder mit Sprechgesang experimentierten, lange bevor es deutsch-türkische Rapper_innen gab.

Nicht zuletzt waren sie auch Pionier_innen, weil sie den Sound des Arabesk in Deutschland einführten (wie Yüksel Özkasap) und virtuos mit dem Mix der Sprachen jonglierten (Aşık Metin Türköz, Aşık Divane, Cem Karaca) und der deutschen Sprache einen eigenen Ton verliehen (etwa Ozan Ata Canani).

EMPOWERNDES VERMÄCHTNIS DER „GASTARBEITER_INNENKULTUR"

„Songs of Gastarbeiter" legt nicht nur eine neue Rezeption migrantischer Geschichte in Deutschland nahe, sondern eröffnet die Musik der ersten Gastarbeiter_innen auch deren Enkelkindern. „Nach unserer Veranstaltung ist eine junge Frau zu mir gekommen", erzählt Kullukcu, „sie meinte: ‚Ich hab mich erst, nachdem ich eure CD gehört hatte, mit meiner Migrationsgeschichte beschäftigt.' Ihre Oma lebt nicht mehr und kann ihr deshalb nichts mehr über ihre Identität als Gastarbeiterin erzählen. Die dritte Generation ist davon schon so abgeschottet und hat einen noch krasseren Konflikt in der Identitätsfindung, weil sie sich weder als deutsch noch als türkisch einordnen kann."

Das neue Identifikationspotenzial misst sich nicht zuletzt auch daran, dass die Nachkommen der Gastarbeiter_innen rassistische Klischees internalisiert haben und viele die Kultur ihrer Großeltern und Eltern mit den Augen der Mehrheitsgesellschaft als „uncool" betrachten. Umso empowernder ist es, diesen Teil der Identität in einem neuen Kontext zu entdecken.

„Uns war es aber auch wichtig, einige Dinge klarzustellen", sagt Ayata. „All diese türkischen Kabarettleute, die im Fernsehen gefeiert werden, sind nicht vom Himmel gefallen. Es gibt eine Vorgeschichte. Man tut oft so, als seien die erfolgreichen Migranten, die in die Vitrine gestellt werden, Teil der zweiten Generation. Die werden ganz schnell eingemeindet, weil sie erfolgreich sind. Für Bülent und mich ist es aber wichtig zu betonen, dass es immer Leute vor uns gab, die Pionierarbeit geleistet haben. Es ist im Filmbereich genauso wie in der Literatur und der Musik, deshalb ist die Vielfalt auf dem Album so wichtig."

„Songs of Gastarbeiter" ist bei Trikont auf CD und Vinyl erschienen.

AUTORIN

HENGAMEH YAGHOOBIFARAH ist Online-Redakteurin beim „Missy Magazine", freie Autorin und Bloggerin.

F.A.Q. „ZWEITE GENERATION“

VINA YUN

Über Herkunftsdialoge und doppeltes Anderssein. Ein Kommentar.

Ich gehöre zu den ältesten der in Österreich geborenen Kinder südkoreanischer Einwander_innen, die ab den 1970er Jahren hierher migrierten. Meiner Erinnerung nach hörte ich die Bezeichnung „Zweite Generation“ zum ersten Mal am Gymnasium, aus dem Mund einer Lehrerin, die (natürlich nur in bester Absicht) meinen angeblichen Identitätskonflikt in Worte zu fassen versuchte.

Ich selbst konnte mit dem Etikett zunächst nicht viel anfangen – es bot nichts, womit ich mich hätte identifizieren können. Vor allem benannte der Begriff für mich nicht den permanenten Deklarationszwang, durch den meine Biografie überhaupt erst zum „Problem“ wurde: Im Alltag plagten mich die ständigen Fragen meiner österreichischen Mitschüler_innen und deren Eltern über meine „Wurzeln“ und wo ich denn nun hingehörte. Im Diskurs der homogenen nationalen Gesellschaft waren „grenzüberschreitende“ Lebensgeschichten wie die meine höchstens in freudlosen Bildern des „Dazwischenseins“ fassbar.

Also hieß es immer wieder: Österreicherin oder Koreanerin? Lieber die Alpen oder den Paektusan in der Nationalhymne besingen? (Fand ich beides blöd.) Beim Anblick meiner Pässe – mit etwa zwölf Jahren erhielt ich die österreichische Staatsbürgerschaft – regte sich schon als Kind eher die Ästhetikerin denn die Patriotin in mir (alpenländisches Giftgrün plus Adler vs. südkoreanisches Kackdunkelbraun mit Blumensymbol am Deckel des Passes – Fazit: unentschieden). All das führte aber erst zur Krise, als ich immer öfter aufgefordert wurde, mich zu „entscheiden“.

URSPRUNGSMYTHEN

Doch zurück zum eingangs erwähnten Fragenkatalog an sichtbare Angehörige der „Zweiten Generation“. Meine Top-Platzierungen in der Hitparade der „Frequently Asked Questions“:

„Wo kommst du her? Nein, ich meine, wo kommst du wirklich her?“

„Du sprichst aber gut Deutsch!“

„Willst du später mal wieder zurück in deine Heimat?“

„Wie gefällt es dir hier in Österreich?“

Eine Antwort auf obige Fragen zu verweigern, bedeutet, verständnislose Blicke zu ernten (die so viel bedeuten wie: „Man wird ja wohl noch fragen dürfen?“), zudem gilt man dann als „überempfindlich“. Und „entspricht die Antwort nicht der normativen Erwartung, löst sie keineswegs Irritation aus, die zumindest zu einer Reflexion der Fragenden führen würde, sondern wird einfach ignoriert, ausgeschaltet oder fragmentiert“, wie etwa auch Isabelle My Hanh Derungs zu berichten weiß. (1)

Trotzdem – anstatt jedes Mal fluchend davonzustapfen, habe ich mir ein Repertoire an Standardantworten zurechtgelegt und starte in regelmäßigen Abständen die Charme-Offensive:

„Meine Eltern kommen aus Südkorea. Und woher stammen Sie?“

„Nein, mein Deutsch ist sogar ausgezeichnet.“

„Wohin, in den 15. Bezirk, nach Rudolfsheim-Fünfhaus?“

„Äh, ich hab’s ganz eilig, kann ich bitte zahlen?“

ALLES BANANE?

Angesichts dieses Drucks von außen ist es äußerst schwierig, sich nicht eindeutig zu positionieren (oder es nicht zu wollen). In der Volksschule stritt ich einmal lautstark mit einem Klassenkollegen, weil er mein Statement „Ich habe keine Heimat“ partout nicht akzeptieren wollte: „So ein Blödsinn! Jeder Mensch hat eine Heimat!“ „Wenn es aber keinen Begriff gibt, so ist das ein Anzeichen dafür, dass das zu Bezeichnende aus der Norm fällt, dass es nicht bezeichnet werden soll. Es ist nicht so einfach, die Norm bewusst in Frage zu stellen. Einfacher ist es, sich selbst durch die Norm in Frage stellen zu lassen. Daher übernehmen auch viele ‚InderInnen der zweiten Generation‘ für sich selbst Bilder des Zwischen-den-Stühlen-Sitzens, des Minderwertigen, des Halben, des Unvollständigen“, beschreibt Urmila Goel einen Ausweg aus dem Zustand des Nicht-Definiert-Seins am Beispiel von „Deutsch-Inder_innen“. (2) Vor diesem Hintergrund stellt die häufig anzutreffende Selbstethnisierung bzw. Aneignung einer ethnisierten Identität von „Zweite Generation“-Angehörigen ein strategisches Moment und eine Reaktion dar, um sich Prozessen der Fremddefinition zu widersetzen. (3)

Besonders unangenehm wird es, wenn mich Unbekannte unverhofft zur „Expertin“ adeln und mein Wissen zu Korea abrufen wollen (was aber in der Regel eher dazu dient, ihre eigene „Weltoffenheit“ zur Schau zu stellen) – allen Beteuerungen, dass mein Informationsstand zu koreanischer Politik niedrig und meine Koreanisch-Kenntnisse vernachlässigbar sind, zum Trotz. Sich *nicht* an der Rolle der kulturellen Dolmetscherin zu erfreuen, wird mit Mitleid oder Verachtung bestraft. Parallel zum „Othering“, das mit solchen Forderungen einhergeht – also das Zur-Anderen-gemacht-werden –, führt dies „auch immer wieder zu Beschämungen, da […] viele der Fragen nach dem Herkunftsland nicht beantwortet [werden] können“. (4)

Einen solchen Beschämungs- und Definitionsdruck übt übrigens auch die „Heimatseite“ aus, wenngleich dieser aufgrund der räum-

lichen Distanz vergleichsweise schwächer ausfällt. „Außen gelb, innen weiß", diesen Satz haben wohl schon einige asiatische „Bananenkinder" von Eltern und Verwandten gehört. Den Vorwurf, ich sei als „Gyopo", also als Auslandskoreaner_in, total verwestlicht, habe ich dabei nicht nur einmal schlucken müssen.

REPRÄSENTATIONSBILDER

Für Angehörige der „Zweiten Generation" sind im Wesentlichen zwei Repräsentationsfiguren vorgesehen: Zum einen wäre da das zerrissene Wesen, das angesichts der „kulturellen Inkompatibiltäten" und des Gefangenseins im Dazwischen leidet (Repressive Familienwerte vs. persönliche Freiheit! Fremde Traditionen gegen westliche Moderne!). Zum anderen gibt es noch das Erfolgsmodell „Kulturbotschafter_in". So löst beispielsweise meine Herkunft bei vielen (und dazu gehören auch kritische Geister, die ein antirassistisches Selbstverständnis pflegen) romantische Gefühle aus: „Toll, da kannst du dir das Beste aus beiden Kulturen rausholen!", erklären sie mir, oder „Wow, dann sprichst du ja ganz viele Sprachen!", und kriegen angesichts ihrer eigenen, öden mitteleuropäischen Single-Kultur beinahe feuchte Augen.
Und dennoch: Der Rassismus, den so viele „Zweite Generation"-Angehörige aus ihrem persönlichen Alltag kennen, lässt sich nur bedingt mit den Ausschlüssen anderer Migrant_innen vergleichen, denn sie genießen in vielen Fällen auch Privilegien – wie etwa den Besitz der Staatsbürgerschaft des Landes, in dem sie sich aufhalten. Auch wenn ich mich hier immer wieder mit den kulturellen Zuschreibungen als „Asiatin" herumschlagen muss und ich mich in Situationen wiederfinde, in denen ich mich selbst mit den Augen meiner Betrachter_innen sehe, spreche ich nicht einfach aus einer „gemeinsamen" Position des Ausschlusses heraus. Ich spreche nicht, um es mit Gayatri C. Spivak zu formulieren, *für* Migrantinnen, sondern *beziehe* mich vielmehr auf sie.

POSTMIGRANTISCH

In den recht überschaubaren Auseinandersetzungen zum Phänomen „Zweite Generation" im deutschsprachigen Raum taucht heute immer öfter der Begriff „postmigrantisch" auf. Tatsächlich scheint die Generation der „Postmigration" durch ein Selbstverständnis charakterisiert, das herkömmliche, ethnisch-national definierte Identitätsentwürfe infrage stellt und stattdessen ein neues Vokabular von Zugehörigkeit entwickelt – was mancherorts beinahe euphorisch diskutiert wird: „‚Das Leben zwischen Welten', das bisher als Problem wahrgenommen wurde, wird zur passenden Metapher für kosmopolitisch performative, ja sogar subversive. In diesem Sinne stellen postmigrantische Lebensentwürfe Grenzbiographien dar. Grenzen die nicht als Barrieren, sondern Schwellen, Orte des Übergangs, der Bewegung verstanden werden." (5)
Auch wenn das Label „Zweite Generation" eigentlich einem rassistisch konnotierten Problemdiskurs entstammt und nicht zuletzt aufgrund der Heterogenität seiner Repräsentant_innen recht vage ist, macht seine Aneignung durchaus Sinn. Denn für die derart Angesprochenen bedeutet das Neu-Besetzen auch Subjektivierung – und damit die Möglichkeit einer positiven Selbstdefinition. Allerdings scheint die Bezeichnung noch ein Stück weit davon entfernt, auch als *politische Identität* zu funktionieren, wie sie in Bezug auf den Begriff „Migrant_in" teilweise diskutiert wurde. Wie dies möglich oder überhaupt wünschenswert ist, könnte Gegenstand weiterer Auseinandersetzungen werden.

ANMERKUNGEN

(1) ISABELLE MY HANH DERUNGS (2005): Die Zweite Generation. In: Olympe, Nr. 22, S. 6–13, hier S. 11.
(2) URMILA GOEL (2007): (Frei)Räume der zweiten Generation: Wege und Formen von Repräsentation. In: Anne Broden/Paul Mecheril (Hg.): Re-Präsentationen: Dynamiken der Migrationsgesellschaft. Düsseldorf: IDA-NRW, S. 203–227. Online unter: www.urmila.de/UDG/Forschung/texte/GoelFreiraeume.pdf (20.04.2015).
(3) Vgl. ENCARNACIÓN GUTIÉRREZ RODRÍGUEZ (1999): Intellektuelle Migrantinnen – Subjektivitäten im Zeitalter von Globalisierung. Opladen: Leske-Budrich.
(4) GOEL (2007), S. 208.
(5) EROL YILDIZ (2010): Die Öffnung der Orte zur Welt und postmigrantische Lebensentwürfe. In: SWS-Rundschau, Nr. 3, S. 318–339, hier S. 330f. Online unter: www.uni-klu.ac.at/frieden/downloads/yildiz-artikel-postmigrantisch.pdf (20.04.2015).

AUTORIN

VINA YUN ist Autorin und Redakteurin bei verschiedenen Print- und Online-Medien (u.a. migrazine.at) sowie für diverse Festivals im Kunst- und Kulturbereich.

BUCHBESPRECHUNG

Sven Lewandowski, Cornelia Koppetsch (Hg.). Sexuelle Vielfalt und die UnOrdnung der Geschlechter. Beiträge zur Soziologie der Sexualität

transcript Verlag Bielefeld 2015, ISBN 978-3-8378-3017-8, 333 S., 32,99 Euro

Es besteht ein weitgehender Konsens in der Sexual- und Geschlechterforschung, dass sich seit den 1980er Jahren eine bislang unbekannte Vielfalt legitimer sexueller Lebens- und Erkenntniswelten ausgebildet haben und sichtbar geworden sind. Die Beiträge dieses Bandes handeln von den entsprechenden Möglichkeiten und Restriktionen diese Vielfalt zu leben; von den Realitäten und den teilweise noch uneingelösten Optionen. Grundannahme all dieser Beiträge ist, dass unsere Gesellschaft nach wie vor durch eine dichotome Geschlechterordnung und heteronormative Geschlechterphantasmen geprägt ist. Trotz aller Liberalisierungstendenzen zeigen quantitative Studien, dass der mit Abstand größte Anteil (hetero-)sexueller Praxis innerhalb von Paarbeziehungen stattfinden. Trotz des Abbaus der Diskriminierung Homosexueller, trotz einer zunehmenden Toleranz gegenüber abweichenden Begehrensformen ist unsere Gesellschaft nach wie vor bestimmt durch eine hierarchisch verfasste Geschlechterordnung, durch den Primat der Paarbeziehung, durch das Regime der Heterosexualität. Dieses Regime markiert nach wie vor das Männliche als höherwertig – wenn auch nicht immer so explizit ausgesprochen. Einige Beiträge befassen sich mit der Frage, ob und durch welche Praktiken vereindeutigende Vorstellungen von Sexualität und Geschlecht hinterfragt und hintergangen werden können. Weitere Beiträge fragen demgegenüber durch welche Praktiken die in der Regel als selbstverständlich angenommenen Kategorien von männlich und weiblich, Homo- und Heterosexualität, lesbisch oder schwul relativiert werden können, also „jenseits der Verknüpfung von Sexualität und binärer Geschlechterordnung" Andere wiederum umfassen empirische Perspektiven (Jugendsexualität, Swinger-Clubs, Verführungsratgeber für Männer). So behandeln die Beiträge recht unterschiedliche Themenbereiche wie etwa sexuelle Intimität, Paarsexualität, Bisexualität, Verführung, Prostitution, Bisexualität und Transgender, wie sexuelle Wirklichkeit in der konkreten Alltagspraxis konstruiert wird und welchen Regulierungen sie durch die gesellschaftliche Ordnung der Geschlechter unterliegt. Nicht nur Sexualwissenschaftler_innen oder Geschlechterforscher_innen finden hier wertvolle Erkenntnisse, sondern auch jene, die einfach das Thema „sexuelle Vielfalt" interessiert und die den Gründen nachgehen wollen, warum Heteronormativität so normativ ist.

Monika Jarosch

Ines Pohlkamp. Gender Bashing. Diskriminierung und Gewalt an den Grenzen der Zweigeschlechtlichkeit

UNRAST Verlag Münster 2014, ISBN 978-3-8977-1305-5, 424 S. 24,00 Euro

„[…] Ich weiß aber auch, dass es Menschen gibt, die alleine, wenn ich ins Netz gehe und würde reinschreiben: Ich bin ein Zwitter. In einer Kontaktbörse, dann würde das Ding überlaufen, weil sie das alles super spannend finden würden, super erotisch. […] Ob ich mit den Perversen Kontakt aufnehmen möchte, das ist mal die zweite Frage. Ob ich so irgend so ein Bild erfüllen möchte auf dieser Basis. Weil sie sehen ja dann nur noch das Geschlecht und nicht mehr den Menschen. Ich möchte ja als Mensch geliebt werden und nicht als Geschlecht oder als Geschlechtsteil."

In der westlich modernen Gesellschaft existieren wie selbstverständlich nur Männer und Frauen. Die Eindeutigkeit des

Geschlechts ist zentrale Grundlage für die Subjektwerdung und beeinflusst die (Un-) Möglichkeiten sozialer Teilhabe. In wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und im soziokulturellen Alltag drängen zurzeit Subjektkonstitutionen, welche die Zweigeschlechtlichkeit irritieren, immer weiter in die Sichtbarkeit. Es handelt sich um „geschlechtliche Nonkonformitäten", also Lebens- und Existenzweisen, welche sich nicht eindeutig binär (männlich oder weiblich) zuordnen lassen. In diesem Kontext geht Iris Pohlkamp, Sozialarbeitswissenschaftlerin und Kriminologin, der Frage nach, wie Grenzgeschlechter (beispielsweise Transsexuelle, Transgender, intersexuell geborene Personen) und Existenzweisen an den Grenzen der Zweigeschlechtlichkeit Diskriminierung und Gewalt erleben und mit dieser Bedrohung umgehen. Zu diesem Zweck wurden 18 Einzelinterviews und ein Gruppeninterview mit geschlechtlich nonkonformen erwachsenen Personen durchgeführt. Anhand des Datenmaterials wird zwischen 6 Arten von Diskriminierung bzw. Gewalt unterschieden: systematisch-institutionelle Diskriminierung, sprachliche Diskriminierung, psychische Gewalt, physische Gewalt, sexualisierte Gewalt und Gewalt als Selbstermächtigungsstrategie. Diese Gewaltformen werden je einzeln und in Interaktion zueinander dargestellt. In der Auswertung wird Genderbashing (bashing, engl. runtermachen, abschotten, beschimpfen) sowohl auf personaler als auch auf institutioneller Ebene – in Zusammenhang mit der Makroebene der Normen – ermittelt. Um diesen Anspruch gerecht zu werden, greift die Autorin auf die Raumkonzeption nach Michel Foucault zurück. Zugleich wird ein intersektionaler Beitrag angestrebt. Beispielsweise wird in der Analyse der Täter_innen im öffentlichen Bereich anhand der Interviews sichtbar, dass die nterviewten Personen die Täter_innen meist männlich und häufig als Migranten beschreiben. Der Prozess des Otherings ist klar erkennbar: Gewalthandlungen wirken im Hinblick auf Stereotype und Vorurteile stabilisierend und gehen Hand in Hand mit einem Bild von Rückständigkeit vonseiten der islamischen, arabischen und türkischen „Kultur". Der Westen wird, in Abgrenzung dazu, dargestellt, als würde er eine liberale Geschlechterpolitik praktizieren. An mehreren Stellen fällt auf, dass anhand der Homogenisierung und Marginalisierung des_ der Anderen, die eigene subjektive Position stabilisiert wird. Eine derartige Abgrenzung findet auch gegenüber heterosexuellen und geschlechtlich eindeutig zuordenbaren Personen statt. Neben dem intersektionalen Anspruch vertritt die Autorin eine poststrukturalistische, queer-feministische Herangehensweise, welche Dekonstruktion und die Strategie der VerUneindeutigung innerhalb der heteronormativen Matrix als methodologischen Rahmen vorschlägt. Ein derartiger Anspruch wird bereits vonseiten der Interviewpartner_innen vollbracht, welche nicht nur durch ihre Existenz irritieren, sondern mindestens ebenso durch ihre Aussagen, wenn beispielsweise von „Väterin" gesprochen wird. Zugleich wird die Gefahr der Reifizierung binärer Geschlechterverhältnisse eben gerade durch deren Anzweifeln immer mitgedacht. Obwohl Geschlecht, Gewalt und Widerstand zunächst aus Sicht einer poststrukturalistischen Theorie dargestellt werden, erkennt Ines Pohlkamp, dass die Befragten als handlungsmächtige Subjekte und Expert_innen zu verstehen sind. Einen dementsprechend großen Raum wird ihnen in der Verschriftlichung gewährt.

Aufgrund dieser differenzierten Herangehensweise wird das Buch dem Anspruch, einen Beitrag zur geschlechtersensiblen Gewaltforschung liefern zu wollen – welche sich bisher auf das Primat der sexuellen und geschlechtlichen Eindeutigkeit stützte – durchaus gerecht. Sie simplifiziert ihre Analyse nicht auf eine reine Täter_in-Opfer-Strategie, sondern nimmt vielmehr verschiedene Arten des Widerstands mit auf und schreibt deviantisierten Personen Handlungsmacht zu.

Obwohl es sich um eine wissenschaftliche Arbeit handelt, erhält das Buch durch die vielen eingearbeiteten Interviewpassagen eine unverkennbare Lebendigkeit. Es regt zum Innehalten und Reflektieren an, zum Nachdenken über die eigene (privilegierte) Position. Zugleich löst es aufseiten der Leser_in verschiedenste Emotionen aus: von Lachen bis Weinen ist wohl alles dabei. Der Autorin muss ein großes Lob ausgesprochen werden: ihr überaus kritischer und reflektierter Umgang mit Sprache äußert sich beim Lesen als Genuss und birgt das Potenzial, gängige, auch sprachlich verankerte Denkschemata aufzubrechen. Das Buch ist allen Interessierten zu empfehlen. Es ist sprachlich auch für Nicht-Akademiker_innen durchaus verständlich verfasst.

Daniela Schwienbacher

BUCHBESPRECHUNG

Elisabeth Schrattenholzer. MACHT macht SPRACHE – SPRACHE schafft WIRKLICHKEIT. Für ein Fundament ohne Fundamentalismus

LIT Verlag Wien 2015, ISBN 978-3-643-506-34-7, 324 S., 29,90 Euro

Das Buch handelt davon, wie Sprache wirkt und wie diese Wirkung gezielt gegen politische Extremismen und für mehr Demokratie eingesetzt werden kann. Es macht die Macht der Sprache Wirklichkeit in Gang zu setzen offensichtlich. Sprache ist Tat, Sprache macht Wirklichkeit, und die Mächtigen schaffen mit Sprache oft eine Wirklichkeit, die an der Realität vorbeigeht. So geht die Autorin den Sprachspuren nach, die Einfluss auf die Wirklichkeit haben. Dieses Spurenlesen macht deutlich, wo Förderliches oder Hinderliches, Freundliches oder Feindliches für ein friedliches Miteinander zu wirken beginnt. Sie geht der Frage nach, welche Kriterien die Sprache braucht, um eine Basis zu erreichen, auf der keine Beschönigung von Massemord geschehen kann und keine Verführung zu Totalitarismus.

Die Spurensuche führt uns zum Beispiel auf das Wort „natürlich", ein Wort, dass automatisch vermittelt, dass der Inhalt einer Aussage unumstößlich richtig und/oder notwendig sei, wie ein Naturgesetz. Oder als weiteres Beispiel: Wie wirken die Schuldsprüche gegen die „Natur der Frauen", seien es solche in religiös-mythologischen Texten (Eva im Paradies!), in der Dichtung, im Lied oder sonstigen Texten (Kinder geraten nicht so, wie die Allgemeinheit es erwartet; Männer werden verunsichert; selbst schuld an Vergewaltigungen, selbst schuld, wenn frau in männerdominierten Bereichen nicht die Karriereleiter hinaufkommt). Sie erzählt, von dem so wirkungsmächtigen und einflussreichen Buch aus der NS-Zeit „Die Mutter und ihr erstes Kind", das mit seiner „Schwarzen Pädagogik" Generationen von Müttern beeinflusste. Oder was bedeutet eigentlich „Missbrauch" – ein Wort, das die Aufmerksamkeit von den Tätern und Täterinnen weg auf die Tat und auf das Opfer lenkt, als wäre es kein Mensch sondern eine Sache. Ein weiteres Beispiel: Es hält sich, sowohl im Sprachgebrauch selbst als auch in der Diskussion über Sprache, hartnäckig das Gerücht, man könne bei geschlechtlich gemischten Gruppen von Menschen einfach maskuline Bezeichnungen verwenden, also etwa eine Gruppe von Studentinnen und Studenten einfach als ‚Studenten' bezeichnen, und die weiblichen Mitglieder dieser Gruppe seien dann „mitgemeint", man müsse sie halt dazu denken. Das heißt dann, dass ein männliches Individuum sprachlich auch sämtliche Frauen vertreten kann. Hier geschieht eine Trennung von Sprache/Wirklichkeit durch die Grammatik. Ebenso bei den realitätswidrigen Mehrzahlformen: 2 Schülerinnen und 2 Schüler sind 4 Schüler! Realitätsgerechte Mehrzahlformen entsprechen der Logik, entsprechen der Realität, schärfen den Wirklichkeitssinn und reduzieren die täglich wahrnehmbare Irrationalität. Wenn es keine rationalen Argumente gibt, diese Mehrzahlformen, die den Frauenausschlussaus der Sprache begünstigen, weiter zu verwenden, bleiben Emotionen, Häme und Verachtung.

Menschen haben Einfluss auf Grammatik, Wörter und Sprachgebrauch; sie bestimmen daher auch, welche sprachlichen Usancen unsere Wirklichkeit formen und gestalten – mit allen daraus resultierenden Vor- und Nachteilen. Wenn uns Deutungsmuster in Bezug auf männlich und weiblich dazu verleiten, einen Teil der menschlichen Fähigkeiten (das Gute, Schöne, Wahre zu tun) den Männern zuzusprechen und einen anderen Teil den Frauen abzusprechen, reduzieren wir die Möglichkeiten des Menschseins erheblich. Eine unhierarchische Wirklichkeit sieht anders aus.

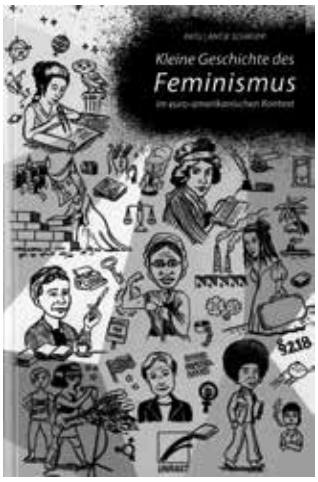
Realitätsgerechte Sprache, so die Autorin, fördert Demokratie, Gerechtigkeit und klares Denken, wie auch Einstellungen, die ein gleichberechtigtes, respektvolles Miteinander von Frauen und Männer fördern. Sie liefert uns auch die Werkzeuge für eine realitätsgerechte Sprache: Es sind kritisches Hinterfragen der Worte und der Werte, die dahinterstehen, die Frage nach der Macht, die Austausch-Probe (männlich/weiblich), die Wirklichkeitsanbindung, das Erproben von Gegenbegriffen, das

Überprüfen der Symmetrie männlich/weiblich; im Grunde die Frage nach dem Kern der Sache.
All dies wird anschaulich und spannend, allgemeinverständlich und einsichtig vorgetragen. Es ist ein Buch, das beitragen kann, unser Zusammenleben friedvoller zu gestalten, wenn es denn gelesen wird: „Ich trug dir auf; nun nimm dir selbst die Speise". Und es sollte gelesen werden.

Monika Jarosch

Patu, Antje Schrupp. Kleine Geschichte des Feminismus im euro-amerikanischen Kontext

UNRAST-Verlag 2015. ISBN 978-3-8977-1568-4, 82 S., 9,80 Euro



Antje Schrupp und Patu ist mit ihrem Comic etwas Tolles und Außergewöhnliches gelungen. Sie schaffen es auf schon fast spielerische Weise, und dennoch differenziert und verständlich, den Leser_innen den Feminismus in all seinen Facetten näher zu bringen. Von der Antike bis in die Gegenwart werden die unterschiedlichen Strömungen und Anliegen verschiedenster Feministinnen beschrieben und durch die Comics vielfältig und teils ironisch in Szene gesetzt. Nicht nur einzelne Feministinnen werden vorgestellt, sondern auch wichtige feministische Debatten wie gleiche Rechte, Hausarbeit, Gleichheit und Differenz oder Gender-Mainstreaming werden eingehend beleuchtet. Es wird deutlich, dass es dem Feminismus nicht nur um einen bestimmten, festgelegten politischen Inhalt geht, sondern dass sich die Strategien, Aktionsformen, Themen und Anliegen der Frauenbewegung im Laufe der Geschichte immer wieder verändert haben. Allen gemeinsam ist der Wunsch nach weiblicher Freiheit. Der Comic zeigt, dass der Feminismus viel zu bieten hat und zeigt dabei vielerlei Ideen im Kampf für eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Das Buch ist für jede und jeden geeignet, der/die sich mit der Geschichte der Frauenbewegung beschäftigen möchte, jedoch keine Lust hat sich durch trockene Lektüre zu ackern. Sicherlich ist der Comic auch für ein jüngeres Publikum geeignet und kann somit entscheidet dazu beitragen die jüngere Generation auf einfache und interessante Weise für das Thema zu sensibilisieren und zu inspirieren.

Nikola Haag

Ulrike Busch, Daphne Hahn (Hg.). Abtreibung. Diskurse und Tendenzen

transcript Verlag Bielefeld 2015, ISBN 978-3-8394-1602.9, 326 S., 29,99 Euro

Das Buch eröffnet eine neue Debatte über die Abtreibung/Schwangerschaftsabbruch, über ein Thema, um das es in den letzten 20 Jahren wissenschaftlich still geworden ist. Es betrachtet das Thema aus einer Perspektive, die vom Menschenrecht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Selbstbestimmung ausgeht. Siebzehn Autorinnen und Autoren analysieren wissenschaftliche und öffentliche Diskurse im Spannungsfeld zwischen zunehmender Akzeptanz der reproduktiven Selbstbestimmung einerseits und anhaltenden Moralisierungstendenzen andererseits. Moralpolitische und religiöse Einflüsse werden dahingehend hinterfragt, wie sie sich auf rechtliche Codierungen und öffentliche Meinungsbildung auswirken. Und sie beleuchten die Schnittstellen zwischen dem Abtreibungsthema und reproduktionsmedizinischen und bioethischen Herausfor-

BUCHBESPRECHUNG

derungen aus ethischer und juristischer Perspektive und diskutieren die Erfahrungen von Frauen sowie beteiligten Professionellen – auch unter Einbeziehung von internationalen Entwicklungen.

Völkerrechtlich ist mehrfach anerkannt, dass das Recht auf Familienplanung ein Menschenrecht ist, und dass sich die Staaten verpflichten sollen, den Schutz der sexuellen und reproduktiven Rechte als individuelle Rechte jedes Menschen zu sichern. Doch das Recht auf Abtreibung wurde nicht formuliert, genauso wenig wie das Recht auf Selbstbestimmung. Allerdings wird erklärt, dass dort, wo Abtreibung legal ist, sie unter medizinisch sicheren Bedingungen durchgeführt werden soll. 40 % aller Frauen im fertilen Alter leben aber heute noch in Ländern mit restriktiver Rechtslage und laut WHO finden 22 Millionen Abtreibungen unter unsicheren Bedingungen statt, so dass Frauen sterben oder Folgeschädigungen erleiden, einschließlich Infertilität. So ist Afrika der Kontinent, in dem nach unsicheren Abtreibungen unter restriktiven Bedingungen die meisten Todesfälle zu verzeichnen sind, während bei sicheren Abtreibungen die Rate unter 1 % liegt. Dies ist niedriger als das Todesfallrisiko als Ergebnis einer Schwangerschaft oder Geburt (zwischen 6 und 25 % in den meisten Ländern)!

Die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper, über ihre reproduktiven Rechte bedeutet nichts anderes, als dass dass eine schwangere Frau die Wahl haben solle, sich frei und rechtmäßig für eine Abtreibung entscheiden zu können mit entsprechenden Zugängen zu medizinischer Versorgung. Dieses Recht wird weltweit durch die Rolle der Kirche und die Verbindung von (Bevölkerungs-)Politik, Moral und Recht und Religion beeinflusst und behindert.

Viele der Auseinandersetzungen sind dadurch gekennzeichnet, dass diesen Rechten der Frau das Lebensrecht des Ungeborenen gegenübergestellt wird. Embryonales Leben wird von seinem Beginn an zum Träger von Rechten und ob seiner Bedrohtheit und Schutzbedürftigkeit zum zu schützenden Rechtsgut, ja sakralisiert: Der Embryo wird zum Grundrechtsträger. Die Rechte von Frauen werden dem untergeordnet und partiell geopfert – insbesondere in den Ländern, die das Lebensrecht des Ungeborenen in ihre Verfassungen geschrieben haben. Und die Staaten, die sich für eine Indikations- oder auch Fristenlösung entschieden haben, kriminalisieren weiterhin die Abtreibung – die strafrechtlichen Regelungen sind in den Strafgesetzbuchen als Straftaten gegen das Leben mit den jeweiligen Ausnahmen geregelt. Der Strafkontext ist im Alltag kaum spürbar, aber die Kriminalisierung der Frauen und Ärztinnen und Ärzte bleibt bestehen. Doch führt dieses dazu, dass im Alltagsbewusstsein diese Kriminalisierung vorhanden ist mit seinen Tabus und seinem Verschweigen. Die Stigmatisierung von Abtreibung in der Gesellschaft, das Wegfallen der selbstbewussten Besetzung dieses Themas im öffentlichen Diskurs lässt wenig Raum für das Einfordern eines Rechts. Es ist eine Individualisierung, eine Vereinzelung von Frauen zu beobachten, ein Schweigen. Und ein vielleicht unbewusster moralischer Rechtfertigungszwang für die Betroffenen. Das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Frau wird nur über Ausnahmezustände wie soziale, medizinische und eugenische Gründe akzeptiert. Dies behindert die Souveränität in der Wahrnehmung eines Rechts über den eigenen Körper zu verfügen, das eigene Leben zu bestimmen. Das bedeutet auch ein Verunmöglichen der in der Schwangerschaft liegenden Option beides als Gewinn zu erleben, die Schwangerschaft oder den Abbruch.

Öffentliche Diskurse betonen oft das Leiden an einer Entscheidung für eine Abtreibung, dieser Mythos des Leidens ist jedoch nicht durch die Fakten gedeckt. Die Deutung von dramatisch-psychischen Folgen nach einer Abtreibung fügt sich jedoch gut in die Vorstellungen von Frauen als emotionaleres, sensibleres Geschlecht ein, das seine fürsorgerischen Eigenschaften nach einer Abtreibung nicht ausleben kann.

Die zentrale Forderung der Frauenbewegung nach Entkriminalisierung, nach Streichung des Abtreibungsparagraphen blieb unerfüllt. Die Befürchtungen sind groß, dass sich auf Grund konservativer gesellschaftlicher Stimmungen sogar erneut Verschlechterungen für das Selbstbestimmungsrecht auf Abtreibung entwickeln könnten. Dem Selbstbestimmungsrecht stehen Kontrolle, Zwangsmutterschaft und Kriminalisierung gegenüber.

Das Buch ist äußerst wichtig, weil die Themen beeindruckend analysiert und vorgetragen werden – damit die öffentliche Debatte und nicht einseitig von den Abtreibungsgegner_innen dominiert wird.

Monika Jarosch

Katja Krolzik-Matthei. § 218. Feministische Perspektiven auf die Abtreibungsdebatte in Deutschland

unrast transparent, geschlechterdschungel Bd. 5.
Unrast-Verlag Münster 2015, ISBN 978-3-89771-131-0, 80 S., 7,80 Euro

Das kleine Büchlein soll nach Wunsch der Autorin dazu beitragen, dass über Abtreibung als Teil der Lebensrealität vieler Frauen wieder gesprochen wird: privat und öffentlich, persönlich und politisch, in der Straßenbahn und auf Podien. Stellt sie doch eine Sprachlosigkeit fest – individuell und gesellschaftlich, auch in der feministischen Bewegung, die es aufzubrechen gelte. Für Abtreibungsgegner_innen scheint jedoch das Gegenteil zu gelten (Märsche für das Leben, offensive Gehsteigberatungen etc.).

In eindeutig patriarchalen Gesellschaften war Abtreibung verboten – für Frauen. Männer als Familienoberhäupter hatten das Recht zu entscheiden, wann und wie sich die eigene Nachkommenschaft entwickelte. Das gegenwärtige Geschlechterverhältnis stellt sich nicht mehr so eindeutig dar; jedoch die Kriminalisierung der Abtreibung blieb erhalten, auch dort wo es die Fristen- oder Indikationenlösung gibt. Mit Verbreitung des Christentums trat neben den patriarchalen Charakter des Abtreibungsverbots das Lebensrecht des Fötus. Das wurde dem Recht der Frauen auf freie Entscheidung nicht nur gegenüber, sondern sogar vorangestellt.

Die Autorin geht den Gründen der von ihr konstatierten Sprachlosigkeit nach und findet kurz gesagt folgendes: Die Mehrheit der Frauen (in Deutschland) heute würde sich in einer vermeintlichen Fristenlösung wähnen und keinen Grund mehr zum Protest sehen. In ihrer Realität ist der Zugang zur Abtreibung möglich, während die Hintergründe der gesetzlichen Regelung kaum bekannt sind. Frauen, die keinen Zugang zum medizinischen System, Beratungsstrukturen oder den Strukturen der Kostenübernahme für den Abbruch haben, werden nicht thematisiert. Andererseits wirkt auch der moralisch-ethische Diskurs weiter, der Scham- und Schuldgefühle auslöst. Auf der persönlichen Ebene bleibt das Thema Abtreibung tabuisiert und unsichtbar, es ist keine selbstverständliche Praktik und wird nicht als politisches Thema wahrgenommen. Auch innerhalb der feministischen Bewegung gibt es scheinbar unvereinbare Positionen zwischen jenen, die die Selbstbestimmung betonen und jenen, die die selektive Abtreibung als großes Problem sehen.

Es gibt immer noch Engagement für die Abtreibung, deren Zahl scheint jedoch überschaubar. Diese müssen gestärkt werden, wie die Autorin meint. Frauen sollten ermutigt werden, offen mit anderen Menschen über ihre Abtreibungserfahrungen zu sprechen. Und es müsse sichtbar werden, dass Frauen ungewollt schwanger werden und sich dafür entscheiden, die Schwangerschaft abzubrechen. Es müssen klare Botschaften hinausgehen, dass es ein Recht auf Abtreibung gibt. Und diejenigen, die sich für dieses Recht aussprechen, sollten sich verbünden, Aktionen setzen, Veränderungen fordern. Die Hoheit über die Abtreibungsdebatte darf nicht länger den radikalen Abtreibungsgegner_innen überlassen werden.

Monika Jarosch

BUCHBESPRECHUNG

Karin Flaake. Neue Mütter – neue Väter. Eine empirische Studie zu veränderten Geschlechterbeziehungen in Familien

Psychosozial-Verlag Gießen 2014, ISBN 978-3-8379-2335-3, 312 S., 29,90 Euro

Die einseitige Aufgabenverteilung der unbezahlten Haus-, und Familienarbeit an Frauen gegenüber der Erwerbsarbeit an Männer war schon früh ein Thema feministischer Bewegungen, da sich in diesem Bereich die Ungleichheit von Frauen besonders deutlich zeigte. So war und ist die Forderung nach gerechter Aufteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten ein immerwährendes Anliegen. Die Geschlechterverhältnisse haben sich gewandelt, aber wie weit? Die „neuen Mütter" gehen neben der Versorgungsarbeit ihrer Erwerbsarbeit nach; die „neuen Väter" wollen engagierte Väter sein, widmen sich den Beziehungen zu ihren Kindern und beteiligen sich an der Hausarbeit. Aber wie kann das in der Praxis, im Alltag funktionieren?

Die Analysen der Autorin basieren auf den Ergebnissen einer empirischen Untersuchung von Familien, in denen die Mütter kontinuierlich erwerbstätig waren, und sich die Eltern von Anbeginn die Verantwortung für die Betreuung, Versorgung und Erziehung der Kinder sowie die Hausarbeiten geteilt haben, die in diesem Sinn also eine geteilte Elternschaft praktiziert haben. Von besonderem Interesse war auch die Frage, ob sich durch solche Konstellationen traditionelle Geschlechterbilder bei den Kindern verflüssigen. Die Interviews mit 12 Familien wurden nach einem Verfahren psychoanalytisch orientierte Textinterpretation ausgewertet.

Ausführlich und intensiv wird der geteilten Elternschaft und den Dynamiken in Paarbeziehungen nachgegangen. So besteht eine der wichtigsten Herausforderungen für Frauen, die durch normative Bilder einer guten Mutter geprägten Vorstellungen von Fürsorge für die Kinder, die Bedeutung der Mutter, zu relativieren und dem Partner einen Raum zuzugestehen, in dem er eine seinen eigenen Vorstellungen gemäße Beziehung zum Kind aufbauen kann. Zentrales Konfliktfeld bleibt auch die Hausarbeit. Auch hier müssen sich die Paare von traditionellen Orientierungsmustern lösen können. Was für viele Frauen ein wesentlicher Aspekt ihres Selbstbildes ist – ein gutes Erledigen der Hausarbeit – kann für Männer eine Gefährdung ihres Selbstbildes bedeuten. Weitere Kapitel dieses Buches behandeln die „Geteilte Elternschaft, Geschlecht und Sozialisation" und die Bedeutung der Geteilten Elternschaft für die Lebensentwürfe der Kinder, wo insbesondere der Entwicklung von Töchtern und Söhnen nachgegangen wird, und sie selbst nach ihren Einschätzungen befragt werden.

Wenn sich die traditionell als männlich angesehenen Tätigkeitsbereiche in Familien ändern, und auch Männer bisher für Frauen Vorgesehenes übernehmen, ergeben sich Verschiebungen in den familialen Geschlechterarrangements. Die Wandlungsprozesse sind komplex. Frauen stehen vor erweiterten Erfahrungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, sind andererseits auch mit neuen Anforderungen konfrontiert und müssen traditionelle Barrieren überwinden. Auch Männlichkeitsbilder verändern sich, individuell und von außen gesehen. Es sind wichtige und bedenkenswerte Ergebnisse in diesem Buch niedergeschrieben. Geteilte Elternschaft kann gelingen mit vielen positiven Auswirkungen auch für die Kinder. Leichter wäre das Gelingen, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingen günstiger wären. So ist die Politik gefordert, die sich der Gleichstellung von Frauen und Männern verschrieben hat; sie muss auch die förderlichen gesellschaftlichen Bedingungen für ein Gelingen schaffen. So z.B. gute Kinderbetreuungseinrichtungen, familienfreundliche Bedingungen in Betrieben mit speziellen Angeboten und Anreizen für Väter, gute Teilzeitangebote für beide Eltern – Familienarbeitszeit bis hin zur allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Monika Jarosch

Sabine Braunschweig (Hg.). «Als habe es die Frauen nicht gegeben»

Chronos-Verlag Zürich 2014, ISBN 978-3-0340-1239-3, 310 S., 39,90 Euro

Noch vor 30 Jahren konnte Regina Wecker, emeritierte Professorin für Frauen- und Geschlechtergeschichte an der Universität Basel, der auch dieses Buch gewidmet ist, konstatieren, dass die Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts so geschrieben worden sei, „als habe es die Frauen nicht gegeben, oder als haben sie zumindest im Wirtschaftsleben keine Rolle gespielt". Dass sich dies mit der Etablierung und Institutionalisierung der Geschlechtergeschichte und der Gender Studies an den Universitäten inzwischen geändert hat, ist nicht zuletzt dem unermüdlichen Engagement der Basler Professorin zu verdanken. Die Bandbreite der Themen dieses Buches reicht von der frühen Neuzeit über das 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Allen gemeinsam sind Analysen der Geschlechterverhältnisse, die Auseinandersetzung mit der Kategorie Geschlecht, die zu einer zentralen Kategorie in allen historischen Fachgebieten wurde.

Den Beginn macht ein Beitrag über obrigkeitliche Verschleierungsgebote in der frühen Neuzeit – ein Thema, das heute unter anderen Voraussetzungen hohe Wellen schlägt und deutlich macht, in welchem Ausmaß früher wie heute Moralpolitik und Geschlechterpolitik mit Fragen gesellschaftlicher Ordnung verknüpft sind. Weiter geht es mit höfischen Tänzen, Haarzöpfen, Prinzessinnenfarben, Geschlechterrollen in der Ehe, Berufszölibaten, Männermagazine in Radioprogrammen, – diese Stichworte verweisen auf die inhaltliche und methodische Vielfalt der Beiträge und der untersuchten Quellenbestände. Lesenswert auch die Untersuchungen, warum Frauen in der Schweiz bis 1971 auf Bundesebene von den politischen Rechten ausgeschlossen wurden, und was es mit den Trümmerfrauen so auf sich hat. Die Beiträge sind sehr anschaulich geschrieben, gut zu lesen, auch für nicht wissenschaftlich arbeitende LeserInnen, die an Geschichte interessiert sind.

Monika Jarosch

Maria Matios. Mitternachtsblüte

Haymon Verlag 2015, ISBN 978-37099-7163-5, 222 S., 19,90 Euro

Die Bukowina – ein Ort der Multiethnizität, ein Spielball der Mächte. Der Zweite Weltkrieg brach über den Grenzraum zwischen Ukraine und Rumänien herein, wodurch er wieder einmal zwischen die Fronten geriet. Zunächst von der Roten Armee annektiert, dann der Einfall der deutschen Wehrmacht, welche sofort mit der Deportation und Tötung zahlreicher Rumänen und Juden beginnt.

Maria Matios Roman spielt in genau dieser unwirklichen Szenerie des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs und erzählt die Ereignisse aus Sicht eines Mädchens. Iwanka, die aufgrund ihrer Epilepsie mit Ausgrenzung gestraft wird, berichtet fast ein Viertel des Buches über das dörfliche Leben, seine (vermeintliche) Idylle, in welcher verschiedenste Ethnien zusammenleben. Es ist ein Miteinander, aber ebenso ein Nebeneinander. Man hilft sich und respektiert sich, aber generell gehen die Probleme des anderen einen nichts an. Die Sprache Matios ist einfach, jedoch braucht man etwas Zeit sich in den Erzählstil und die umschreibende, fantasievolle Sprache Iwankas hineinzufinden. Die volkstümliche Gläubigkeit und der Aberglaube des Kindes, sowie das Unverständnis von Eltern und Dorfgemeinschaft

spielen eine zentrale Rolle. Deutlich wird dies als sich Iwanka nach falsch verstandenem Brauchtum in die Hand schneidet. Zunächst werden Hexe und Heiler zu Rate gezogen, beide können jedoch nichts zur Heilung beitragen. Am Ende muss der jüdische Wanderdoktor die Blutvergiftung stoppen. Darüber hinaus will sie Hagel mit blankem Hintern vertreiben, eine unliebsame Schwägerin mittels der getrockneten Speiseröhre eines Wolfes verfluchen und die überall lauernden Teufel mit Kräutern bannen. Als dann die Gewalt über den kleinen Ort Tscheremoschne hereinbricht, schildert Matios eine Landschaft, die ihre Unschuld verliert. Die Sowjets reißen die Dorfgemeinschaft auseinander, die Deutschen beginnen mit dem Morden. Iwanka befindet sich mittendrin. Ihre kindliche Sicht der Dinge geht nach und nach verloren und weicht dem Entsetzen über die miterlebten Gräueltaten. Ein Roman voller Gegensätze – das Leben mit seiner Freude und Tragödien, Hass und Liebe, Idylle und Krieg.

Nikola Haag

Gabriele Winker. Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft

Transcript Verlag 2015, ISBN 978-3-8376-3040-4, 208 S., 11,99 Euro

Im März 2014 hat in Berlin eine Aktionskonferenz mit dem anspruchsvollen Titel „Care-Revolution" stattgefunden. Eine der Initiator_innen und Mitstreiter_innen dieser Konferenz war Gabriele Winker. Um weitere Diskussionen anzustoßen, hat Winker die Ergebnisse ihrer eigenen Forschung sowie der aktuellen politischen Debatten in ihrer 2015 erschienenen Monographie *Care Revolution* zusammengefasst.

Ausgehend von den gegenwärtigen Rahmenbedingungen, die strukturell durch gravierende Defizite bei der Sorge um andere, aber auch um sich selbst gekennzeichnet sind, analysiert Winker die Bedingungen der familial geleisteten Sorgearbeit an Hand von unterschiedlichen familiären Strategien: Dabei unterscheidet sie vier Modelle: das ökonomisierte, das paarzentrierte, das prekäre sowie das subsistenzorientierte Reproduktionsmodell. Mit dieser Differenzierung macht Winker deutlich, dass sich die Care-Situationen je nach sozialer Klasse und Geschlechterarrangement unterscheiden. Gleichzeitig arbeitet sie jedoch heraus, dass die familiäre Sorgearbeit durchwegs belastend und die Situation der professionellen Care-Arbeiter_innen oft prekär und nicht existenzsichernd entlohnt ist.

Diese defizitäre Situation führt Winker jedoch nicht auf individuelles Versagen zurück, sondern weist nach, dass die Problematik in der Logik des kapitalistischen Systems selbst begründet ist. Die verschärfte Krise nicht nur des Care-Bereichs, sondern der sozialen Reproduktion insgesamt analysiert Winker im größeren Zusammenhang mit der Überakkumulationskrise des Kapitals, die zu Lohnsenkungen, Kürzungen von Sozialleistungen und generell zu Ausgabensenkungen im Bereich der sozialen Reproduktion geführt hätte. Winker spricht in diesem Zusammenhang von einer Lücke im Care-Bereich, für deren Ausgleich familiäre Sorgearbeiter_innen und mirgantische Care-Arbeiterinnen aufkommen müssten, dies aber immer weniger bzw. nur mit hohen persönlichen Kosten leisten können.

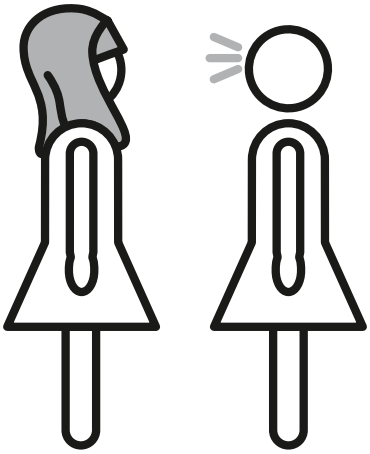
Winker beschränkt sich jedoch nicht darauf, die krisenhafte Entwicklung sowie daraus folgende Defizite aufzuzeigen und deren Ursachen zu analysieren, sondern zeigt am Beispiel von neun Initiativen unterschiedliche Handlungsstrategien des Widerstands

und der Wiederaneignung von Handlungsmacht auf. Immer mehr Gruppen und Organisationen suchen nach neuen Wegen, wie Care-Arbeit sowohl im Sinn der Care-Empfänger_innen als auch derer, die die Sorgearbeit übernehmen, demokratisch und bedürfnisorientiert geleistet werden kann.

Mit dem Begriff *Care Revolution* bezeichnet Winker eine Transformationsstrategie, die zeitliche und materielle Ressourcen für Selbstsorge und Sorge für andere, und damit menschliche Bedürfnisse ins Zentrum der Politik stellt. Die vielfachen Belastungen, Überforderungen und Existenznöte der Menschen können nicht mehr individuell bewältigt werden, vielmehr ist es notwendig, sie vielerorts auf die politische Agenda zu setzen. Die vielfältigen Aktivitäten und Initiativen müssten zu einer Transformationsstrategie gebündelt werden und die politischen Auseinandersetzungen müssten zum Aufbau einer neuen solidarischen und an den Bedürfnissen ihrer Mitglieder orientierten Gesellschaft führen.

Primäres Ziel des Buches ist es, die Care-Krise nicht nur sichtbar zu machen, sondern Wege aus dieser Krise aufzuzeigen und vor allem Mut zu machen, diese Wege auch zu gehen. In diesem Sinn ist dem Buch von Gabriele Winker eine starke Verbreitung zu wünschen. Damit die von ihr skizzierte Transformationsstrategie allerdings nicht Wunschdenken bleibt, müssten die Funktionsweise des globalen kapitalistischen Systems, die Strategien der Finanzoligarchie sowie die Rolle der EU-Bürokratie systematisch in die Analyse mit einbezogen werden.

Erna Appelt



Sind wir anders?

FRAUENVERNETZUNGSGRUPPE FÜR BEGEGNUNG UND AUSTAUSCH

FRAUEN GEMEINSAM SIND STARK – NICHT NUR AM INTERNATIONALEN FRAUENTAG!

Im Dezember 2014 wurde die „Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch" gegründet, die sich für unterschiedliche Anliegen von Frauen einsetzt.
Bisher fanden 4 Gesprächsrunden statt.

In offenen Gesprächsrunden geht es darum, dass Frauen miteinander ins Gespräch kommen, sich gegenseitig unterstützen und sich gemeinsam für die Anliegen von Frauen stark machen – so auch zum Internationalen Frauentag 2015. Ein erstes Ergebnis der Frauenvernetzungsgruppe war die Gestaltung eines Folders zu Aktivitäten rund um den heurigen Internationalen Frauentag. Am Samstag, den 7. März 2015, fand eine gemeinsame Aktion im öffentlichen Raum mit anschließender Demonstration durch die Innsbrucker Innenstadt statt.

An der Vernetzungsgruppe beteiligen sich Frauen mit und ohne Migrationsgeschichten, mit und ohne Behinderung, Frauen aus aktionistisch-politischen Gruppierungen, aus Einrichtungen im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich, politischen Parteien, der Gewerkschaft oder der Universität sowie engagierte Einzelpersonen. Finanziell unterstützt und somit in dieser Form ermöglicht wurde dieser Vernetzungsprozess durch das Referat für Frauen, Familien und SeniorInnen der Stadt Innsbruck und das Land Tirol.

Die Stärke dieser Vernetzungsgruppe liegt darin, dass erstmals in dieser Breite Frauen aus ganz Tirol mit unterschiedlichen Hintergründen zusammentreffen. Was Frauen sonst oft voneinander trennt – beispielsweise der sogenannte „Migrationshintergrund" oder das Tragen eines Kopftuches in einer von Rassismus gekennzeichneten Gesellschaft – ist Ausgangspunkt für die Vernetzungsgruppe. Ein Ziel ist es daher auch, sich gegenseitig zu informieren über die jeweils eigenen Schwerpunkte des Engagements für Frauen und die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen, z.B. von Frauen mit Migrationsgeschichten, lesbischen Frauen, Frauen mit Behinderungen, ...
An der Frauenvernetzungsgruppe beteiligte Organisationen, Initiativen, Vereine: Agru Zora, Aktion kritischer Schüler_innen – AKS, Alevitische Gemeinde Innsbruck (Innsbruck Alevi Kültür Derne-i), Amara – Kurdische Frauen (Kürt Halk Evi – Kurdisches Volkshaus), bidok: Behinderung – Inklusion – Dokumentation, Büro für Gleichstellung und Gender Studies Universität Innsbruck, Demokratische Frauenplattform, Dersim Kultur- und Naturschutzverein, Die neue Frau (Yeni Kadın), Europäische Demokratische Frauenbewegung – ADKH (Avrupa Demokratik Kadın Hareketi), FiMMiT – Frauenini tiative von Migrantinnen und Musliminnen in Telfs, FrauenLesbenVernetzung Tirol – FLV (AEP-Frauenbibliothek, Aranea, ArchFem, Autonomes FrauenLesbenZentrum, Dowas für Frauen, Frauenreferat der Diözese, Frauen aus allen Ländern, Frauen im Brennpunkt, Frauen gegen Vergewaltigung, Gleichbehandlungsanwaltschaft – Regionalbüro für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt für Tirol, Salzburg und Vorarlberg, iBUS – Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiterinnen, Kinovi[sie]on, Verein Netzwerk Geschlechterforschung, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Tiroler Frauenhaus), Grüne Frauen Tirol, Initiative Minderheiten, Integration Tirol, ÖGB-Frauen Region Innsbruck und Umgebung, Plattform Bleiberecht, SPÖ-Frauen Tirol, Tiroler Gesellschaft für rassismuskritische Arbeit – TIGRA, Verein LILITH, Weltgebetstag der Frauen.
Frauenvernetzungsgruppe für Begegnung und Austausch
c/o Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft – AEP
Schöpfstraße 19, Innsbruck.
Mail: office@aep.at

Foto: Monika K. Zanolin

„Ich habe versucht,
meine Familie zu beschützen,
dabei bin ich umgekommen."

Zilan, 29

„Bringt mich vor ein Gericht –
ich werde alles erzählen.
Und die Welt wird aus Scham erröten,
Erröten, weil sie weggeschaut haben"

8. MÄRZ TAG DER FRAUEN AUF DER GANZEN WELT

FLUGBLATT DER FRAUENVERNETZUNGSGRUPPE AUSTAUSCH-BEGEGNUNG IN „LEICHTER SPRACHE“*

Frauen in Österreich verdienen viel weniger als Männer.
In anderen europäischen Ländern ist das besser.

Viele Frauen kommen aus anderen Ländern.
Oft können sie nicht in dem Beruf arbeiten, den sie gelernt haben.
Sie müssen schlechtere Jobs annehmen.

In Tirol bekommen Frauen oft nur halb so viel Pension wie Männer.

Für Frauen und Kinder ist die Familie oft ein gefährlicher Ort.
In Familien passiert viel Gewalt.
In Österreich werden jedes Jahr 30 bis 40 Frauen ermordet.
Die Täter sind ihre Partner oder ihre ehemaligen Partner.

Jede 3. Frau in Europa sagt:
„Ich habe körperliche, seelische oder sexualisierte Gewalt erlebt.“

Behinderte Frauen erleben viel öfter Gewalt als nicht-behinderte Frauen.
Frauen mit Behinderungen sind doppelt benachteiligt:
Frau-Sein ist eine Benachteiligung.
Behindert-Sein ist eine Benachteiligung.

In Österreich gibt es nur sehr wenige Anzeigen nach Vergewaltigungen.
Meistens kommt es nicht zu einer Verurteilung.

Im Tiroler Landtag gibt es noch immer weniger Frauen als Männer.
In den Tiroler Gemeinden gibt es nur sehr wenige Gemeinderätinnen.
Es gibt 11 Bürgermeisterinnen und 279 Bürgermeister in Tirol.

STIMMEN VON FRAUEN
„Eine andere Welt ist möglich.
Kämpfe gegen das System, das Männer gemacht haben!“
(Die Neue Frau – Yeni Kadin)

„Frauen und Männer sollen gleich viel verdienen!“
(Frauen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes)

„Frauen mit Behinderungen wollen frei und erfolgreich sein.
Sie wollen nicht behindert werden!“

„Gewalt an Frauen verletzt Menschenrechte.
Gewalt an Frauen ist eine Straftat.“ (Verein LILITH)
„Alle, die in Österreich leben, sollen wählen und arbeiten dürfen!“
(Frauen aus allen Ländern)

„Lesben sind… Verkäuferinnen, Großmütter, Ärztinnen, Arbeitslose, Lehrerinnen, Kellnerinnen, Polizistinnen …“
(Autonomes FrauenLesbenZentrum)

„Wir machen uns stark für die Frauen des Mittleren Ostens.
Wir unterstützen sie bei ihrem Kampf für Frieden und Demokratie.“
(AMARA – Frauenkomitee Kurdisches Volkshaus)

„Schwangerschafts-Abbruch soll in Tirol in einem öffentlichen Krankenhaus möglich sein!“ (SPÖ-Frauen Tirol)

„Wir bauen Brücken zwischen Forscherinnen und anderen Menschen und Organisationen in der Gesellschaft.“
(Verein Netzwerk Geschlechterforschung)

„Unsere Gruppe heißt FiMMiT. Das ist eine Abkürzung von: **F**rauen-**I**nitiative von **M**igrantinnen und **M**usliminnen **i**n **T**elfs.“
(FiMMit)

„Wir setzen uns für die Selbstbestimmung und die Gleichstellung von Frauen in der Gesellschaft ein.“ (Die Grünen Frauen Tirols)

* “Leichte Sprache“ ist eine sehr leicht verständliche Sprache.
„Man kann sie sprechen und schreiben.
Leichte Sprache ist vor allem für Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.
Aber auch für andere Menschen.
Zum Beispiel für Menschen, die nur wenig Deutsch können.“
http://leichtesprache.org

LADY*FEST INNSBRUCK

WWW.LADYFEST-INNSBRUCK.ORG

Das LADY*FEST Innsbruck ist ein queerfeministisches Mitmachfest, welches vom 12.-15. November 2015 stattfindet und auf die Beteiligung und Inputs motivierter FLIT's* baut. Das LADY*FEST entsteht erst durch eure kreativen Ideen in Gestalt von: Musik, Performances, Tanz, Workshops, Kunstausstellungen, Vorträge, Diskussionsrunden,...

Willst du dich aktiv beim LADY*FEST einbringen? Deine Talente und Fertigkeiten teilen und gemeinsam einen LADYSPACE schaffen, in dem es keinen Platz für Rassismus, Sexismus, Heteronormativität, Homophobie, Transphobie, Diskriminierung und sonstige Ausgrenzungen gibt? Wir freuen uns über deine Vorschläge und Ideen, schreib einfach bis 20. Juli 15 eine Mail an: info@ladyfest-innsbruck.org

...GRRRLS TO THE FRONT AND LET THE WORLD ENJOY YOUR WORK!!!...

LEBENSSTADT...

...bedeutet auch ein vielfältiges Angebot für Familien

Ein **flächendeckendes Netz,** eine **Kindergartenplatzgarantie** und ein **beitragsfreier Besuch** zeichnen die Linzer Kindergärten aus. Zudem erhalten alle Kinder nach Bedarf eine **Sprachförderung.**

„Die Linzer Kindergärten sind nicht nur Betreuungs- sondern auch Bildungseinrichtungen!“

Stefan Giegler
Stadtrat

Bezahlte Anzeige

Familienstadt Linz www.linz.at/soziales

Linz verändert

NEUE BÜCHER IN DER AEP-FRAUENBIBLIOTHEK

ROMANE, KRIMIS

Icimizde Bir Yer	Altan, Ahmet
Her dagin gölgesi Deniz`e düser	Alatas, Evrim
Das Labyrinth der Liebe	Barcelo, Elia
Das Hotel im Moor	Crombie, Deborah
Geschehnisse am Wasser	Ekmann, Kerstin
Stark und leise. Pionierinnen	Krechel, Ursula
Son Ada	Livaneli
Mitternachtsblüte	Matios Maria
Son Ceyrek Yüzyil Siir Antaolojisi 1975–2000	Odabasi, Yilmaz
Krummvöge	Rossmann, Eva
Ask	Safak, Elif
Irakli Kadinlarin Anlatilmayan Öyküsü 1948 den Bugüne	Sadig Al-Ali, Nadje
Mieses Karma	Safier, David
Feuernacht	Sigurdardóttir, Yrsa
Von Istambul nach Hakkari Eine Rundreise in Geschichten	Turan, Tevfik (Hrsg)
Flush	Woolf, Virginia

SACHBÜCHER

Abtreibung. Diskurse und Tendenzen	Busch Ulrike (Hg.); Hahn Daphne (Hg.)
§ 218. Feministische Perspektiven auf die Abtreibungsdebatte in Deutschland	Krolzik-Matthei, Katja
Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität	Klinger, Cornelia; Knapp, Gudrun-Axeli; Sauer, Birgit
Gegenstimmen. Gaismair-Jahrbuch 2015	Jarosch, Monika; Gensluckner, Lisa; Haselwanter, Martin; Hussl, Elisabeth; Schreiber, Horst
in bewegung. Gaismair-Jahrbuch 2011	Weiss, Alexandra; Gensluckner, Lisa; Haselwanter, Martin; Jarosch, Monika; Schreiber, Horst
Zwischen Gleichstellungserfolgen und Antifeminismus	Senk, Jasmine (Hrsg.)
Kleine Geschichte des Feminismus im euro-amerikanischen Kontext	Patu; Schrupp, Antje
Kunst von Innen.Art Brut in Austria	Bäumer, Angelika (Hrsg.)
Dämmermännerung. Neuer Antifeminismus, alte Leier	Kirchner, Barbara
Male Spaces. Bildinszenierungen archaischer Männlichkeiten im Black Metal	Grünwald, Jan G.
Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft	Winker, Gabriele
MACHT macht SPRACHE – SPRACHE schafft WIRKLICHKEIT	Schrattenholzer Elisabeth

P.b.b.
Verlagspostamt 6020 Innsbruck

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft
Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck
office@aep.at, bibliothek@aep.at
informationen@aep.at
familienberatung@aep.at
Tel. 0512/583698, Fax 0512/583698
www.aep.at

aep informationen

Feministische Zeitschrift für Politik und Gesellschaft

Unterstützen Sie den aep und werden Sie Mitglied in einem der ältesten Frauenvereine Österreichs.

Für 25 Euro pro Jahr sind Sie ordentliches Mitglied des aep und können unser umfassendes Angebot nutzen: Seit 1974 betreibt der aep eine **Frauen- und Familienberatung** und gibt die **Zeitschrift aep informationen,** feministische zeitschrift für politik und gesellschaft heraus, die Sie mit einer Mitgliedschaft gratis beziehen (4x im Jahr).
Sie erhalten in Abständen einen **Newsletter,** der Sie über feministische Neuigkeiten und Veranstaltungen informiert, und Sie können das **Angebot feministischer Bildungsveranstaltungen** im aep nutzen.
Überdies betreiben wir seit 1979 eine **Bibliothek,** in der Sie als Mitglied kostenlos Bücher aus dem umfassenden Bestand an Belletristik, Frauen und Politik, Feministische Wissenschaft, Beruf und Familie, Biographien etc. ausleihen können.
Die aep **informationen** – feministische zeitschrift für politik und gesellschaft gibt es in folgenden Buchhandlungen:
Buchhandlung Alex, Hauptplatz 21, A-4020 Linz · Fachbuchhandlung ÖGB, Rathausstraße 21, A-1010 Wien,
Buchhandlung ChickLit-Verein zur Förderung feministischer Projekte, Kleeblattgasse 7, 1010 Wien,
Liber Wiederin, Erlerstraße 6, A-6020 Innsbruck · Tyrolia Buchhandlung, Maria-Theresienstr. 15, A-6020 Innsbruck,
Thalia Buchhandlung – Wagnersche in Innsbruck, Museumstr. 4, A-6020 Innsbruck

AEP FAMILIENBERATUNG INNSBRUCK

WIR BERATEN SIE: in allen sozialen und rechtlichen Fragen des Mutterschutzes, in Fragen der Familienplanung, Empfängnisverhütung und Kinderwunsch, bei Schwangerschaftskonflikten und ungewollten Schwangerschaften, bei Partnerschaftskonflikten und Sexualproblemen.
PSYCHOLOGISCHE BERATUNG UND PAARBERATUNG: Drei Psychologinnen helfen Ihnen, Ehekrisen und Partnerschaftskonflikte anzugehen und zu bearbeiten; ebenso allgemeine Lebenskrisen, Neuorientierung nach einem einschneidenden Erlebnis oder Ablösungsprozesse kreativ zu bewältigen.
RECHTSBERATUNG: Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, unverbindlich und kostenlos mit einer Juristin über Ihre rechtlichen Angelegenheiten wie Scheidung, Unterhaltsfragen, Rechte der Frau in der Ehe, Sorgerecht für die Kinder, Besuchsregelung usw. zu sprechen.
DAS BERATUNGSTEAM: • eine Sozialarbeiterin • drei Psychologinnen • eine Juristin • eine Gynäkologin
BERATUNGSZEITEN: Mo 16.00–19.00 Uhr, Di 17.00–19.00 Uhr, Do und Fr 9.00–12.00 Uhr, Telefon: 0512/57 37 98 – Fax: 0512/57 37 98

ÖFFENTLICHE FRAUENBIBLIOTHEK AEP

Feministische Literatur, Bücher zu Partnerschaft, Berufswelt, Erziehung, Geschlechterverhältnisse, Belletristik, etc.
ÖFFNUNGSZEITEN: Mo 16.30–19.30 Uhr, Do 16.30–19.30 Uhr und Fr 10.00–13.00 Uhr, Telefon: 0512/58 36 98 – Fax: 0512/58 36 98

❑ Ich möchte mitarbeiten und ersuche um nähere Auskünfte
❑ Ich bestelle die AEP-Informationen
(jährlich € 20,00 / Ausland € 23,00)
Ich möchte dem AEP beitreten:
❑ als ordentliches Mitglied (€ 25,00 / Jahr)
❑ als unterstützendes Mitglied (Beitragshöhe freigestellt)
Konto: Tiroler Sparkasse 0200-101061 BLZ 20503
IBAN: AT 592050300200101061, BIC: SPIHAT22HF

An: AEP, Schöpfstraße 19, 6020 Innsbruck

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Telefon: . . . . . .
Datum:. . . . . Unterschrift: . . . . . .